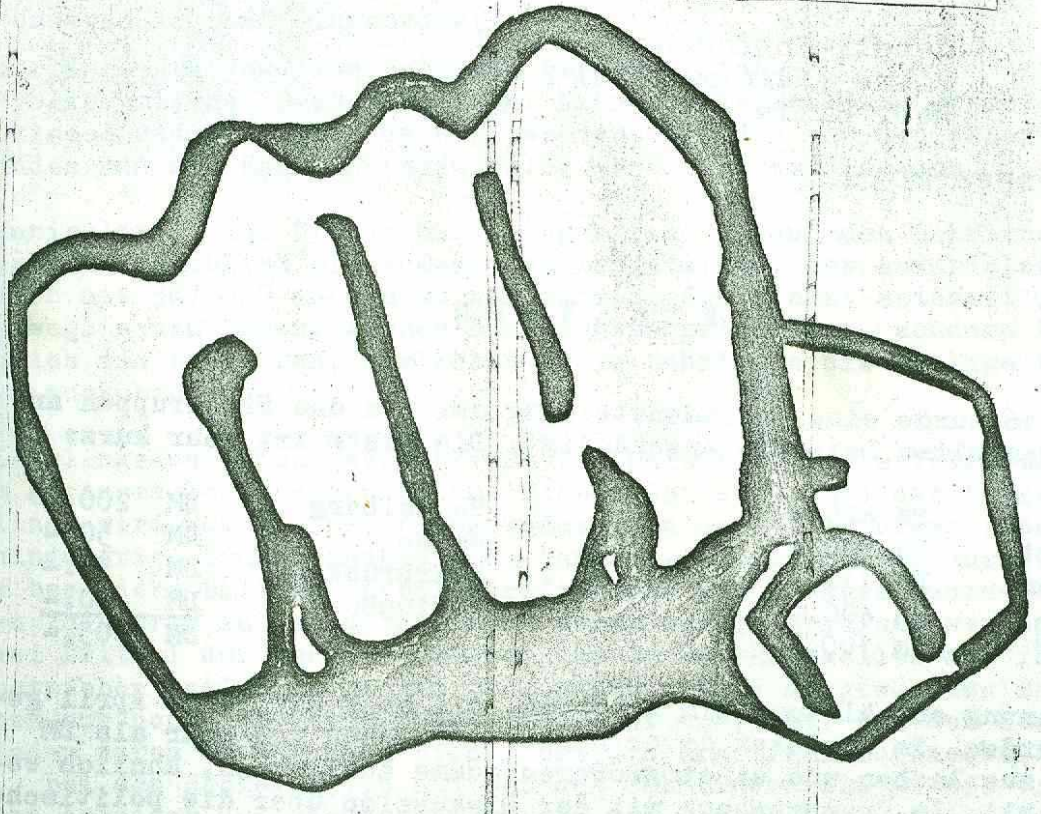
SDS

DM 1.-

info 20

ZUR LEHRLINGSARBEIT



SDS Bundesvorstand, 6 Frankfurt, W. Hauff Str. 5, 74 01 09
Postscheckkonto Ffm 316 07, Dresdner Bank 28 24 27

I N H A L T

K.H. Roth: Zur Lage und zu den Auseinandersetzungen um eine Reorganisation der Lehrlingsausbildung 3
Frankfurt: Stadtteilbasisgruppen 11
Über die Arbeit an der Gutenberg-Schule 15
Praktische Arbeit vor blindem Organisieren! 18
Kassel: Arbeitskreis Kasseler Lehrlinge 20
Nürnberg: Kongress der Kritischen Jugend Nordbayerns 21
Tübingen: Zentrales Aktions Komitee 23
Stuttgart: Lehrlingsbasisgruppe 26
Heidelberg: Zur Lehrlingsarbeit 1 29
Zur Lehrlingsarbeit 2 32
Westberlin: Kommission Produktion - Bereich Lehrlinge 34
Hannover: Unabhängige Lehrlingsgruppe gegründet 44
Zur Entwicklung der Lehrlingsgruppe 46
Zur Freisprechungskampagne der AHL 47
Karlsruhe: Ein Progrom in Karlsruhe-Durlach 50

Stuttgart: Erziehungsheime 54
Frankfurt: Jugendheime 55
Kampf dem Heimterror! 56

Berlin: Zum Politischen Buch 58

Anzeigen: Literatur aus Hanoi 14
AUSS-Publikationen 22
Rep. Hilfe 22
Trikont 42/43
Rep. Hilfe: Hoelz 45
Oberbaum 49
Arbeiterpolitik 57
Rebell-Sonderdruck 57
Filme (Nordvietnam) 59
Rep. Hilfe 60

BV-Presseerklärung 10

F I N A N Z E N

Im INFO 16 wurde eine Zusammenstellung der von den SDS-Gruppen an den BV gezahlten Beiträge angekündigt. Die Liste ist sehr kurz:

Aachen	DM 625.-	Heidelberg	DM 200.-
Frankfurt	DM 540.-	Mainz	DM 50.-
Göttingen	DM 110.-	Saarbrücken	DM 30.-
Hamburg	DM 400.-	Tübingen	DM 50.-
Mannheim	DM 100.-		DM 2005.-

Die Rechnung enthält nur die Beiträge, die nach der DK im April gezahlt wurden. Im Semester davor wurde, abgesehen von mehr als DM 2.000.- aus Aachen und einer größeren Summe aus Berlin, ähnlich wenig bezahlt. Im Zusammenhang mit der Diskussion über die politische Funktion des BV müssen wir auf der DK auch über die finanzielle Unverbindlichkeit der SDS-Gruppen beschließen.

AUS: K.H.ROTH - UNWISSEN ALS OHNMACHT. THESEN ZU EINER ANALYSE DES BUNDESREPUBLIKANISCHEN MACHTKARTELLS

3

Zur Lage und zu den Auseinandersetzungen um eine Reorganisation der Lehrlingsausbildung

Je stärker sich das bundesrepublikanische System der Berufsausbildung nach unten verbreitert, desto deutlicher werden die in ihm angelegten Widersprüche - und desto offenkundiger tritt die ihm eigene Unterdrückungsfunktion im Sinn der Selbsterhaltung kapitalistischer Herrschaft zutage. Es verstärkt sich die Tendenz, nur bestimmte Teile des Ausbildungssektors zu reorganisieren: ihre Planifikatiom gerinnt zu einer bewußt geplanten Ungleichzeitigkeit. Da die Problematik der Lehrlingsausbildung in der studentischen Opposition weitgehend unbekannt ist, soll die Struktur der Berufsausbildung der ca. 1,3 Millionen Lehrlinge in der Bundesrepublik etwas ausführlicher dargestellt werden.

1. Unterdrückungsfunktion der Volksschule -Hauptschule-

Der größte Teil der bundesrepublikanischen Bevölkerung (etwa 80%) geht von der Hauptschule (Volksschule) aus direkt in die Berufsausbildung. Er wird von der Maxime der "volkstümlichen Bildung" geprägt, die "allgemeinbildend-praktisch" bezogen ist und jeglichen gesellschafts- und naturwissenschaftlichen Fachunterricht ausschließt. Verbale und methodisch-logische Fähigkeiten werden verstümmelt. Die Kinder, die ohnedies meistens in sprachrestriktiven Verhältnissen aufwachsen (Arbeiterkinder) müssen notwendigerweise gerade in der Selektionsphase der Grundschule (im 4. und 5. Grundschuljahr Abgang in die Sekundarschulen) vorübergehend versagen. Sie werden von ihren Eltern und Erziehern unbewußt dazu gedrängt, stattdessen manuelle Fähigkeiten (sogenannte praktische Begabung) zu entwickeln. Auf diese Weise werden sie automatisch in die Gesellschaft und in die materielle Produktions- und Distributionssphäre als "Unterschichten" eingeordnet.

2. Lehrlingsmarkt und manipulierte Berufsberatung

Die "volkstümliche" Bezogenheit der Grundschulausbildung ergibt ein sprachloses und fungibles Nachwuchspotential, das von den Arbeitgeberverbänden und den Kammern reibungslos verwertet werden kann.

2.1.

Die Manipulation der Grundschulabgänger beginnt auf dem Lehrlingsmarkt: es herrscht angeblich ein Angebot an Lehrstellen, das beispielsweise für 1966 mit 367 000 angegeben worden ist. Diese Zahl spiegelt jedoch keineswegs einen "gewerblichen Nachwuchsmangel" wider, sondern bezeugt le lediglich das Bestreben, möglichst viele Lehrlinge als billige Arbeitskr kräfte auszubeuten.

2.2.

Die Lehrlingsausbildung wird bewußt fehlgeleitet. Sie erfolgt nur zu einem geringen Teil in den Großbetrieben der Konzerne1 die Mehrzahl der Lehrlinge wird von kleinen Warenproduzenten und -Verkäufern (Handwerk, Kleinindustrie, Einzelhandel) dazu benutzt, um sich unter Ausbeutung ihrer besonders billigen Arbeitskraft gegen den Konkurrenzdruck der großen Industrie zu behaupten. Nach ihrer Gesellenprüfung werden bis zu zwei Drittel der jungen Arbeiter und Handwerksgesellen aus ihren Lehrbetrieben entlassen. Schon 1964 haben von 47 ausgewählten Berufsgruppen nur noch 51% ihren erlernten Beruf ausgeübt: bei den Stahlschmieden waren es nur noch 31,8 , bei den Kraftfahrzeughandwerkern 41,6 , bei den Bäckern 37,5 und bei den Schneidern 42,1%. Die freigesetzten Arbeiter und Handwerker wurden von der Großindustrie als Hilfsarbeiter übernommen.

2.3.

Voraussetzung der Fehlleitung ist eine den Interessen der Industrie

und des Handwerks angepaßte Berufsberatung. Arbeitskräfteplanungen gibt es nur in den Industrie- und Handelskammern. Wissenschaftliche Literatur zur Berufsausbildung fehlt so gut wie vollständig; die Unterlagen der Beratungsstellen in den Arbeitsämtern machen es den Schulabgängern und ihren Eltern unmöglich, ihre Berufschancen abzuschätzen. Hinzu kommt, daß den jährlich 900 000 Ratsuchenden bei den Arbeitsämtern ganze 2000 Berater zur Verfügung stehen.

2.4.

Im Ausbildungsprozeß selbst werden die Lehrlinge zu einem Drittel als unbezahlte Hilfsarbeiter benutzt (Reinigungsarbeiten, Lebensmitteleinkauf, Gebäudeanstreichen, Lagerumräumen usw.). Bei einer Befragung durch den DGB im Jahr 1965 gaben Lehrlinge an, daß ihre Facharbeitszeit pro Arbeitstag (zwischen 8,1 und 9,4 Stunden) im Händel 5,1 , im Handwerk 5,3 und in der Industrie 5,8 Stunden beträgt.

3. Zur Lehrlingsausbildung im Handwerk, in der Distributionssphäre und in der Industrie

Mehr als 90% der Lehrlinge werden in Betrieben ausgebildet, diein Fragen der Berufsausbildung ausschließlich von den 81 Industrie- und Handelskammern und den 45 Handwerkskammern und den 45 Handwerkskammern 'kontrolliert' werden. Diese regionalen Unternehmerinstitutionen sind demnach für die Misere der Berufsausbildung voll verantwortlich. Ein "duales" Ausbildungssystem ("theoretische" Ausbildung in den Berufsschulen) existiert nur auf dem Papier. Die für alle Lehrberufe vorgeschriebenen 8 Berufsschulstunden (=Ausfall eines Arbeitstags in der Woche) sind völlig unzureichend und außerdem inhaltlich katastrophal organisiert: in dem Fach "Gemeinschaftskunde" wird die "volkstümliche Bildung" der Grundschule, jetzt zur faschistischen Gemeinschaftsideologie erweitert, fortgesetzt. Darüber hinaus liegt die tatsächliche Stundenzahl im Durchschnitt um ein Viertel unter der vorgeschriebenen Zeiteinheit.

3.1. (Handwerk)

Noch 1967 wurden knapp zwei Drittel aller "gewerblichen" Lehrlinge in Industrie und Handwerk vom Handwerk absorbiert (460 000). Sie machten 17,4% der Arbeiter aus, während in der Industrie auf 100 Arbeiter nur 4 Lehrlinge kamen. In den 200 000 kleinen Handwerksbetrieben werden die Lehrlinge buchstäblich auf vorindustrielle Produktionsverhältnisse getrimmt. Spezialisierte Lehrausbilder gibt es nicht. Obwohl zwischen 1950 und 1967 die Zahl der ~~Lehrlinge~~ Handwerksbetriebe um 27% zurückging, hat die Zahl der Lehrlinge in der gleichen Zeit nur um 7% abgenommen; sie ist 1967 sogar wieder leicht angestiegen.

3.2. (Tertiärer Sektor)

Als kaufmännische Lehrlinge gelten alle, die in dreijährigem Turnus auf Handels-, Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe vorbereitet werden, obwohl von einem einheitlichen "kaufmännischen" Sektor nicht gesprochen werden kann. Ihre Zahl hat sich zwischen 1950 und Ende 1967 mehr als verdoppelt (222 800 auf 516000), während die Zahl der "gewerblichen" Lehrlinge nur um 8% stieg. Dieser überproportionale Zuwachs ist die Folge des zunehmenden parasitären Staatsverbrauchs, der Erhöhung des Existenzniveaus der lohnabhängigen Massen und der Expansion unproduktiver Wirtschaftszweige wie des Bank- und des Versicherungswesens. Wenn man von einigen Spezialberufen absieht, ist die Ausbeutung der Lehrlinge im Distributionssektor besonders intensiv. Es gibt keine Ausbildungseinrichtungen, die den industriellen Lehrwerkstätten vergleichbar wären. Die kaufmännischen Lehrlinge vollführen nach einer kurzen Einarbeitungszeit reine Angestelltenfunktionen oder Hilfsdienste. Gleichzeitig ist die Ausbildung noch stärker als in der produktiven Sphäre auf kleine Betriebe konzentriert: etwa 60% der Lehrlinge sind in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten tätig. Auch der Ausbildungsmodus ist schlechthin anachronistisch: der Lehrberuf "Einzelhandelskaufmann", der noch immer von 13,4% aller Grundschulabgänger "ergriffen" wird (1967: 177 000) ist nach wie vor darauf ausgerichtet, einen Überblick über alle Geschäftsvorgänge des Unternehmens im Sinn eines Betriebskontors gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu vermitteln.

Heute sind aber die meisten Einzelhandelsbetriebe in Supermärkten, Handelsketten und Selbstbedienungsläden umgewandelt, in denen der Kaufmann nur noch ausführender Handlanger einer Zentrale ist, die alle Einzelheiten des Verkaufs und der Abrechnungstechniken festlegt. Auch die übrigen Ausbildungsziele für die kaufmännischen und Büroberufe sin inzwischen der Rationalisierung und Automatisierung im Tertiärsektor zum Opfer gefallen.
Trotzdem wird auch in nächster Zeit an der "mittelständischen" Berufsausbildung festgehalten werden. Die reaktionären "Berufsbilder" haben eine wichtige ideologische Funktion: sie sollen den Tatbestand verschleiern, daß die Lehrlinge in den vor der Rationalisierung stehenden Betrieben der Distributionssphäre als besonders billige Dreijahreshilfsarbeiter ausgebeutet werden. In diesem Zusammenhang ist auch zu sehen, daß die weiblichen Lehrlinge, die bei den "gewerblichen" Berufen (mit Ausnahme der Friseur-, Textil- und Bekleidungsberufe) eine verschwindende Minderheit bilden, in den kaufmännischen Berufen in der Mehrheit sind. Ihr Anteil hat sich zwischen 1950 und 1966 von 58,0 auf 63,5% erhöht, wobei wiederum der Zuwachs der weiblichen Lehrlinge in den Sparten mit geringem Qualifikationsniveau und geringen Aufstiegschancen besonders stark ist. Hier wiederholt sich die dem bundesrepublikanischen Kapitalismus generell eigene Tendenz, in absterbende Berufszweige möglichst Frauen (in der Industrie: Frauen und "Gastarbeiter") hineinzuziehen. Sie sind noch billiger als die männliche Arbeitskraft (im Durchschnitt 30%), dienen vorzüglich der Bildung von Extramehrwert zur Vorbereitung einer neuen Rationalisierungswelle und treten im Entlassungsfall nicht als Arbeitslose in Erscheinung, weil sie verheiratet sind oder sich im Fall des sozialen Abstiegs und zunehmender Arbeitsqual in die Ehe flüchten können. Die Unternehmer haben für diesen Sachverhalt einen makabren Begriff eingeführt. Sie nennen junge Arbeiterinnen "Zehnjahresmädchen" und handeln entsprechend, indem sie sie zusätzlichen Ausbeutungsmechanismen unterwerfen.

3.3. (Industrie)

Nur ein Drittel aller "gewerblichen" Lehrlinge wird in der Industrie ausgebildet (und zwar 1967 = 263 400. Zum Vergleich: Handwerkslehrlinge = 460 000, Lehrlinge des tertiären Sektors = 516 000). Davon kommen wiederum nur knapp 30% in Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten unter, obwohl in diesen ca. 40% aller Industriearbeiter tätig sind. Mit zunehmender Betriebsgröße (über 1000 Beschäftigte) nimmt die Lehrlingsquote weiter ab.
Zusätzliche Daten zeigen, daß auch in der Industrie nur etwa 40% der Lehrlinge eine Berufsqualifizierung erhalten, die neben der materiellen Produktion stattfindet und nicht von vornherein ausschließlich der Profiterzeugung dient: 1963 wurden 42% der Industrielehrlinge in 2 069 Lehrwerkstätten ausgebildet. Wenn damit auch die Zahl der Ausbildungsplätze seit 1952 mehr als verdoppelt worden ist, wurde doch der Vorkriegsstand lange nicht erreicht. 1939 gab es bei einer etwa gleich großen Lehrlingszahl in der Industrie 5000 betriebliche und 200 überbetriebliche Lehrwerkstätten.
Infolgedessen bietet sich die viel zu geringe Zahl an Ausbildungsstätten als einfach zu handhabender Selektions- und Disziplinierungsmechanismus an. Über die größten und am besten ausgestatteten Lehrwerkstätten verfügt die forschungsintensive Großindustrie. Sie kann jährlich aus 10 Bewerbern einen ihr besonders genehmen auswählen (dabei werden "dropouts" aus den Sekundarschulen - ähnlich wie bei der Polizei -) bevorzugt. Der Disziplinierungsmechanismus wird bis heute noch von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich gehandhabt. Er konvergiert jedoch in der Zielstellung, eine "Betriebselite" herauszufiltern, die noch nicht einmal innerhalb des Konzerns mobil ist und nur der Profitinteressen des Einzelunternehmens nützt. Daß darüber hinaus ein kritisches Distanzierungsvermögen gegenüber den betrieblichen Herrschaftsstrukturen (Betriebspsychologie, soziologisch abgesicherte Verfahren zur Steigerung der Arbeitsintensität usw.) von vornherein durch teils offen paramilitärische, teils mehr an die Praxis der nazistischen "Deutschen Arbeits-

front" abgepaßte Interaktionsformen (Betriebsausflüge, Betriebssport usw.) unterlaufen wird, gilt weithin als selbstverständlich.
Der Anteil der Lehrlinge, die in Lehrwerkstätten ausgebildet werden, schwankt von Industriebranche zu Industriebranche außerordentlich szark. Er ist am größten im Sektor Eisen und Metall, auf den (1964) 83% aller Lehrwerkstätten in der Bundesrepublik entfallen. Dementsprechend werden in Eisen und Metall 57,5% der Lehrlinge in Lehrwerkstätten ausgebildet. Dem Metallsektor folgt die chemische Industrie, die 1964 von ihren 8000Lehrlingen 17,2% in Lehrwerkstätten ausgebildet hat.Schließlich ist die Werkstättenausbildung in der Industriegruppe Bekleidung (1964: 5500 Lehrlinge, davon 16,1% in Lehrwerkstätten) noch relativ hoch; in anderen Sparten (Textil: 4,5 , Papier und Druck 1,9 und Bau 1,3%) erreicht sie vernachlässigenswerte Größen. Auch die überbetrieblichen Lehrwerkstätten der Industrie- und Handelskammern sind kaum erwähnenswert. Ende 1965gab es ihrer 35, davon allein 10 im Industrie- und Handelskammerbereich Ludwigshafen, weil der Chemiekonzern BASF auf die Kapazitätserweiterung seiner eigenen Lehrwerkstätten verzichtet hat und die billigeren Gemeinschaftseinrichtungen als Ergänzungskapazitäten benutzt. Von einiger Bedeutung ist schließlich, daß ein Teil der Industrielehrlinge (1961: 29 800, die Zahl hat sich seither nur unwesentlich erhöht) in den großen Konzernen der chemischen, elektro-technischen und optischen Industrie zu "technischen Sonderfachkräften" ausgebildet wird (Meß- und Regelmechaniker, technische Zeichner, Physiklaborant, Chemielaborant). Die absolute Zahl ist jedoch bis heute lächerlich gering; darüberhinaus werden diese eng spezialisierten Berufe größtenteils der Automation zum Opfer fallen.
3.4. (Zusammenfassung)
Wenn man von vernachlässigenswerten Ausnahmen absieht, nehmen die Disproportionalitäten in der Berufsausbildung rapid zu. Eine kleine Gruppe von Lehrlingen wird in der forschungsintensiven Großindustrie zu einer neuen Arbeiter-Aristokratie hochgezüchtet. Der Masse der jungen Arbeiter bleibt eine derart vermittelte berufliche Qualifikation erspart. Wenn sich die Automation in allen Sparten der Produktion und Distribution weiter fortsetzt, werden sie eines Tages nach dem Abschluß ihrer Lehre nicht mehr als Hilfsarbeiter unterkommen: vor allem die Handwerksgesellen werden arbeitslos. Über die Tendenz zur jugendlichen Arbeitslosigkeit, die mit einer Arbeitslosigkeit der über 45-jährigen Arbeiter korrespondieren wird, vermag auch die gegenwärtige Hochkonjunktur nicht hinwegzutäuschen. Daß 1968 durch Rationalisierungseffekte über 800 000 Arbeiter freigesetzt wurden (sie sind im Zusammenhang mit der neuen Exportoffensive des bundesrepublikanischen Kapitals noch einmal an anderen Arbeitsplätzen untergekommen), spricht eine deutliche Sprache. Jedenfalls ist zu erwarten, daß bei einer Einschränkung des Kapitalexports die in der Berufsausbildung angelegten latenten Widersprüche schlagartig manifest werden.
Da die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der Produktions- und Distributionssphäre die Umwälzung der Produktionsverhältnisse zur Voraussetzung hat, können die Bemühungen um eine isolierte Harmonisierung und Verbreiterung des Niveaus der Berufsausbildung bestenfalls eine verzögernde Wirkung im Hinblick auf die Verschärfung der in ihr angelegten Widersprüche zur Folge haben. Reformmodelle, die sich auf den Ausbildungssektor beschränken, ohne die in ihm zutage tretenden Widersprüche nach ihren Ursachen abzufragen, verschleiern den sozialen Konflikt, der spätestens mit der Jugendarbeitslosigkeit offen werden wird. Im übrigen sind sie allenfalls dazu angetan, den Funktionären der Großkonzerne Argumentationsmaterial zu liefern, mit dem diese ihr Ziel, die Produktionsverhältnisse im Sinn weiterer Kapitalzentralisation zu verändern, 'progressiv' absichern können. Ohne revolutionäre Perspektive gerinnt jede 'kritische' Bildungsökonomie zu einem Hebel für die weitere Entfaltung der kapitalexpansiven Gruppe des Machtkartells zu Lasten der mittleren und kleinen Industrie.

4. Tendenzen zur Reorganisation der Lehrlingsausbildung
Bei der Untersuchung der Bestrebungen um eine 'Reform' der Berufsaus-

...ildung stoßen wir auf drei konkurrierende Interessengruppen des Machtkartells, die nicht zufällig den hochschul- und ingenieurschulpolitischen Konstellationen entsprechen: auf die mittlere Industrie und das Handwerk als Exponenten des status quo; auf die Gewerkschaften und den "Bildungsrat" als Favoriten der technokratischen Gesamtplanifikation; und auf die forschungs- und ausbildungsintensiven Großkonzerne, die auch hier längst auf eine selektive Planifikation gesetzt haben, die den Rahmen der jeweiligen konzerninternen Verwertung nicht übersteigen soll.

4.1. (Bemühungen um den status quo: Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Zentralverbände der mittleren und Kleinindustrie und des Handwerks)

Als Exponenten des status quo, die wissen, daß jede Veränderung des betrieblichen Ausbildungssektors zu einer Beeinträchtigung ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber der großen Industrie führen wird, treten die Industrie- und Handelskammern und deren Spitzenorganisationen (Deutscher Industrie- und Handelstag, Deutscher Handwerkstag) immer deutlicher in Erscheinung. Sie kämpfen um ihr Monopol über die Funktionsbestimmung und Organisation der Berufsausbildung, das sie gegenwärtig noch (über die Definition der Berufsbilder, die Auswahl der Berufsausbilder, die Entscheidung über die Lehrinhalte der Berufsschulen, über die Ausbildungslängen und die Lehrabschlußprüfungen) innehaben.

Als sich 1965 erstmals zaghafte Tendenzen zeigten, die bisherige "volkstümliche Bildung" der Grundschule und den anschließenden Komplex der Berufsausbildung durch das Fach "Arbeitslehre" (im Rahmen der von den Kultusministern 1964 beschlossenen 9. Grundschulklasse) miteinander zu verbünden, reagierten die Verbände der mittleren Industrie und des Handwerks mit einer scharfen Polemik, um zu "verhindern, daß Scheinvorstellungen über das Arbeitsleben vermittelt werden". Die richtige Vermittlung der Verhältnisse im "Arbeitsleben" sollte (und soll auch heute noch) den Kammern vorbehalten bleiben. Der Kampf um das Berufsausbildungsmonopol ist noch lange nicht beendet. Das belegen die jüngsten Invektiven des DIHT und des DHT gegen das kurz vor der Verabschiedung stehende "Berufsausbildungsgesetz".

4.2. (Bestrebungen zur selektiven Planifikation der Berufsausbildung)

Die selektive Planifikation der Berufsausbildung wird seit etwa 1965 von einigen forschungsintensiven Großkonzernen der Eisenhütten- und Metallindustrie, der Chemie und der elektrotechnischen und feinmechanisch-optischen Industrie versucht. Hinzu kommt noch die Bundeswehr, die in den "Erprobungsstellen" des "Bundesamts für Wehrtechnik und Beschaffung" 28 Lehrwerkstätten eingerichtet hat; sie kann jedoch vernachlässigt werden, weil diese Lehrwerkstätten sich gegenwärtig in Auflösung befinden - die Hoffnung, daß sich die Mehrzahl der Lehrlinge nach Lehrabschluß für den technischen Unteroffiziersdienst entscheiden werden, hat sich nicht erfüllt. ...s exemplarisch für die Folgen der selektiven Planifikation der Lehrlingsausbildung im Großkonzernen kann der im April 1965 vom Krupp-Konzern für ...00 vom 3900 Lehrlingen eingeführte "Stufenplan" gelten , dem alle von der ...dustrie inzwischen entwickelten Stufenpläne nachgebildet sind. Von der ...rtschaftspresse als "Revolution der Berufsausbildung" gefeiert, erweist ...sich als ein Ausleseverfahren, das strikt auf den Nachwuchsbedarf des Konzerns zugeschnitten ist und darauf abzielt, die lediglich in ihrer direkt verwertbaren Qulifikation veränderten Betriebhierarchie auf der Grundlage eines differenzierten Leistungsprinzips zu regenerieren.

Dem Rahmenplan zufolge wird die Berufsausbildung in 4 Stufen unterteilt:

- 1.Stufe (Betriebswerker, ein Jahr Ausbildungszeit)
- 2.Stufe (Facharbeiter II, zwei " ")
- 3.Stufe (" I, 3-3 1/2 Jahre ")
- 4.Stufe (technischer Angestellter, Ausbildungszeit nach Bedarf)

In den ersten beiden Stufen wird die Ausbildung ausschließlich auf praktische Handfertigkeiten konzentriert bis zur Fähigkeit, spezielle Maschinengruppen zu bedienen und beschränkte Funktionen in Reperatur und Montage auszuüben. Eine theoretische, betriebssoziologisch-technologische Ausbildung unterbleibt ...ne Einsicht in die Strukturen betrieblicher Herrschaft bleiben die im

Voraus selektierten 25 % Hilfsarbeiter und 45 % Facharbeiter 2.Klasse auf einen bestimmten technischen Entwicklungsgrad des Produnktionsprozesses fixiert und in jeder Beziehung an den Konzern gefesselt. Erst in der 3. Stufe der Ausbildungsplanung, (für die restlichen 30 % Facharbeiter 1. Klasse) werden theoretische Anforderungen gestellt, die zu einer gewissen Mobilität führen (Mehrfacheinsatz an hochwertigen Spezialmaschinen, Wartungs- und Kontrollarbeit an Automaten). Hier entsteht die zukünftige Produzentenelite, die auch bei Übergang zur Teil- und Vollautomation nicht freigesetzt werden wird. Da über die Zugehörigkeit zu dieser Leistungsstufe (ebenso wie zu den beiden anderen !) schon zu Beginn der Lehrzeit durch einen Initialtest entschieden wird, ist der in sie vorrückende Teil der Lehrlinge von Anfang an derart von dem immobilen Rest isoliert, daß er verspricht, das ihm mitgeteilte Produktivitätsniveau in einen reaktionären Korpsgeist umzusetzen, statt daß es zur Erkenntnistheoretischen Grundlage der Umwälzung der Produktionsverhältnisse wird. -
Die 4. Ausbildungsstufe (Technikerstufe) schließlich macht den Konzern von den staatlichen Ingenieurschulen weitgehend unabhängig. Da die meisten Ingenieure (auch und gerade die Absolventen der Technischen Hochschulen) im Normalfall ohnedies nach ihrer Diplomprüfung von den jeweiligen Konzernen in bis zu 2 Jahre dauernden Spezialkursen zusätzlich auf ihre künftige Tätigkeit vorbereitet werden, ist die Dequalifizierung der staatlichen Zentren der Ingenieurausbildung für die Großindustrie relativ ungefährlich. Sie hat lediglich an einem (sehr kleinen) hochqualifizierten Wissenschaftlerpotential für ihre Foschungsabteilungen Interesse (vgl den Abschnitt zur Entwicklung der Ingenieurausbildung).
4.3. (Bestrebungen zur technokratischen Gesamtplamifikation der Berufsausbildung)
Um eine umfassende Gesamtplanifikation der Berufsausbildung haben sich seit Jahren die Gewerkschaften und seit neustem auch der "Deutsche Bildungsrat" bemüht. Wenn man die sich verschärfende Ungleichzeitigkeit der Expansion der materiellen Produktion und Distribution bedenkt, wird man sich über die Chanzen derartiger Modelle keine Illusionen machen.
Trotzdem sind die von den Gewerkschaften und dem "Bildungsrat" vorgelegten Pläne keineswegs fortschrittlich. Der "Stufenplan" der IG-Metall unterscheidet sich beispielsweise von dem in den Großkonzernen inzwischen gehandhabten Methoden nur darum, daß alle Lehrlinge der Metallverarbeitenden Industrie durch die einzelnen Ausbildungsstufen hindurchgehen sollen, während in der Praxis der Konzerne die Selektion schon zu Beginn des Lehrverhältnisses vorgenommen wird. Letzten Endes hat jedoch auch der IG-Metall-Plan zur Folge, daß die jungen Metallarbeiter in drei hierarchisch gegliederte Gruppen mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau aufgesplittert werden - was alles mögliche nach sich ziehen kann, nur keine Klassensolidarität. Statt daß eine einheitliche, theoretisch-wissenschaftlich fundierte Grunddausbildung eingeführt und eine schon in der Hauptschule zu realisierende Polytechnische Ausbildung als Basis gefordert wird, sehen die ersten beiden Stufen des IG-Metall-Modells ebenfalls nur eine Vermittlung vom praktisch-handwerklichen Fähigkeiten vor!
Erst in der dritten Stufe, die nur einer Minderheit der jungen Arbeiter offenstehen soll, soll die "Kenntnisvermittlung Vorrang haben".
In der Perspektive der IG-Metall werden die Lehrlinge demzufolge nicht nur hierarchisch aufgesplittert, sie werden gleichzeitig in ihrer Mehrheit (Stufen I und II) immobilisiert und in eine latente Industrielle Reservearmee umgewandelt.
Wenn sc om die IG-Metall die Interessen der jungen Arbeiter derart vernachlässigt, nimmt es nicht wunder, daß in den Forderungen ihres Dachverbandes, des DGB, nur noch davon die Rede ist, die inzwischen verwirklichten Reformmodelle (z.B. Krupp-Plan!) seien zu "unterstützen".
Dabei wird noch nicht einmal davon gesprochen, daß die größten Konzerne (wenigstens im Sinn reformistisch-sozialdemokratischer Praxis!) gezwungen werden müßten, ihre Lehrwerkstätten so auszubauen, daß die Lehrlingsausbildung nicht einfach nur den genau kalkulierten Nachwuchsinteressen der Konzerne dient.
Je mehr er sich von den konkreten Bedürfnissen der jungen Arbeiter

im Betrieb entfernt, desto mehr ist der DGB freilich darauf aus, die Berufsausbildung zu einem Problem der von ihm geforderten Verstaatlichung seines eigenen Funktionärsapparats zu machen (sogenannte Mitbestimmungskampagne). Dabei hat er auch die Agitation für ein (lange überfälliges) Berufsausbildungsgesetz zum Hebel seiner eigenen öffentlich-rechtlichen Institutionalisierung gemacht.
Nach langem Tauziehen, das 1966 mit isolierten Gesetzentwürfen der CDU/CSU und der SPD begann, hat die Regierung der "Großen Koalition" inzwischen einen gemeinsamen Entwurf eines Gesetzes zur Berufsausbildung vorgelegt, der gerade in diesen Tagen in zweiter Lesung verabschiedet wird. Auch der DGB, der 1966 gegen den SPD-Plan (der mit dem gegenwärtigen Entwurf weitgehend identisch ist) noch gewisse Vorbehalte geäußert hatte, ist inzwischen auf großkoalitionellen Kurs gebracht. Dabei ist der jetzt anstehende Entwurf, den sogar der "Bildungsrat" jüngst mit einer "Empfehlung zur Verbesserung der Berufsausbildung" mit einigen progressiven Elementen überholte (Beteiligung der Lehrlinge statt der DGB-Funktionäre an den einzelnen Entscheidungsprozessen), derart verwässert, daß er an der disproportionalen Entwicklung der Berufsausbildung nicht das Geringste ändert. Einige planifikatorische Elemente (Arbeitskräfteplanung, Berufsprognostik usw.), die im Entwurf der SPD von 1966 enthalten gewesen waren, sind in einem -inzwischen verabschiedeten- "Arbeitsförderungsgesetz" aufgegangen. Von der Stufenausbildung (§ 26 des Entwurfs) ist nur im Sinn des Krupp- und IG-Metall-Plans die Rede. Die Gesetzgebungsmaschine bereitet so die vom Konzernkapital und den Gewerkschaftstechnokraten gleichermaßen geforderte Immobilisierung der Mehrheit der jungen Arbeiterklasse zugunsten einer verschwindenden Minderheit von spezialisierten Lohnabhängigen vor.
Im übrigen unterscheidet sich das Gesetz von den bislang herrschenden Verhältnissen nur dadurch, daß es die Gewerkschaften in einen "Bundesausschuß für Berufsausbildung" und in regionale "Berufsausbildungsausschüsse" bei den Kammern "paritätisch" integriert. Diese "Parität" wird auch in einem neu zu schaffenden öffentlich-rechtlichen "Institut für Berufsbildungsforschung" gewahrt; damit durch diese Einrichtung die chaotische Struktur der Berufsausbildung nicht allzu sehr planifiziert wird, befindet sich der DGB in ihr freilich in einer hoffnungslosen Außenseiterposition gegenüber den Verbänden der großen und mittleren Industrie und des Handwerks.
Zweifellos wird durch das Gesetz der bisherige monopolartige Einfluß der mittleren Industrie und des Handwerks auf die Berufsausbildung eingeschränkt werden, und zwar letzten Endes im Sinn der Funktionäre der großen Industrie, die wieder einmal erkannt haben, daß die Gewerkschaften (ähnlich wie in der Weimarer Republik) zu ihren wichtigsten Herrschaftsträgern werden müssen, wenn die Fortsetzng der Zentralisationsoffensive gegen die mittlere und Kleinindustrie gelingen soll. Die Integration der Gewerkschaften in den Organisationsapparat der Berufsausbildung dient demzufolge noch nicht einmal dem Ziel, die im Verlauf der Kapitalexpansion sich verschärfenden Widersprüche in der Berufsausbildung durch einen stabilen Lenkungsmechanismus zu neutalisieren.

4.4. (Zusammenfassung)

Das Berufsausbildungsgesetz ist ein Instrument zur Verschiebung des bisherigen status quo der auf den Komplex der Berufsausbildung konzentrierten Machtinteressen. Es hat nicht die Funktion, eine technokratische Gesamtplanifikation im Sinn der Steigerung des technisch-wissenschaftlichen Niveaus und daraus folgend der Mobilität der gesamten jungen Arbeiterklasse einzuleiten. Es wird vielmehr dazu benutzt, den bisherigen dreiteilig angelegten Konflikt zwischen mittlerer Industrie und Handwerk, selektiven Planifikationsinteressen der Großkonzerne und Gewerkschaftsforderungen tendentiell in einer gewerkschaftlich-monopol-kapitalistische Zweckkoalition gegen die mittlere Industrie und das Handwerk aufgehen zu lassen. Die Gewerkschaftsapparate werden, indem sie allmählich verstaatlicht werden (jetzt auch im Bereich der Administration der Berufsausbildung), zur Bindung des mittleren und kleinen Kapitals an die Konzerne herangezogen.

10

Die Bedürfnisse der Lohnabhängigen spielen dabei keine Rolle. Bei den Funktionären der mittleren und kleinen Unternehmen wird gleichzeitig der Trend zur neofaschistisch-antigewerkschaftlichen Radikalisierung verstärkt. Erst in zweiter Linie wird das Berufsausbildungsgesetz dazu benutzt, die weitere Expansion der Großkonzerne durch die Einführung einer beschränkten Steuerung der Berufsausbildung abzusichern. Zu diesem Zweck wird es den Gewerkschaften gestattet, das bisherige Monopol der mittleren Industrie und des Handwerks über die Berufsausbildung aufzubrechen. Sie sollen garantieren, daß die Rückwirkungen der neuen monopolkapitalistischen Zentralisationsoffensive auf die Berufsausbildung, die die in ihr ohnedies schon angelegten Disproportionalitäten weiter verstärken wird, rechtzeitig aufgefangen werden. Die Qualifikationsschere der Berufsausbildun wird sich freilich trotz des Gesetzes weiter öffnen.

PRESSEERKLÄRUNG

Presseerklärung: Den jahrelangen Versprechungen Schillers und den Stillhalteappellen der Gewerkschaftsfunktionäre haben die Arbeiter im Bergbau, in der Stahl- und Metallindustrie die richtige Antwort erteilt. Anstatt den Ausgang des Wahlkarussels und die Rücknahme aller Wahlversprechen in den Koalitionsverhandlungen abzuwarten, anstatt wie 1961 und '65 die Preissteigerungswelle nach der Wahl geduldig über sich ergehen zu lassen, anstatt weiter Tarifverhandlungen hinter verschlossenen Türen zu vertrauen, haben sie in dem Augenblick, in dem die Unternehmerparteien umdas Wohlwollen ihres Stimmviehs buhlen, den Kampf um ihre berechtigten Lohninteressen dort aufgenommen, wo sie stark sind: im Betrieb.

Die Arbeiter haben begonnen, für ihre Interessen zu kämpfen. Die bürgerliche Presse versucht, die Arbeiter durch manipulative Informationen voneiander zu isolieren; die Parteien und die bürg. Kommentatoren basteln an einer Theorie der nationalen Schande im Verlust des Arbeitsfriedens und an Verschwörungstheorien; die Gewerkschaften zwingen mit den Unternehmern die Arbeiter zur Annahme lächerlicher Kompromisse.

Der SDS und die Basisgruppen der Arbeiter, Lehrlinge und Schüler werden versuchen, diese manipulative Isolierung der Streikenden von ihren Kollegen durch Flugblattkampagnen überall in der BRD zu durchbrechen.

Darüberhinaus sind Beobachtergruppen des SDS in die Streikzentren gefahren, um sich an Ort und Stelle über den Streikverlauf zu informieren.

Frankfurt:

11.

Stadtteilbasisgruppen

Der folgende Artikel versucht, die Organisationsbedingungen, die Praxis und einige Organisationsprobleme der Stadtteilbasisgruppen zu analysieren. Dabei kommen zunächst die Fragen zu kurz, die die strategischen Perspektiven und den grundsätzlichen Ansatz der Stadtteilbasisgruppen betreffen. Dazu ist es unbedingt notwendig, eine Analyse der Bedingungen zu leisten, die die Betriebspolitik reformistisch werden lassen. Zur Diskussion der weiteren Strategie ist eine Vorbedingung, die organisatorische Praxis der Stadtteilbasisgruppen noch genauer zu analysieren und zu prüfen, ob sie die Grundlage einer revolutionären Jugendorganisation und/oder einer Partei sein kann.

Entwicklung der Basisgruppe Bornheim

In Bornheim existierte seit Herbst 1967 eine „Sozialistische Gruppe", die über Vietnam arbeitete. Sie wandte sich mit Aufklärungsaktionen an die Öffentlichkeit, verteilte Flugblätter an „die Bevölkerung" und diskutierte mit „Leuten" auf der Straße. Die Gruppe ging an inneren Streitereien und an der allgemeinen Resignation nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze ein.

Im August bildeten einige Genossen dieser Gruppe eine Stadtteilbasisgruppe in Bornheim. Sie hatten das Ziel, die Lehrlinge und Jungarbeiter zu organisieren, die durch die vorangegangenen Aktionen mobilisiert waren, auf SDS-Mitgliederversammlungen und in der Betriebsprojektgruppe aber nur frustriert wurden.

Zwischen Uni und Stadtteilbasisgruppe bestand zunächst keine Verbindung. Erst als der aktive Streik auf seine Grenzen stieß (Kompromißlosigkeit der Professoren, Studienzwänge bei den Studenten, rückte die außeruniversitäre Arbeit ins Zentrum. Mit dem Abbröckeln des Streiks wurde die Propaganda für Stadtteilbasisgruppen gegen die universitären Arbeitsgruppen (Hochschulborniertheit) immer heftiger. In dieser Zeit gründeten sich schon zwei weitere Stadtteilbasisgruppen, Niederrad und Nordend. Bald folgten ihnen weitere.

Stadtteilbasisgruppen und Betriebsarbeit

Die Stadtteilbasisgruppen setzen politisch in der Freizeitsphäre an. Ihr langfristiges Ziel bleibt jedoch die Rückkehr in die Produktionssphäre. Die Betriebsarbeit kann in großem Stil erst wiederaufgenommen werden, wenn eine längerfristige Mobilisierung von Lehrlingen, auf die sich die Stadtteilbasisgruppen im Gegensatz zur ehemaligen Betriebsprojektgruppe zunächst konzentrieren, stattgefunden und neue Voraussetzungen geschaffen hat. Zweitens ist die in Gang befindliche Mobilisierung von Ingenieurstudenten, mit denen zum Beispiel die Basisgruppe Nordend zusammenarbeitet, zu berücksichtigen. Drittens muß einer Wiederaufnahme der Betriebsarbeit eine Klassenanalyse, die auf einer Untersuchung des Produktionsprozesses im Spätkapitalismus aufbaut, vorausgehen, damit wir nicht wieder einfach „die Arbeiter" mobilisieren wollen, sondern wissen, welche Gruppen von ihrer Funktion im Produktionsprozeß her eine zentrale Rolle in unserer Arbeit und welche eine untergeordnete Rolle spielen, und in etwa abschätzen können, wie groß die Chancen von Mobilisierungsversuchen sind.

Um die Ansatzpunkte der Politisierung von Lehrlingen besser verstehen zu können, müssen wir auf die materielle Situation in ihrer Ausbildung und ihrer Freizeit eingehen.

Zur materiellen Situation der Lehrlinge

Sozialisation

Wenn das kurzfristige Ziel der Stadtteilbasisgruppen die Politisierung der Lehrlinge ist, muß auch die autoritäre Erziehung in der Lehrlingszeit berücksichtigt werden. Schon in der Familie gibt es den, der befiehlt, und den, der gehorchen muß. Zwang, Strafen und Prügel bringen dem Kind bei, daß das Recht der Stärkere hat. Auch im Kindergarten wird nicht auf Bedürfnisse Rücksicht genommen, Höflichkeit und Benehmen üben die Unterordnung ein. Die Schule kennt nur die Tugenden Fleiß, Ehrgeiz und die Fähigkeit, irgendwelche Dinge auswendig zu lernen, ohne zu erklären, warum. Die Schüler bürgerlicher Eltern haben zu Hause den Umgang mit der Sprache besser gelernt, Arbeiterkinder sind dadurch benachteiligt, die Klassenunterschiede der Eltern setzen sich in der Schule fort. Höhepunkt nach der Lehrzeit dieser Einübung in Unterdrückung, die fraglos erduldet wird, ist die Zeit bei der Bundeswehr. Das Prinzip von oben und unten findet hier seine deutlichste Darstellung. Nach alldem ist man fertig dressiert, die nächsten 40 oder 50 Jahre als gehorsame Lohnsklaven den Reichtum der Herren zu erschuften.

Wohnsituation

Dieser Effekt wird unterstützt durch das, was Lehrlinge dort, wo sie wohnen, zu erdulden haben. Selbst in der Freizeit zu Hause nehmen den Lehrlingen die Schikanen die Möglichkeit, die Notwendigkeit dieser allgegenwärtigen Unterdrückung zu überlegen und Mittel zu finden, sich dagegen zu wehren. Sie bekommen ihr Taschengeld entzogen, werden frühabends wieder nach Haus befohlen, und es wird ihnen unmöglich gemacht, mit anderen Lehrlingen zu Hause über ihre Probleme zu diskutieren oder mit Mädchen zu schlafen, um ihre sexuellen Bedürfnisse zu befriedigen. In Lehrlingsheimen ist dasselbe um ein Vielfaches schlimmer, und die Möglichkeiten, sich gegen die Hausordnung, die Ungerechtigkeit des Heimleiters oder das schlechte Essen zu wehren, sind viel geringer. Am schlimmsten sind die dran, bei denen das Jugendamt ganz die Erziehungsberechtigung hat. Wenn sie auffallen, vor allem politisch, wird mit dem Erziehungsheim gedroht, das mit dem Arbeitslager vergleichbar ist. Obwohl auch in Lehrlingsheimen schon geprügelt wird, ist das dort die normale Erziehungsmethode.

12

Situation im Betrieb

Die Ausbildung im Betrieb wird nicht im geringsten den Erfordernissen einer guten Berufsausbildung gerecht. Ein Großteil der Arbeitszeit wird verbraucht mit Werkstattaufräumen, Bierholen und Kaffeekochen. Unnötigerweise müssen bestimmte Fertigkeiten bis zur Perfektion erlernt werden, beispielsweise müssen Mechaniker wochenlang nur feilen, obwohl das in der Produktion fast nur maschinell gemacht wird. Große Betriebe geben eine bessere Ausbildung, allerdings nur zu dem Zweck, daß die Lehrlinge schneller vollwertige Arbeitskräfte werden, die Konzernherren verdienen dann mehr an ihnen. Im Gegensatz zu den älteren Arbeitern verdienen die Lehrlinge nur einen Bruchteil, trotz später annähernd gleicher Arbeitsleistung und trotz der gleichen Bedürfnisse, die ihnen von der Werbung eingeredet werden. Sie müssen so dauernden Verzicht leisten.

Reaktionsweisen

Die Lehrzeit verhindert zu begreifen, was es heißt, über seine eigene Arbeitskraft zu verfügen, was es heißt, sich gegen die eigene und die Unterdrückung anderer zu wehren. Im Gegenteil, die einzige Erfahrung von menschlichem Zusammenleben ist die von Machtkonflikten, mit Aggression und Brutalität ausgetragen. Man akzeptiert die eigene Rolle als die Rolle des Schwächeren. Rocker beispielsweise finden es durchaus in Ordnung, daß sie eingelocht werden, wenn man sie beim Auto- oder Automatenknacken erwischt. Sie haben noch nicht begriffen, wer wie unterdrückt, und reagieren sprachlos ihre Aggression an ihrer Umgebung, der es auch nicht besser geht, oder untereinander ab. Im Betrieb der schwächste Lehrling zu sein, bedeutet dann auch, von allen anderen Lehrlingen verprügelt zu werden. Kaufmännische Lehrlinge reagieren durch andere Erziehung anders, weniger mit Gewalt als mit Intrigen. Sie sind auch bei der Basisgruppenarbeit viel ansprechbarer auf theoretisch-politische Aufklärung. Sobald in der Gruppe Bornheim Aktionen in die politische Praxis einbezogen wurden, verlagerte sich die Gruppenzusammensetzung zugunsten der gewerblichen Lehrlinge.
Wie hat die Praxis der Stadtteilbasisgruppen an diesem objektiven politischen Potential angesetzt?

Praxisansätze der Stadtteilbasisgruppen

Freisprechungsfeiern

In den letzten Wochen wurden von uns zwei Freisprechungsfeiern gestört unter der Parole: „Drei Jahre Zuchthaus — lebenslänglich Zwangsarbeit". Wir wollten die Ideologie zerstören, daß nach drei harten Lehrjahren ein neuer Lebensabschnitt anfinge, in dem die ehemaligen Lehrlinge tatsächlich von Zwang und Unterdrückung „freigesprochen" seien.
Damit dieses System funktioniert, muß es die Lehrlinge so gefügig machen, daß sie als Arbeiter willenlos selbst sinnlose und langweilige Arbeiten verrichten, auch Erzeugnisse herzustellen, die auf Grund eingebauter Verschleißdauer schon nach kurzer Lebenszeit wieder kaputtgehen. Die technische Möglichkeit, praktisch unzerstörbare Waren herzustellen, wie Glühlampen, Autoreifen, Strümpfe etc., liegt nicht im Profitinteresse der Kapitalisten. Ihr Interesse nach langer Arbeitszeit und kurzlebigen Produkten steht dem Interesse der Lohnabhängigen nach langlebigen Produkten und kurzer Arbeitszeit entgegen.
Dieser fundamentale Widerspruch läßt sich nicht durch ein besseres Berufsausbildungsgesetz lösen, auf dessen Forderung sich Gewerkschaft und SDAJ beschränken. Dieses stabilisiert das System vielmehr, weil es vorgibt, mit der Abschaffung einiger Mißstände schon entscheidende Veränderungen durchgesetzt zu haben. Am Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital ändert sich aber nicht das geringste.
Durch die Störungen der beiden Freisprechungsfeiern versuchten wir das aufzuzeigen. Die erste Feier konnte erfolgreich gesprengt werden. Die zweite Aktion mißlang, weil sich nur 50 Genossen unter den 6000 Freizusprechenden befanden, die sich zudem einem riesigen Polizeiaufgebot gegenübersahen.
Der Erfolg oder Mißerfolg — die Wirkung dieser Aktion — läßt sich nicht genau abschätzen. Ein Anwachsen der Basisgruppen wurde dadurch nicht erreicht. In der nächsten Zeit werden die Stadtteilbasisgruppen sich verstärkt der Berufsschularbeit zuwenden, um die Lehrlinge noch während der Lehrzeit zu mobilisieren. Aus ähnlichen Gründen werden sie auch Agitation in den letzten Volksschulklassen betreiben.

Lehrlingsheime

Die Arbeit im Wohnbereich, in Lehrlingsheimen wurde uns praktisch aufgezwungen. Genossen drohte man den Rausschmiß aus einem Wohnheim und Einweisung ins Erziehungsheim an. Durch Interventionen beim Jugendamt und bei den Eltern erreichten wir, daß sie in Frankfurt bleiben und sich ein Zimmer nehmen konnten. In einem dieser Lehrlingsheime veranstalteten wir dann eine Fete; wir brachten Freibier mit, zeigten einen Pornofilm, diskutierten mit den Jugendlichen in kleinen Gruppen und zwangen schließlich den Heimleiter, das erste Mal den Heimbewohnern für sein autoritäres Verhalten Rede und Antwort zu stehen. Die Fete hatte großen Erfolg. Zahlreiche Lehrlinge wurden Mitglieder der Basisgruppe, die daraufhin in diesem Stadtteil entstand. Inzwischen fanden weitere Go-ins statt.
Im Verlaufe unserer Arbeit stellte es sich heraus, daß wir von falschen Voraussetzungen ausgegangen waren. Das Wohnheim unterstand nicht dem Städtischen Jugendamt, wie wir angenommen hatten, sondern dem Katholischen Stadtjugendamt. Nur ein Drittel der Lehrlinge waren zwangsweise eingewiesen worden, und nicht alle, wie wir angenommen hatten. Wir haben daraus gelernt, daß wir eigene Untersuchungen anstellen müssen, bevor wir beginnen, in einem für uns neuen politischen Bereich zu arbeiten. Die Sachsenhäuser Basisgruppe unternimmt zur Zeit eine Untersuchung über sämtliche Frankfurter Lehrlingswohnheime.
Als praktische Alternativen zu den Wohnheimen haben sich Wohngemeinschaften erwiesen. Durch das Zusammenleben von mehreren Genossen lassen sich die Lebenshaltungskosten reduzieren, so daß dem Verlassen der Heime keine finanziellen Grenzen mehr gesetzt sind. Die Bildung von Wohngemeinschaften hilft nicht nur individuelle Probleme bewältigen, sondern stellt zugleich einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Organisationsproblematik dar. Die Wohngemeinschaft übernimmt einen Projektbereich der Basisgruppenarbeit: eine Schule, ein Jugend- oder Lehrlingsheim. Sie ist besonders dazu geeignet, da sich ihre Mitglieder nicht nur zu einzelnen Terminen treffen, sondern permanent kommunizieren können.

Kommunikation

Allgemein ist heute eine Abnahme von Möglichkeiten zur Kommunikation, genauer der beiderseitigen Kommunikation zu verzeichnen. Gerade bei den sogenannten Kommunikationsmitteln, wie Fernsehen, Film, Rundfunk, Zeitschriften, Zeitungen und so weiter, gibt es nur noch Sender und Empfänger. Ein Gespräch findet nicht mehr statt. In vielen Beatlokalen verhindert die Lautstärke der Musik jegliche Unterhaltung. Die Möglichkeiten der Diskussion und Reflexion werden auf diese Weise zunehmend eingeschränkt. Die Basisgruppen

selbst stellen eine Stätte der Kommunikation dar, einen gesellschaftlichen Freiraum, wo man sich leichter der Manipulation entziehen kann. Aus diesem Grunde hat es sich als besonders günstig herausgestellt, wenn eine Basisgruppe über einen Raum innerhalb einer Wohngemeinschaft verfügen kann. Man hat dann jederzeit die Möglichkeit, sich vor den Repressionen der Familie, des Wohnheimes, vor dem Fernsehgerät zurückzuziehen oder auch einfach nur Genossen anzutreffen, bei denen man sich eine Zeitlang aufhalten und eventuell übernachten kann.

Städtische, konfessionelle und Gewerkschaftsjugendhäuser sind Orte, an denen sich noch Jugendliche versammeln und wo sie für uns ansprechbar sind. Die Arbeit in solchen städtischen Jugendheimen stellte bei den Stadtteilbasisgruppen den ersten praktischen Ansatz dar. Zunächst versuchten wir, Kontakt zu den Jugendlichen zu bekommen. Das geschah durch kollektive Teilnahme an Tanzveranstaltungen. So ist es gelungen, mit einigen Rockers ins Gespräch zu kommen, Informationen über ihre täglichen Probleme zu erhalten, einzelnen bei Prozessen zu helfen und regelmäßig Diskussionen beziehungsweise Arbeitskreise zu machen. Die besondere Schwierigkeit besteht darin, sie aus ihrem Konsumentenverhalten herauszureißen, das heißt, gemeinsame militante Aktionen zu unternehmen, bei denen sie ihre körperliche Aggressivität auf geeignete Objekte richten können. (Ein einziges Mal ist es bei der Dörnigheim-Aktion gegen die griechischen Faschisten gelungen.) Im Idealfall müßte durch solche Aktionen eine unmittelbare Verbesserung der materiellen Situation der Jugendlichen erreicht werden.

Sexualarbeit

Eine solche sofortige Hilfe konnte durch einen Sexualarbeitskreis, den wir in einem der Jugendhäuser versuchten, nicht geleistet werden. Wahrscheinlich hätte selbst eine Pillenversteigerung keinen Erfolg gehabt, da die Vorurteile gegen die Antibabypille dort noch sehr verbreitet sind und sich nur wenige Mädchen im Heim aufhalten. Die Sexualität nimmt im Bewußtsein dieser Jugendlichen keine zentrale Stellung ein. So erwies sich der Sexualarbeitskreis als ziemlich unreflektierte Übertragung eines Modells von Schülern auf Jungarbeiter und Lehrlinge aus der Unterschicht. Im übrigen sind auch dort die Versuche einer politischen Sexualaufklärung gescheitert, weil die objektiven Schwierigkeiten einer agitatorischen Vermittlung von Sexualität und Herrschaft ungeheuer groß sind.

Eine Arbeit mit Jugendlichen aus der Unterschicht hätte bei deren zentralen Problemen anzusetzen, die in Konflikten mit Jugendamt, Fürsorge, Polizei und Justiz bestehen.

Gewerkschaften / Ostermarsch

Am Vorabend des 1. Mai, auf einer Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend, gelang es uns nur unzureichend, eine Diskussion über die Stadtteilbasisgruppen zu führen, weil wir uns zuwenig vorbereitet und unsere Stärke unterschätzt hatten. Letzteres gilt auch für die 1.-Mai-Kundgebung der Gewerkschaft, die wir nur störten, wenn auch erheblich. Bei einer richtigen Einschätzung der Lage hätten wir darauf verzichtet, uns an die Gewerkschaft anzuhängen und eine eigene Veranstaltung gemacht. Die Propagierung des Stadtteilbasisgruppenkonzepts braucht nur so lange auf dem Veranstaltungen von traditionalistischen und reformistischen Organisationen zu erfolgen, wie die Stadtteilbasisgruppen nicht stark genug sind, eigene Veranstaltungen zu machen.

Eine weitere Möglichkeit für die Stadtteilbasisgruppen, Aktionen zu machen und ihr Konzept zu propagieren, war der Ostermarsch („Der Ostermarsch ist tot — organisiert euch in Basisgruppen"). Der Erfolg war die Vergrößerung der schon bestehenden und die Entstehung einiger weiterer Basisgruppen. Außerdem wurde bekannt, daß sich bereits in einigen kleineren Städten Basisgruppen gebildet haben.

Organisationsprobleme

Aus der Schwierigkeit, unreflektierte Verhaltensweisen und Bedürfnisse einzelner Mitglieder mit den praktisch-politischen Zielen der Basisgruppen zu vermitteln, ergeben sich verschiedene innere Probleme.

Unkontrollierte Aggressivität

Für manche von uns bietet die BG die Möglichkeit, Aggressionen, die durch Versagungen und Enttäuschungen in Betrieb, Schule oder Elternhaus erzeugt werden, an den Genossen auszulassen, weil sie solche Ausbrüche nicht unterdrücken können und auch nicht wollen. Wenn einzelne in dieser Weise die nicht repressive Atmosphäre in den Gruppen ausnutzen, behindern sie die Arbeit dadurch, daß sie sachliche Diskussionen stören und andererseits ihre Angriffe nicht gegen die Ursachen der Unterdrückung wenden, also nicht politisch werden. Die Aggressionen kann man sicherlich von ihren falschen Objekten, den Genossen, lösen und sie produktiv werden lassen, wenn die Konflikte des einzelnen in der Gruppe diskutiert werden und man solidarisch versucht, seine Lebensumstände direkt zu verändern.

Eine zweite Art, Aggressionen relativ unreflektiert auszutoben, äußert sich in dem Verlangen nach möglichst militanten Aktionen, das besonders bei gewerblichen Lehrlingen stark ist. Der Vorzug dieser Gruppe, daß sie nämlich nicht wie mittelständische kaufmännische Lehrlinge, Schüler und Studenten Hemmungen vor praktischen Aktionen haben, kann zu einer Gefahr werden, wenn die Anwendung von Gewalt nicht auf ihren politischen Stellenwert hin untersucht wird, sondern in jeder Situation mit irgendwelchen Rationalisierungen befürwortet wird, weil sie Lustgewinn bringt. Dann glauben die Genossen kurzschlüssig, die Gesellschaft um so stärker bekämpfen zu können, je mehr Putz sie machen. Sie haben die „ewigen Diskussionen" satt und meinen, es sei überflüssig, Aktionen ausführlich theoretisch zu begründen und vorzubereiten. Sie müßten lernen, die Frustrationen, die theoretische Arbeit in gewisser Weise mit sich bringt, zu ertragen. Es ist ein Problem der Schulung, den praktischen Nutzen der Theorie aufzuzeigen und dadurch an den Interessen anzuknüpfen.

Reine Theorie

Das Ziel der BG, Aufklärung und Aktionen miteinander zu verbinden, kann ebenso von der entgegengesetzten Seite her behindert werden, nämlich von Gruppen, die ihre Arbeit auf die Theorie beschränken wollen. Das sind Genossen aus dem Kleinbürgertum, die auf Grund ihrer Erziehung und ihrer Arbeitssituation (Büro, Schule, Universität) zu unmittelbar praktischen Tätigkeiten kein direktes Verhältnis haben. Da für ihre politische Einstellung häufig theoretische Einsichten entscheidend waren, haben sie vor allem das Bedürfnis, ihre Erkenntnisse zu erweitern. Unter ihrem Einfluß kann die BG zu einem bloßen Arbeitskreis herabsinken. Als politische Arbeit bevorzugen sie Aufklärungskampagnen, Demonstrationen, die nur an die Öffentlichkeit appellieren, während sie sich vor direkten Kampf- und Widerstandshandlungen scheuen, vor denen die proletarischen Genossen keine Hemmungen haben. Die Mittelständler verlieren ihre Scheu am ehesten durch politische Erfahrung des Erfolgs einer Aktion und besonders durch die Erfahrung terroristischer Gewalt von seiten der Polizei.

Schulung

Die hier genannten Probleme entstehen aus der Schwierigkeit, Theorie und Praxis zu vermitteln. Diese Schwierigkeit versucht man durch eine kontinuierliche Schulung zu überwinden, über die zur Zeit in den Stadtteilbasisgruppen diskutiert wird. Die theoretische Arbeit, die bisher schon geleistet wurde, beschränkt sich auf vereinzelte Ansätze. Man

14

merkte, daß die Kenntnisse unzureichend waren, und griff ziemlich beliebig Themen und Texte heraus, die die Studenten der Gruppen für wichtig hielten. So war in Bornheim die Lektüre von Reiches „Sexualität und Klassenkampf" oder der „Deutschen Ideologie" in Niederrad einfach aufgesetzt. Zum einen setzten die Texte zuviel voraus und waren zum andern nicht oder nur abstrakt mit den praktischen Zielsetzungen der Basisgruppen verbunden.
Die heutige Situation ist jedoch verändert. Durch das Unbehagen an Aktionen, deren theoretische Begründung nicht allen einsichtig ist, ist auch bei den „Aktionisten" das Bedürfnis nach theoretischer Grundlage entstanden, das die einzelnen zu selbständigen Beurteilungen befähigt. Die jetzt diskutierte Schulung soll kontinuierlich und systematisch durchgeführt werden und sich nicht von den Problemen der politischen Praxis entfernen. Einige Gruppen haben begonnen, die ersten Vorschläge des Programms der KPD-ML (einige Mao-Schriften zur Methode des Studiums) aufzugreifen. Diese Vorschläge sind aber umstritten. Ein allgemein akzeptiertes Schulungsprogramm ist noch nicht aufgestellt. In der Diskussion um die Schulung ist auch behauptet worden, daß, wenn es den Basisgruppen selbst gelänge, fundierte theoretische Kenntnisse zu vermitteln, Lehrlinge nicht mehr versuchen würden, über den Zweiten Bildungsweg aufzusteigen. Daß Lehrlinge, die in die BG kommen, häufig das Abitur nachholen wollen, kann unter Umständen eine spätere Agitation und Kaderbildung in Betrieben behindern. Durch eine Schulung allein ist das Problem aber nicht zu lösen. Denn die Lehrlinge wollen nicht nur ihr Wissen erweitern, sondern auch den Repressionen im Betrieb ausweichen und durch die privilegierte Stellung der Schüler und Studenten ihre Fähigkeiten entfalten.

Unmittelbarkeit der Bedürfnisbefriedigung

Ein anderer Kreis von Problemen entspringt dem unklaren Wunsch, in der BG unmittelbar Befreiung zu finden. Das äußert sich relativ harmlos darin, daß Genossen glauben, sich ganz nach dem Lustprinzip verhalten zu können, ohne einzusehen, daß die kontinuierliche Arbeit in einer politischen Organisation eine gewisse Disziplin verlangt. Chaotische Diskussionen, in denen manche ihren Spieltrieb befriedigen und andere ihren gemütlichen Schwatz halten, stören eine effektive Arbeit. In diesem Zusammenhang tauchen aber noch weit schwerer wiegende Probleme als die der Diskussionsführung auf.
Wenn man Lehrlingen in der Agitation klarmacht, daß objektiv eine Abschaffung der Arbeit möglich ist und im Kapitalismus der einzelne zu überflüssigen Arbeitsleistungen gezwungen wird, entsteht verständlicherweise der Wunsch, diese Befreiung hier und jetzt zu vollziehen. So ist es verschiedentlich vorgekommen, daß Lehrlinge, die aus politischen Gründen aus ihrem Betrieb 'rausflogen, sich keine neue Stelle suchten und sich mit Gammeln und Hasch eine Subkultur aufbauten, in der sie dann meist unpolitisch wurden. Wer versucht, hier und jetzt schon innerhalb des kapitalistischen Systems Glück zu verwirklichen, will gesellschaftliche Probleme für sich privat lösen; er wird, wenn er sich von der revolutionären Bewegung löst, scheitern oder mit Scheinbefriedigung vorliebnehmen müssen. Aber es wäre unsinnig, den Genossen zu sagen: Gebt eure privaten Ansprüche gefälligst auf! Wir können den Widerspruch zwischen den individuellen Bedürfnissen nach unmittelbarer Befriedigung und den Notwendigkeiten der revolutionären Arbeit nicht auflösen, nach keiner Seite. Wir müssen ihn in dieser Scheißgesellschaft, aus der wir nicht herausspringen können, ertragen. Die einzelnen Genossen dazu zu befähigen, ist ein wesentliches Organisationsproblem der Basisgruppen, für die revolutionäre Politik nicht arbeitsteilig vom Privatleben abgespalten sein kann. Aus der Verurteilung der antiautoritären Subkultur kann man nicht einfach die Liquidierung der antiautoritären Phase fordern und als Heilmittel straffe Disziplin anbieten.
Ohne der Illusion zu verfallen, die Widersprüche des Kapitalismus im Leben des einzelnen aufheben zu können, und von den psychologischen Problemen die politische Arbeit verdrängen zu lassen, müßten die BG Formen des kollektiven Lebens suchen, die den einzelnen für die revolutionäre Politik stärken.

Mitglieder der Stadtteilbasisgruppen Bockenheim, Bornheim, Niederrad, Nordend

aus: DISKUS Frankfurter Studentenzeitung
6 Frankfurt am Main 1, Merfonstraße 26-28, Telefon (06 11) 7 98 31 89

Literatur aus dem Fremdsprachenverlag Hanoi und der Nationalen Befreiungsfront sowie von der Neo Lao Haksat in englischer, französischer und teilweise auch in spanischer Sprache sind zu sehr niedrigen Preisen erhältlich bei:

Inge Jahnke
2-Hamburg 13
Hochallee 21
(für engl.)

Peuple et Culture
45,Caroline
1227 CAROUGE/Genf
(für franz.u.span.)

Literaturlisten und Probeexemplare der Wochenzeitungen "Vietnam Courier" und "South Vietnam in Struggle" sind in Hamburg zu erhalten (bitte Rückporto beilegen).

FRANKFURT

Über die Arbeit der Lehrlinge an der Gutenberg-Berufschule

Ansatz der Lehrlingsarbeit: Nachdem die Betriebsprojektgruppen des Frankfurter SDS gescheitert waren, wurde auf der AK im Sommer 68 als Übergang die Konstituierung von Stadtteilbasisgruppen vorgeschlagen. Diese sollten in der Konsumspähre ansetzen ("Freizeitansatz") und vordringlich auf die Mobilisierung von Lehrlingen und Jungarbeitern hinarbeiten. Im Gegensatz zu anderen Stadtteilbasisgruppen gingen die Genossen der Gruppe Bockenheim über diesen nie ausdiskutierten "Freizeit-Ansatz" hinaus und begannen mit kontinuierlicher Arbeit an den wichtigsten Berufschulen des Stadtteils, der Siemens- und Gutenberg-Schule. Die Einsicht in diese notwendige Schul-Arbeit beruht in erster Linie auf der Unverbindlichkeit des Freizeit-Ansatzes, auf seinem Mangel an Kontaktmöglichkeiten auf lokaler Ebene, und es wäre ein Engpaß, nur in Lehrlingsheimen tätig zu sein.

Konfliktsituationen: Abstrakte Aufklärung der Berufschüler über Ausbeutung im Betrieb und Verdummung in der Schule ist Mist. Die Schüler haben vorerst keine Vorstellung über die Lösung ihrer Arbeits- und Schulprobleme. Den Anstoß für eine konkrete Beschäftigung mit den Lern- und Ausbildungsbedingungen gab - wie in den meisten Fällen von politischem Engagement - eine Konfliktsituation, die die Notwendigkeit kollektiven Widerstands aufzeigte.

Agitation: Was kontinuierliche Agitation von Genossen innerhalb ihrer Berufschulklassen bezweckte, nämlich Politisierung der Kollegen, wurde in der Fotographenklasse der Gutenbergschule dahingehend erreicht, daß die Frauen und Männer der Klasse PO sich einstimmig für eine Diskussion mit "linken Studenten" während des Sozialkundeunterrichts entschieden. Über die formale Weigerung des Direktors Bender, die "Jurastudenten" (keiner wars von uns) zur Diskussion zuzulassen, Hausfriedensbruch und so, kam es zum Konflikt mit den Schulautoritäten. Direktor Bender bestand bibbernd auf seinem Hausrecht, und als wir nach gegenseitigem Anbrüllen, ein bißchen Verarschung war dabei, seiner "Anordnung" nicht folgten, solidarisierte sich die Klasse mit uns und weigerte sich, in einem anderen Raum den Unterricht zu beginnen. Bender und seine Fach(idioten)lehrer zogen sich irritiert zurück. Um die Klasse nicht unnötigen Repressalien auszusetzen, machten wir einen Termin aus.

16

Bevor wir den Bau verließen, gerieten wir nocheinmal an den Direktor. Weil er Angst hatte, ließ er mit sich reden, überzeugte uns von seiner dümmlichen Starrköpfigkeit ("ich halte die formalen Sachen für das wichtigste"), entschuldigte sich bei den Bullen, die zur Tür reinkamen und uns rausweisen sollten und schickte uns dann zu den Schülern zurück.
Die Diskussion mit den Schülern und Schülerinnen (sehr hübsche Mädchen) zeigte die Notwendigkeit, bei ersten Kontakten mit Berufschülern nicht abstrakt-politisch zu reden, sondern praktisch-politisch auf ihre subjektive Situation einzugehen. Die Schüler diskutierten nicht aus primär politischem Interesse, sondern primär persömlichem. D.h., daß sie erst nach Erkennen der individuellen Situation in ihren Betrieben deren politische Hindergründe sehen.
Nach dem Unterricht konstituierte sich die Basisgruppe der Fotographenlehrlinge.
Die Berufschüler arbeiteten ein Flugblatt aus, auf dem sie Gründe, Ablauf und Reaktion unseres "Besuchs" den anderen Schülern von Siemens und Gutenberg schilderten. Das Flugblatt war nach Ansicht der Lehrlinge das erste, in dem sie sich wiedererkannten, das sie verstanden. Vorerst sollte vom Gebrauch der Begriffe Ausbeutung, Arbeitereinheitsfront abgesehen werden. Der Erfolg des Blattes "Wie Gutenberg-Schüler verschaukelt werden sollen", der sich in der Gründung einer zweiten Basisgruppe am Freitag manifestierte, ist unserer Ansicht nach darauf zurückzuführen, daß nicht irgendwelche Studenten oder vorstudentisierte Lehrlinge sich einer blödsinnigen Sprache bedienen, von der sie glauben, daß sie "proletarisch" sei. Gerade, weil das System bestrebt ist, die "Proletarisierung"(d.h. nicht den objektiven Zustand, sondern das Bewußtsein über diesen) abzuschaffen, führen Flugblätter à la "Die Arbeiterklasse muß immer die Führung innehaben" zu Reaktionen, die diesen Intentionen diametral entgegengesetzt sind.

<u>Situation der Fotografenlehrlinge:</u> Nach Abbruch anderer Berufe und Ausbildungsgänge, von Gymnasien kommend treten die Jugendlichen mit einer Blow-Up-Perspektive die Fotografenlehre an. IHK- und Betriebswerbung arbeiten beim Lehrlingsfang hart am von der Public-relations geschaffenen Wahnbild des erfolgreichen Fotografen, der für Zeitungen und Magazine oder zumindest für sich creativ schöne Bilder macht. Nach Antritt der Lehre erfahren die Mädchen und Jungen die totale Desillusionierung: der von den Monopolen abhängige Verkaufshandel der Fotobranche braucht billige Hilfskräfte für die Schweinearbeit in Dunkelkammer und am Fixierbad. Die Ausbildung der Jugendlichen besteht zum großen Teil aus permanentem Entwickeln oder anderen Routinegriffen -oft über ein Jahr. Die Erziehung zur Creativität mit der Kamera fällt nahezu gänzlich aus. Die Berufsperspektive ist miese: der Markt ist "gesättigt" an Fotografen, die Aussichten sind nichts als stupides Arbeiten in einem Kleinbetrieb. Von dieser Situation aus lassen sich die Lehrlinge schnell mobilisieren- für ihr individuelles Interesse an verbesserter Berufsausbildung, mehr Geld, bessere

Berufsaussichten. Sehr schnell erfahren sie, daß individuelles engagement einen Scheißdreck wert ist, daß vielmehr durch kollektives Handeln ihre ausbeuterische Situation angegriffen werden kann, daß den Repressionen, die nur auf ihre Kritik an ihrer Situation von den Paukern kommem, Widerstand zu leisten ist.

Perspektiven der Zusammenarbeit mit den Fotorafen: Die Arbeit der Jugendlichen mit Genossen der Basisgruppe Bockenheim war durch zwei parallellaufende Wege bestimmt. 1. Widerstand gegen direktorale und Repressionen des Klassenlehrers Carius. 2. Inhaltliche Arbeit über Ausbildung, Ausbeutung, Berufsperspektive in der Basisgruppe. Sowohl in der formalen Auseinandersetzung mit den Paukern, die juristisch geführt werden muß (ein Schüler soll rausfliegen, weil er den Schulfrieden gestört habe; er hatte auf einem Flugblatt seine Kontaktadresse angegeben),als auch bei der inhaltlichen Arbeit sind junge Juristen dabei. Die Basisgruppe der Fotografenlehrlinge, die z.Z. exemplarisch an der Siemens-Gutenbergschule politische Lehrlingsarbeit macht, kann von ihrem typischen "Prestige-Beruf" ausgehend eine Kritik spätkapitalistischer Unterdrückungsmechanismen leisten, die den Formen heutiger Ausbeutung mehr entspricht, als der Versuch, den Berufschülern abstrakt Klassenbewußtsein zu vermitteln. Die Arbeit über Berufsvorstellungen, Berufsperspektive, Ausbeutung in mittleren und kleineren Betrieben wurde eine mehr und mehr politische, deren Niveau transformiert werden muß in ein revolutionäres, d.h. Abkehr von systemimmanenten Reformen. Aber da machen sich die Fotografen nichts mehr vor.

Vermittlung: Der Kampf der Fotolehrlinge lief nicht isoliert an ihrem jeweiligen Berufschultag. Die anderen Schüler an beiden Schulen wurden über Flugblätter, die Bockenheimer Genossen verteilten informiert über die Arbeit. Durch diese "Öffentlichkeitsarbeit" angetrieben, solidarisierten sich Fotolaboranten und Dekorateure. Die Fotolaboranten wollten zum Teil über ihre Berufschule bzw. Lehre hinaus weiter als Basisgruppe arbeiten, um exemplarisch aufzuzeigen, daß es mit dem Ende der Ausbildung nicht aus ist mit der Ausbeutung. Während der Ferien entsteht ein Kampfblatt der Fotografen, wo sie ihre Situation den Mitschülern klarmachen und zum Engagement aufrufen wollen. Die Zeitung soll so aufgemacht sein, daß sie den Berufschülern als radikale "Schülerzeitung" vorgelegt werden kann: Fotos, Zeitungsausschnitte usw.

Fotolehrlinge und SBG Bockenheim: Wir haben es vermieden, die Genossinen und Genossen von der Berufschule in die Stadtteilbasisgruppen zu integrieren. Sie nehmen nicht an wöchentlichen Plenumssitzungen teil. Zum einen, weil derzeitig sowieso niemand mehr durchblickt, wenns um Selbstverständnis der Stadtteilbasisgruppen und Organisation geht, zum anderen, weil wir meinen, daß Projektgruppen der Stadtteilbasisgruppen branchenmäßig organisiert und autonom sein sollten. Lehrlinge die über ihre Basisgruppenarbeit weiteres Engagement zeigen, kommen schnell in die Stadtteilbasisgruppe.

18

Praktische Arbeit vor blindem Organisieren!

FRANKFURT (Basisgruppe Bockenheim)

Selbst die linientreuesten Marxisten-Leninisten vermögen bei der Debatte über den „Transformationsprozeß der Studentenrevolte" nicht klar zu bestimmen, was sie sich unter außeruniversitärer Praxis studentischer Genossen vorstellen. Bei der Bettlektüre stramm „maoistischer" Diskus-Artikel und diverser Papiere Berliner Organisationsstrategen fällt die Uneinigkeit über praktische Perspektiven auf und zudem die für Marxisten-Leninisten wohl typische Tendenz, vor dem Einsteigen in außeruniversitäre Arbeit erst über Monate hinweg zu verhandeln, wie man es organisatorisch machen wolle und wem die „zentrale Entscheidungsgewalt" der zu bildenden Massenorganisation denn zukomme. Anstatt Organisationsmodellen bereits vorhandene kontinuierliche praktische Arbeit zugrunde zu legen, streitet die Marxistisch-Leninistische Studentengruppe an der FU Berlin gegen studentische „Überbaurevolutionäre", die Nachwuchs in die Basisgruppen schicken wollen und ihren Genossen gar empfehlen, ein Jahr in den Betrieb zu gehen. Demgegenüber sieht die „kommunistische Fraktion" der Berliner Wiso-Basisgruppe in denjenigen Studenten, „die ihre bürgerlich-akademische Ausbildung für unbestimmte Zeit unterbrechen, um als Kollektive in den Betrieben zu arbeiten", die Gründer proletarischer Schulungs- und Kaderarbeit. Im Gegensatz zu diesen studentischen „Proletariern", die — wie sich auch in Frankfurt zeigt — von ihrer Theorie her unter einem ständigen Praxiszwang stehen, sollten wir die Zusammenarbeit mit studentischen Genossen aus den Uni-Basisgruppen in Stadtteil- und Lehrlingsgruppen aufzeigen und von den bereits gemachten Erfahrungen her weitere Arbeitsmöglichkeiten und Organisationsmodelle bestimmen.

Daß die Freude an der Zerstörung eine schöpferische Freude sei, bestreiten wir zumindest im Frankfurter Fall, wo von organisationsbesessenen Genossen in verschiedenen Stadtteilbasisgruppen insofern destruktiv gearbeitet wurde, als sie kontinuierlicher Arbeit (Berufsschule, Betriebsprojektgruppen, Aufgreifen lokaler Konflikte) die Organisations- und Schulungsdebatten vorzogen. Hier erklären die Berliner Wiso-Kommunisten richtig: „Die Basisgruppen waren nicht in der Lage, die vereinzelten Jungarbeiter und Lehrlinge in ihren kontinuierlichen Arbeitszusammenhang zu integrieren und auf deren individuelle Schwierigkeiten einzugehen und damit den Lernprozeß dieser vereinzelten mobilisierten Lehrlinge und Jungarbeiter voranzutreiben. Statt dessen waren die Jungarbeiter und Lehrlinge gezwungen, sich am Intellektuellenstatus der Studenten und an deren Subkultur zu orientieren."

In Frankfurt gibt es Beispiele genug, wo Lehrlinge, die die ersten Revolutionäre, die den Sprung aus der Uni in die proletarische Arbeit getan hatten, nur aktionistisch und personalistisch an sich gebunden hatten, aus den Betrieben 'rausflogen und zum Teil kriminalisiert wurden. Einige von ihnen, die sich nicht in ihren Betrieben, sondern nur im engen Kreis ihrer Basisgruppen engagierten, bilden heute ein „marxistisch-leninistisches Lehrlingskollektiv", das in seinen Flugblättern arrogant den Anspruch erhebt, allen Frankfurter Lehrlingen seine Schulungsweisheiten unterjubeln zu wollen. Was noch zu retten ist, soll jetzt ein „marxistisch-leninistisch-maoistisches" KPD/ML-orientiertes Schulungsprogramm retten. Interessanterweise sind die meisten der „Studienkollektive" von der Zusammenarbeit mit Lehrlingen aus verschiedenen Branchen isoliert. Im „Plenum der Studienkollektive" tummeln sich bis auf einige Repräsentativ-Lehrlinge nur klassenbewußte Studenten.

Katalysator zwischen dem theoriebedingten Praxiszwang der neuen Proletarier von der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität und einer praxisnahen Betätigung an der Basis ist gegenwärtig die Lehrlingsheimkampagne. Go-ins ins Sachsenhausener Bischof-Dierichs-Heim, Flugblattaktionen beim Rödelheimer Kleemann-Hotel, Nachtaktionen in Wabern und zuletzt die Demonstration vor dem Staffelberger Lehrlingsheim erwiesen sich als ein Propagandaerfolg, der sich politisch nach innen auswerten ließ und nach außen in erster Linie publizistisch über die Zustände in den Heimen und deren politische Ursachen informierte.

Die Lehrlingsheimkampagne erweist sich deshalb als so „spektakulär" und gegenüber anderen außeruniversitären Aktionen „erfolgreich", weil in keiner anderen gesellschaftlichen Institution — ausgenommen Zuchthäuser — Repressionen so manifestiert sind wie in diesen Dressuranstalten. Die Lehrlinge waren zum großen Teil spontan bereit zur Zusammenarbeit mit Frankfurter Genossen.

In der Basisgruppe Jura wurde die Lehrlingsheimkampagne zusammen mit Berufschularbeit unter dem Aspekt notwendiger außeruniversitärer Arbeit diskutiert, und die Genossen waren zumindest „mit dem Gesetzbuch unterm Arm" auf die Aktionen vorbereitet. Nach dem Besuch bei den mobilisierungsintensiven Lehrlingen auf dem Staffelberg zeigte es sich, daß solche Aktionen sowohl eine sehr pragmatische Behandlung mit juristischen Mitteln im Kampf gegen nachfolgende Repressalien der Jugendbürokratie verlangen als auch eine über ihre zuvor nur verbal eingenommene „revolutionäre" Haltung hinausgehende Beschäftigung der Juristen nicht nur mit fachspezifischen Problemen. Die Zusammenarbeit mit Staffelberger Lehrlingen hatte einen doppelten Effekt: Bei den Juristen trat durch die Solidarisierung mit den Betroffenen die Intention, „gesellschaftlich relevante Fälle" in die Universität zwecks eines abstrakt gesellschaftsbezogeneren Studiums rückzuvermitteln, zurück vor einer revolutionären Arbeit mit den Lehrlingen. Zum anderen erkannten die Genossen von den Aktionskadern die Notwendigkeit, pragmatisch die Problemstellungen (juristischer „Schutz" der Lehrlinge, Unterbringung getürmter Kollegen, ihre Verpflegung usw.) anzugehen und nicht voluntaristisch zu versichern, daß man es schon schaffen werde.

Derzeitig zeigen sich für studentische Genossen vorrangig zwei Perspektiven, zu praktischer außeruniversitärer Arbeit zu kommen — wenn einmal der sofortige „Einsatz in kleinen Gruppen in der Produktion" ausgeklammert wird, was durch bisher speziell von den „Organisations"-Genossen nicht geleistete kontinuierliche Arbeit an der Basis legitimiert ist.

1. Viele Jungarbeiter und Lehrlinge verlangen Zusammenarbeit mit Juristen, um auf Repressalien, die sie auf Grund ihres politischen Engagements von ihren „Lehrherren", Lehrern, Jugendpflegern und Eltern zu erleiden hätten, mit vorerst juristischem Gegendruck antworten zu können. Dadurch kommen die Genossen der Basisgruppe Jura zum praktischen Engagement in den Stadtteilbasisgruppen oder deren Projektgruppen. Juristen sind heute zum Beispiel in Berufsschulbasisgruppen der Siemens-Gutenberg-Schule engagiert, sie diskutieren mit Lehrlingen, die vorerst noch auf gewerkschaftlicher Basis organisiert sind, und haben einen speziellen Arbeitskreis der Juristen und Lehrlinge, der auf Härtefälle auch politisch hart antwortet. Über die Kontakte der Juristen können Studenten anderer Fakultäten zur Mitarbeit kommen. Bei längerfristiger Arbeit sind auch andere universitäre Bereiche für die Lehrlinge wichtig: so erledigen studentische und Lehrlingsgenossen gemeinsam Berufsschulpflichtarbeiten, um somit mehr Spielraum für politisches Engagement zu haben.

2. Viele studentische Genossen bewältigen neben dem politischen Kampf in den Uni-Basisgruppen revolutionäre Arbeit in den Stadtteilbasisgruppen. Impuls dazu war nicht selten erstmaliges Eintreten der Studenten für ihre vorerst scheinbar nur „hochschulpolitischen" Interessen: so arbeiten von den aktiven Vordiplomanden der Soziologie viele auf lokaler Ebene. Ob die Differenz zwischen studiumsbedingter Theorie der studentischen Genossen und anderem Praxisverständnis der Lehrlinge sich durch dogmatische Schulung auflösen läßt, ist zweifelhaft. Wichtig ist vielmehr praktische Arbeit, um von daher Theorie und deren gemeinsame Aneignung bestimmen zu können.

aus: ASTA-INFO 5 (Juli 69)

20 KASSEL: AK KASSELER LEHRLINGE

Der Arbeitskreis Kasseler Lehrlinge

Im Laufe des Aprils bildete sich nach langen Diskussionen über die Notwendigkeit einer Lehrlingsorganisation der Arbeitskreis Kasseler Lehrlinge. Der AKL hat sich zur Aufgabe gestellt, die Interessen und Forderungen der Lehrlinge zu formulieren und entsprechend zu vertreten. Sogleich nach der Konstituierung eines vorbereitenden Ausschusses für einen AKL trat dieser in Aktion. In den letzten Wochen startete der AKL eine Informationskampagne in den Berufsschulen und in der Innenstadt.

Diese direkte Aktion mit teilweise scharfen, konkreten Akzentuierungen traf scheinbar die Lehrherrn und die ihnen verbundenen Herren in der Schulverwaltung empfindlich. An mehreren Schulen wurde das Verteilen der Flugblätter verboten, Flugblätter eingezogen, Verteiler zum Rektor zitiert.

Es zeigte sich, wie groß die Angst der tonangebenden Kreise in der Berufsausbildung vor Organisationen und Aktionen der Lehrlinge ist. Gleichzeitig stellte die dem AKL angehörende Projektgruppe Berufsausbildung in einem Beitrag für die Hessische Allgemeine die Krise der deutschen Berufsausbildung heraus, auch hier reagierten die betroffenen, die Handwerksmeister insbesondere, auf ihre Weise (über diese Aktion der Projektgruppe berichten wir in einer der nächsten Ausgaben ausführlich). Es zeigte sich, daß die Wirtschaft keine Argumente mehr hat, um die Misere des Berufsausbildungssystems der BRD zu verschleiern.

Der AKL entstand aus dem Verlangen der Lehrlinge, eine eigene, starke Kampforganisation zu besitzen, nachdem sich der Bundestag und die Parteien als unfähig erwiesen haben, eine tiefgreifende Reform der Lehrlingsausbildung durchzuführen, der DGB, naturgemäß der eigentliche Vertreter der Forderungen der Lehrlinge, hat, insbesondere die Spitzengremien, versagt und die Lehrlinge verraten. Während die unteren Verbandsstufen des DGB beharrlich für eine Reform kämpfen, hat es die Spitze bei unverbindlichen Redereien belassen. Auch wurde versäumt, die Lehrlinge über ihre Lage aufzuklären und sie für den Kampf zu mobilisieren.

Um die Aktivierung der Lehrlinge unabhängig von der Bürokratie des DGB und deren Interessen voranzutreiben und um die Interessen der Lehrlinge zu vertreten, beginnt der AKL seine Arbeit.

Information für alle Lehrlinge:
Arbeitskreis Kasseler Lehrlinge
jeden Montag Hermann-Schafft-Haus, Raum 28, 19,3o Uhr

35 Kassel PF. 2248

(aus: FORUM '67 - Allg. Informationsdienst f. Berufsschüler

NÜRNBERG:

Kurzbericht zur Aktion anläßlich des Kongresses der JU und des Gegenkongresses der Kritischen Jugend Nordbayerns - Nürnberg 11./12. Juli 69

I) Motivation : Die Initiative ging von der KP,der ADF und einigen unter ADF-Einfluß stehenden APO-Splittergruppeen in Nordbayern aus.Ein Vorbereitungskommittee aus Delegierten der verschiedenen Gruppierungen (DkP,ADF,JuSo,AStA,Schüler Lehrlinge und Studenten) leistete die organisatorische Vorarbeit.Ausgehend von einer gemeinsamen Aktion gegen den JU-Kongress am Tage des "Kysinger-Strauß-Besuchs" sollte an dem sich anschließenden Kongress derKritischen Jugend Nordbayerns als Ziel die Schaffung einer gemeinsamen organisatorischen Kraft aller Apo-Splittergruppen im Nordbayrischen Raum stehen.

II) Aktion : Die Aktion begann auf dem Nürnberger Hauptmarkt mit den ziemlich einfältigen Reden eines Nürnberger Betriebsrats und des JuSo-Deppen Richter.Die anschließende Demonstration zur Messehalle (dem Tagungsort der JU) der ca. 1500 meist Jugendlichen hielt sich 2 mal nicht an den von der Polizei vorgeschriebenen Demonstrationsweg,ohne daß die Polizei eingriff.Vor dem Haupteingang der Messehalle,die von Polizei hermetisch abgeriegelt war ,gab es dann die erste Rangelei mit "Sprechchören,Eiern,Tomaten,Steinschleudern und Farbbeuteln" ! Da man Kysinger auch mit einer "Bekleckernden Aktion" bedenken wollte sperrten die Demonstranten die Hauptstraße ab,die dann von Kysinger-wie man später hörte- nicht benutzt wurde (er schlüpfte durch den Hintereingang).Die Polizei griff dann ein und versuchte zunächst mit einem kleinen Kontingent ihrer Macht die Straße zu räumen;als dies nicht gelang marschierte sie voll auf und es kam zu einer ziemlich verselbständigten Knüppelei, bei der die Polizei Greifkommandos einzusetzen versuchte,aber keinen rechten Erfolg damit erringen konnte (es gab nur 2 Festgenommene).Nachdem es dann auf Seiten der sich absetzenden Demonstranten zu einigen Steinwürfen auf die Polizei kam,ging man geschlossen im wilden Demonstrationszug zurück ins Audi-max. (2 vereinzelte "Hit-and-Run-Aktionen" gegen die CSU-Geschäftsstelle und das türk.Konsulat wurden im Verlauf der Diskussion im Audi-max bekanntgegeben) !

III) KJ-Kongress : Der Kongress begann im Audi-max mit einer Aktionskritik,deren Inhalt sich ziemlich abstrakt am Militanz-Problem festmachte und nur krampfhaft und ziemlich unvermittelt zum eigentlichen Ziel,dem Organisationsproblem,überwechseln konnte.Man bildete anschließend an diese Plenumsdiskussion Arbeitsgruppen,auf denen für die Lehrlingsarbeit und die Schülerarbeit pragmatische Ansätze für die pol.Aktivität dieser Gruppen und die Weiterentwicklung der polit.Praxis durch die Erarbeitung eines praktikablen Organisationsmodells erreicht werden sollte - dies gelang nur sehr dünn,indem man nicht darüber hinauskam,die sehr unzulängliche Situation nur kritisch beschreiben und werten, nicht aber angemessene Lösungen anbieten zu können!

IV) Schlußfolgerungen - Kritik : Dieser Kongress,der als Ausgangspunkt für eine überregionale koordination u.Organisation gedacht war,konnte sein Ziel aus zweierlei Gründen nicht erreichen:

1)War man davon ausgegangen,daß man bei den Splittergruppen bereits organisierte "Gruppen" vorfindet,die dann entsprechende inhaltliche als auch organisatorische Bedürfnisse überregionaler Art an den Kongress hätte herantragen können - stattdessen beteiligten sich oppositionelle Individuen,die erst (oder wieder) Gruppen regional bilden müssen!

22 2)War der politische Gegenstand der Aktion (CDU-CSU,BT-Wahlkampf,...) und das politische Ziel des Kongresses (Schaffung eines überregionalen Zusammenhangs) viel zu abstrakt zueinander vermittelt - und dies nicht zufällig - denn die polit. Konzeption bezüglich der BT-Wahl der ADF etwa und xxx der revolutionären Linken,und die aus diesen Positionen resultierenden organisatorischen Wendungen schließen sich aus. Ein Bündnis beider Positionen aber mit dem Ziel der Schaffung einer überregionalen Organisation wäre genau dann von vorneherein geplatzt,hätte man vorher eben diese offene Diskussion über die konkrete Vermittlung geführt.

SDS - Erlg./ Nbg. "Hombre"

\+ + +

PUBLIKATIONEN DES A U S S - BUNDESVORSTANDES

INFO 5/6: Beiträge zur Sexualkampagne, Freiraumideologie, zur technokratischen Schulreform, zum Revisionismus DM 1.-

UNDERGROUND - Manipulation mit der linken Masche: In der Broschüre werden anhand von "Underground" Probleme der antiautoritären Schülerbewegung diskutiert: Integration der Sexualkampagne, Schülermitbestimmung im Zuge der technokratischen Schulreform, Schülerkommunen etc. DM 1.-

Demnächst erscheinen:

Bundeswehr I: kurzgefaßte Analysen, Agitationsmaterial zur Bundeswehr, Kriegsdienstverweigerung etc.

Bundeswehr II: diskutiert Funktion der Schülergruppen in der Antibundeswehrkampagne, Stellenwert der Kampagne für Schulkampf. Analysen militaristischer Inhalte im Unterreicht, Berichte aus Gruppen.

Technokratische Schulreform: Abriß der Bildungsökonomie, Ablauf der technokratischen Schulreform, formale und inhaltliche Organisation der Schule, Gegenstrategien.

INFO und Broschüren sind gegen Vorauszahlung beim AUSS-BV erhältlich. Postscheckkonto Susanne Kühnle Sonderkonto, AUSS, Ffm 21 79 22.

* * *

E. P A S C H U K A N I S , Allgemeine Rechtslehre und Marxismus
Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe
DM 10.- an Republikanische Hilfe, 6 Ffm, Kto.: Dresdner Bank 282880

! Lieferung nur unter Voreinzahlung !

TÜBINGEN: ZAK

Um zu gewährleisten, daß unsere Partei und unser Land nicht die Farbe wechseln, müssen wir nicht nur eine richtige Linie und eine richtige Politik haben, sondern auch Millionen von Fortsetzern der revolutionären Sache des Proletariats erziehen und heranbilden.

Mao Tse-tung

Die Betriebsgruppe des SDS-Tübingen konstituierte sich nach dem Notstandsstreik, wo Flugblätter vor den Betrieben verteilt wurden und ein Marsch mit etwa 100 Arbeitern zum DGB-Haus mit anschließender Diskussion stattfand.Diese mobilisierten, meist älteren Arbeiter kamen einige Male zu den Abenden der Betriebsgruppe, blieben dann aber weg. Nur eine Handvoll Lehrlinge blieb weiterhin dabei.Die Schwierigkeit rührte zum größten Teil von unserer Konzeptionslosigkeit her. Wir hatten noch keine Erfahrung mit der Arbeiteragitation. Weder in unserer Gruppe in Tübingen, noch im SDS gab es eine kurzfristige, geschweige denn längerfristige Perspektive für die Betriebsarbeit. Auf den Gruppenabenden versuchten Studenten (SDSler bis hin zu Linksliberalen), aus ~~ei~~ einer abstrakten Einsicht in die Notwendigkeit der Politisierung der Arbeiter, Konzepte zu entwickeln. Man ließ die wenigen Arbeiter kaum zu Wort kommen, suggerierte den Arbeitern die eigenen Studentischen Bedürfnisse. Man vertrat heute dies und morgen jenes Konzept - wozu die Fluktuation in der Gruppe nicht unwesentlich beitrug.
Als die studentische Bewegung verstärkt auch auf die Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter übergriff, bildeten sich auch in Städten ohne Universität spontan RC's, SC's und APO-Gruppen, so z.B. in Eßlingen und Reutlingen nach der Springer-Blockade. Diese Gruppen kamen des öfteren zu uns, und baten um Hilfe: Schickt unbedingt Leute zur Sprengung einer Veranstaltung hier, oder: Schickt Referenten zu dem und dem Thema!
Um die Information und Koordination unter diesen Gruppen zu gewährleisten, schlossen sich die Gruppen enger zusammen. Dieser anfangs noch relativ lose Zusammenschluß im ZAK,(Zentrales Aktionskomitee) soll die Vereinzelung der Gruppen, die in Städten ohne Universitäten politisch arbeiten, aufheben. Formale Mitgliedschaft im ZAK gibt es nicht. Delegierte der einzelnen Gruppen werden nicht gewählt. Zu den ZAK-Seminaren, die alle zwei Monate in Tübingen stattfinden, kommen die politisch aktivsten Genossen aller Gruppen. Auf diesen Sitzungen wird einmal über die Praxis der einzelnen Gruppen diskutiert (z.B. Aktion gegen Mietwucher, Umfunktionierung einer Wahlveranstaltung, "illegaler" Streik bei John Deere in Mannheim, Arbeit im "Roten Turm" in Karlsruhe, Aktion gegen unhaltbare Zustände in einem Lehrlingsheim, Diebstahl in einem Lehrlingsheim (rechtliche Beratung und Unterstützung vor Gericht); dann gemeinsame Aktionen der ZAK-Gruppen, z.B. Umfunktionierung des Ostermarsches und die Aktionen "Für einen Roten 1.Mai" in Mannheim und Stuttgart.
Zum andern wird durch Referate versucht, für die aus der Praxis sich ergebenden Themen und Probleme den Gruppen Agitationsmaterial zu liefern (z.B. für die Bundestagswahl: Lenin, Staat und Revolution, +Analyse des parlamentarischen Systems in der BRD - und zwar unter dem Aspekt der manipulativen Verhinderung von Klassenbewußtsein; dann zur Frage der Gewerkschaften, der D"K"P, der "S"DAJ, der trotzkistischen Gruppierungen, was alles für die Praxis der Gruppen relevante Fragen sind, usw.)
Ausgehend vom abwieglerischen Verhalten der "S"DAJ bei der militanten Ostermarschaktion in Stuttgart, war es auch möglich, eine etwas umfassendere Revisionismuskritik bei den Gruppen in Gang zu setzen, was ansatz-

weise schon auf dem ersten ZAK-Seminar im Februar anhand der Kritik der "K"PF-politik während der Mai-Revolte in Frankreich geleistet wurde. Das sektiererische Verhalten der Trotzkisten im ZAK (sie bekämpften z.B. die 1.Mai-Kundgebung in Mannheim, warfen ihnen "Handwerkelei" und "Abenteurertum" vor,und ließen sich durch Mittelsmänner entschuldigen, an der Kundgebung gegen die gewerkschaftliche Mitbestimmungsforderung nicht teilnehmen zu können. Der Grund für dieses Verhalten liegt darin, daß sie, ähnlich wie die Revisionisten, prinzipiell innerhalb der Gewerkschaften arbeiten und deshalb schlecht öffentlich Kritik an der DGB-Politik üben können.), führte z.B. im Eßlinger SC zu einer Abgrenzung gegenüber den Trotzkisten. In diesem Zusammenhang wurde auch im "REBELL" eine Kritik der reformistischen Konzeption trotzkistischer Arbeiterkontrolle geleistet. Unsere praktischen Erfahrungen der Betriebsarbeit in Baden-Württemberg haben wir etwas ausführlicher im monatlich erscheinenden "REBELL" (zu beziehen bei Rainer Strähle, 68 Mannheim 1, Zellerstr 43), aufgearbeitet.

> Nachdem die politische Linie festgelegt worden ist, werden die Kader zum entscheidenden Faktor. Deshalb ist die planmäßige Heranbildung zahlreicher neuer Kader unsere Kampfaufgabe.
>
> Mao Tse-tung

Die Probleme, vor die wir uns im Augenblick gestellt sehen, sind die Fragen der Organisation und der Schulung.
Wir wollen diese Probleme durch Bildung von Reisekadern, die ihre Arbeit bereits aufgenommen haben, lösen.
Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt in der Verbesserung der Kontakte zwischen den Gruppen, in der Weiterführung gemeinsamer Arbeitsprojekte (was mit der gemeinsamen Verwendu ng eines Lehrlingsfragebogens in mehreren Lehrlingsgruppen des ZAK begonnen wurde) und nicht zuletzt in der Unterstützung von Kaderschulungen und praxisbezogenen theoretischen Arbeitskreisen in den einzelnen Gruppen.

a) Zur Organisation: Die Zielgruppe der Tübinger Betriebsgruppe sind die Lehrlinge und die Jungarbeiter.

Das Problem in den einzelnen ZAK-Gruppen für die Lehrlinge besteht darin, daß sie auf den Gruppenabenden von Studenten, vor allem aber von Schülern, die durchgängig in den Gruppen dominieren, majorisiert werden, d.h. sie kommen nicht dazu, ihre Bedürfnisse und Probleme zu artikulieren und ihre passive Konsumentenhaltung zu durchbrechen, es wird über ihre Köpfe hinweg diskutiert und entschieden. Aus dieser Erkenntnis heraus haben die Lehrlinge in einigen Gruppen in Eigeninitiative neben den Plenumsdiskussionen der Gesamtgruppe einen Abend in der Woche nur für Lehrlinge angesetzt. Höchstens zwei bis drei Studenten arbeiten hier mit den Lehrlingen zusammen. Der nächste Schritt soll die Zusammenfassung der politisch bewußtesten Lehrlinge in den einzelnen Gruppen in Kader sein. Diese Kader haben die Aufgabe, nach der Führungsmethode "Aus den Massen schöpfen, in die Massen tragen" Konflikte im Betrieb, in Lehrlingsheimen, in der Freizeit usw. aufzugreifen, zu vermitteln und weiterzutreiben, d.h. immer mehr Lehrlinge und Jungarbeiter zu mobilisieren, zu politisieren und zu organisieren, immer mehr klassenbewußte Arbeiter heranzubilden und den Klassenkampf vorwärtszutreiben. Um dies zu leisten, müssen sich die einzelnen Kader in einer überregionalen Organisation zusammenschließen. Aus unserer politischen Linie ergibt sich für uns nur ein Zusammenschluß derjenigen Kader und Gruppen, die eindeutig auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus stehen. Gestützt auf die Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Mao Tse-tung als den entschiedensten und bedeutendsten Kämpfern der Arbeiterklasse, müssen die Kader den antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampf im Bündnis mit den sozialistischen Studenten und Schülern vorwärtstreiben.

b) zur Schulung:

> Die Theorie kann zu einer gewaltigen Kraft der Arbeiterbewegung werden, wenn sie sich in untrennbarer Verbindung mit der revolutionären Praxis herausbildet, denn sie, und

> nur sie, kann der Bewegung Sicherheit, Orientierungsvermögen und Verständnis für den inneren Zusammenhang der sich rings um sie abspielenden Ereignisse verleihen, denn sie, und nur sie, kann der Praxis helfen zu erkennen, nicht nur wie und wohin sich die Klassen in der Gegenwart bewegen, sonder auch, wie und wohin sie sich in der nächsten Zukunft werden bewegen müssen.
>
> STALIN

Die "Einübung in den Widerstand", die bei den Lehrlingen und Jungarbeitern durch ihre Teilnahme an den Aktionen der sogenannten APO in Gang gesetzt wurde und die zum antikapitalistischen Kampf vorwärtsgetrieben werden muß, muß ergänzt werden durch die theoretische Aufarbeitung der geleisteten Praxis. Ausgehend von der Praxis müssen immer größere Zusammenhänge begriffen werden. Gestützt auf die Erkenntnisse des Historischen Materialismus und unter Anwendung der Dialektischen Methode muß die Praxis reflektiert werden:

> Das innerste Wesen, die lebendige Seele des Marxismus (besteht) in der konkretesten Analyse einer konkreten Situation.
>
> Mao Tse-tung

Wir halten es für falsch, eine Literaturliste der Klassiker aufzustellen; nicht nach 1., 2., 3. usw. ist vorzugehen, sondern nach den Themen und Problemen, die sich aus der konkreten Praxis ergeben. So haben wir z.B. auf der ZAK-Sitzung im Mai die Parlamentarismusdebatte im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf theoretisch in Angriff gemommen. (Thema des Referats: "Parlamen tarismus oder Wie die Bourgeoisie versucht, die Bildung von Klassenbewußtsein und den Klassenkampf zu verhindern.") Einige Gruppen werden auf dieser Grundlage in ihrer Stadt ein Wochenendseminar über diese Problematik abhalten und sich so weiter auf den Wahlkampf agitatorisch vorbereiten. Eine Gruppe hat diese Diskussion bereits agitatorisch auf einer Wahlveranstaltung umgesetzt: ohne nennenswerte Hilfe von studentischer Seite gelang es Schülern und Lehrlingen, die Veranstaltung umzufunktionieren und die bürgerlichen Parteien zu entlarven. Aufgrund dieser Agitation stießen einige Lehrlinge neu zu der Gruppe. Eine Lehrlingsgruppe liest z.Z. das "Kommunistische Manifest", eine andere "Über den Widerspruch" und "Über die Praxis". Es wird versucht, über diese Texte einen Einstieg in die Dialektische Methode und in den Historischen Materialismus zu bekommen. Die erläuternden Beispiele von Marx und Mao Tse-tung werden dabei von den Lehrlingen durch Beispiele aus ihrer Arbeitswelt und durch das Heranziehen bundesrepublikanischer Verhältnisse ersetzt. Eine andere Lehrlingsgruppe hat die Geschichte der Arbeiterbewegung aufgear beitet. Hier ging es vor allem darum, die Entwicklung der Gewerkschaft und der SPD und ihre heutige Stellung innerhalb der Gesellschaft zu verstehen; weiterhin wurden die Fehler der Arbeiterbewegung analysiert.

SDS-Betriebsprojektgruppe Tübingen-RI(ML)

STUTTGART: Lehrlingsbasisgruppe

Perspektiven der Zusammenarbeit von Lehrlingen, Arbeitern, Schülern und Studenten

Durch den Lernprozess, den wir im letzten Jahr durchlaufen haben und durch die Einsicht in die zunehmende Faschisierung unseres Staates waren wir gezwungen, uns mehr Gedanken zu machen über die Isolation der revolutionären Studenten gegenüber anderen Schichten der Bevölkerung. Obwohl eine wirkliche Interessengleichheit von den fortschrittlichen Studenten und der lohnabhängigen Masse besteht, waren wir erst jetzt in der Lage, den Durchbruch zur arbeitenden Bevölkerung ansatzweise zu schaffen. Daß es erst jetzt zu einer fortschreitenden Solidarisierung und Zusammenarbeit von Studenten und anderen Teilen der Bevölkerung kam, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Studenten auf Grund ihrer längeren Ausbildung eher in der Lage waren, die Struktur und Mechanismen des kapitalistischen Systems zu durchschauen und sich auch wirksam dagegen zu wehren.
Von diesem Gesichtspunkt aus beschäftigten wir uns mit der Frage nach dem Klassenbewußtsein im Zusammenhang mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und bemerkten nach einigem Experimentieren, daß andere Gesellschaftsgruppen (Lehrlinge, Schüler) bei Einsicht in ihre Situation ohne weiteres in der Lage sind, ein politisches Bewußtsein zu entwickeln. Von daher muß es uns nun darum gehen, aus bereits bewußten Teilen der Arbeiter, Schüler und Studenten die Grundlage (Kaderbildung) für eine Massenbasis zu schaffen, damit wir bei veränderten Konjunkturbedingungen imstande sind, die dann mögliche Massenbasis herzustellen und ein Umschlagen in den Faschismus zu verhindern.
Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke und den darauf spontan erfolgten Massenaktionen in der gesammten Bundesrepublik gegen die Hintermänner des Attentäters in Regierung und Manipulationspresse tauchten plötzlich Arbeiter auf, die Informationen über die Studentenbewegung wollten und sich teilweise sogar zur Mitarbeit anboten. Konzeptionslos, wie wir damals waren, konnten wir die mobilisierten Lohnabhängigen nicht auffangen. Oberflächlich ist diese Unfähigkeit unsererseits dadurch zu erklären, daß sich die Studentenbewegung in erster Linie aus bürgerlichen Anhängern rekrutierte und anfangs durch ein elitäres Bewußtsein bestimmt war. So kam es, daß wir bei den Arbeitern über unsere Probleme referierten, anstatt über ihre eigenen zu diskutieren; zudem noch in einer Sprache, die Arbeiter nicht verstehen konnten.
Inzwischen ist aber den meisten Genossen klar geworden, daß der Durchbruch zur Arbeiterklasse nur zu schaffen ist, wenn wir an den spezifischen Bedürfnissen und Problemen der Lohnabhängigen ansetzen und dann einen Zusammenhang zwischen der Unterdrückung im Betrieb, der Schule und der Hochschule herstellen. Unter diesem Aspekt müssen wir die Zusammenarbeit von Arbeitern, Schülern und Studenten vorantreiben. Im Hinblick auf eine Basisverbreiterung ist dies das wesentlichste, ständig zu berücksichtigende Moment unserer Arbeit.

Zum Begriff des Klassenbewußtseins:
In der sozialistischen Bewegung und Politik spielt der Begriff des Klassenbewußtseins eine führende Rolle; das "Klassenbewußtwerden" der unterdrückten Schichten der Bevölkerung aller Länder ist als dringendste Voraussetzung der revolutionären Umwälzung des heute herrschenden gesellschaftlichen Systems gefordert. Wir meinen, daß sich die Menschen unter dem Einfluß der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse irgendwie verändern müssen, um eine gesellschaftliche Leistung

wie die der sozialen Revolution überhaupt durchzuführen.

Von Lenin stammt der Begriffder Avantgarde, die diese Veränderung der Massen fördert, beschleunigt, konzentriert und zu einer politischen Kraft gestaltet. Lenin sagt, daß die Arbeiter ein sozialistisches Bewußtsein nicht von sich aus bekommen, dieses könne nur von außen herangebracht werden. Die Geschichte aller Länder bekundet, daß die Arbeiterklasse mit ihren eigenen Kräften nur imstande ist, zu einem tradeunionistischen Bewußtsein zu gelangen, das heißt zu einer Überzeugung der Notwendigkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, von der Regierung diese oder jene arbeiterfreundlichen Gesetze zu fordern usw.

Der Lehrling, die unterste Stufe der technokratischen "Erfolgsleiter"

Aufgrund der Erfahrungen in der Betriebsprojektgruppe können wir ohne weiteres einen Zusammenhang von der Ausbildung an den Hochschulen und der Ausbildung in den Betrieben herstellen.
Oberstes Gebot dieser Ausbildung ist die Vermittlung eines äußerst beschränkten Fachwissens und eines bürgerlichen Standesdenkens, um die ~~Ausbildung~~ Ausgebildeten eines Tages ohne Mühe in den Produktionsprozeß eingliedern zu können. Wenn wir davon ausgehen, daß die Lehrlingsausbildung den Zweck erfüllen sollte, dem zukünftigen Arbeiter für die nächsten 40-50 Jahre leichten Anschluß an die technische Entwicklung und eine Arbeit, die ihm Spaß macht, zu geben, so erkennen wir leicht, daß die heutige Lehrlingsausbildung nur begrenzt auf die zukünftigen Arbeitsbedingungen bezogen ist, weil sie zwangsweise gegenwartsbezogen ist.
Wie kann nun ein Lehrling für die Praxis von Morgen ausgebildet werden?
Nur indem er auf einem hohen theoretischen Niveau ausgebildet wird, was aber eine hohe Qualifikation und Anstrengung der Ausbilder voraussetzt.
In Wirklichkeit aber besteht kaum ein Interesse an gut ausgebildeten Arbeitern, da die Arbeitsprozesse hochspezialisiert sind und eher ein gründliches Einarbeiten als eine Lehre erfordern.
Für die Unternehmer sieht die Sache so aus: Ein Lehrling wird im ersten Lehrjahr noch keinen Profit abwerfen, er steigt aber dann ~~xxx~~ in der Rentabilität. Das erste Lehrjahr dient also der Sozialisation, d.h. der Lehrling wird systematisch mit der Hierarchie des Betriebes und seiner Rolle in diesem Apparat vertraut gemacht, bis er auf Befehle automatisch mit der gewissenhaften Ausführung reagiert. In der metallverarbeitenden Industrie z.B. sieht das konkret so aus, daß Lehrlinge ein halbes Jahr lang mit völlig unproduktiven, stumpfsinnigen Feilarbeiten beschäftigt werden, um später die Arbeit an Maschinen als "die Freiung" zu betrachten.
Die Lehrzeit dauert in allgemeinen 3 Jahre, obwohl die erforderlichen Kenntnisse ohne weiteres in einem Jahr vermittelt werden könnten.
In diesen 2 Jahren, in denen der Lehrling im wesentlichen nichts mehr lernt, leistet er vollwertige Arbeit. Nehmen wir einmal an, daß ein Lehrling einen halben Facharbeiter ersetzt, dann ersetzen zwei Lehrlinge einen ganzen. Diese zwei Lehrlinge sind rentabler als ein Facharbeiter, da sie weniger Lohn (Ausbildungsbeihilfe) bekommen als der Facharbeiter. Zudem werden die meisten Lehrlinge auch noch zu betriebsfremden Arbeiten angehalten, die sonst von besser bezahlten Hilfskräften geleistet werden müßten.
Wenn nun eine fortschrittliche Gestaltung der Lehrlingsausbildung den Profitinteressen der Unterhehmer zuwiderläuft, so ist auch leicht verständlich, daß daß bundesrepublikanische Lehrlinge im Jahre 1969 nach der Gewerbeordnung von 1869, dem Handelsgesetzbuch von 1897 und der Handwerksordnung von 1953 ausgebildet werden.
In der Gewerbeordnung heißt es zum Beispiel: "Der Lehrling ist der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen". Dementsprechend ist auch das rechtsempfinden; ein Bielfelder Arbeitsgericht entschied:

"Ein Lehrling ist verpflichtet, berufsfremde Nebenleistungen zu verrichten, sofern der Zweck der Ausbildung nicht gefährdet ist." Zweck der Ausbildung, das gaben die Arbeitsrichter offen zu, sei es auch, den Lehrling"zu anständigem Verhalten und Arbeitssamkeit anzuhalten"!
Im Betrieb wird der Lehrling in die Praxis eingeführt; die Berufschule soll die Theorie vermitteln. Die Erfahrung hat uns aber gezeigt, daß diese beiden Ausbildungsebenen äußerst isoliert voneinander behandelt werden.
Meistens hinkt die Berufschule mit ihrer Theorie hoffnungslos hinter der Praxis im Betrieb her. So kommt es, daß der Lehrling überkommene Produktionsmechanismen übernehmen muß, ohne sie durch theoretisches Wissen kritisch überprüfen zu können. Zum andern wird in der Berufschule eben jene Ideologie vermittelt, die die kapitalistischen Produktionsverhältnisse rechtfertigt, so daß der Lehrling ohnedies nur in der Lage wäre, berufsbezogen zu kritisieren, ohne gesellschaftliche Zusammenhänge aufzeigen zu können.
Auf jeden Fall erfüllt die Berufschule aber eine Aufgabe:
Es wird gezeigt, daß ersteinmal Gehorsam gelernt werden muß, es wird versucht, dem angehenden Arbeiter das & Rückgrat zu brechen.
Dies geschieht, indem man ihn lehrt, daß es eben immer solche gibt, die befehlen und solche, die gehorchen.
"Verdienen kommt von dienen, das eine muß also dem anderen vorausgehen." Dem Lehrling wird gezeigt, daß er keine Macht hat, dieses System zu ändern, es wird ihm nur gezeigt, wie er sich am schnellsten anpassen kann. Die Primitivität des Unterrichts wird mit der angeblichen Dummheit der Lehrlinge gerechtfertigt, wie dem Oberschüler systematisch vermittelt wird, daß er aufgrund seiner höheren Intelligenz zu "Höherem" berufen sei; es spricht für sich, daß man die schlechte Bildung den Lehrlingen selbst in die Schuhe schiebt, ohne zu sehen, daß an den Berufschulen ausnahmslos systematische Verdummung betrieben wird.

Statistiken und Ergebnisse anonymer Fragebogenaktionen:

Bei einer Fragebogenaktion in Essen erklärten von 4oo Lehrlingen
77 % sie müßten berufsfremde Arbeitdn wie fegen, putzen und einkaufen erledigen;
16 % sie fühlten sich unter Druck gesetzt;
46 % sie müßten oft bis zu 2o Überstunden in der Woche machen;
44 % sie seien mit ihrer Ausbildung unzufrieden.

Aus den Statistiken geht hervor, daß in Baden-Württemberg 1965 nur 45 % aller gewerblichen Lehrlinge, 49 % aller kaufmännischen Lehrlinge, 1 % aller hauswirtschaftlichen Lehrlinge und nur 35 % aller landwirtschaftlichen Berufschüler in einer Fachklasse unterrichtet wurden, d.h., daß mehr als 5o % aller Lehrlinge Unterricht in einem Stoffgebiet erhalten, das nicht in den Bereich ihres Berufes fällt. Diese 5o % haben also weniger Zeit, den notwendigen Stoff zu lernen als die anderen 5o %.

(aus dem INFO Nr.1 der Lehrlingsbasisgruppe des SDS Stuttgart und der Projektgruppe Kritisches Jugendwohnheim)

HEIDELBERG: Zur Lehrlingsarbeit 1

I. Warum überhaupt Lehrlingsarbeit?

1. Die Lehrlinge sind ein Teil der Arbeiterklasse, der dadurch gekennzeichnet ist, daß er über die durch die kapitalistische Produktionsweise bedingte Ausbeutung hinaus zusätzlichen Repressionen ausgeliefert ist: a) die Lehrlinge sind total unterbezahlt, selbst oder gerade dann, wenn sie Produktionsarbeit lei leisten müssen. b) Sie teilen sich gleichsam mit den ausländischen Arbeitern den untersten Platz in der Betriebshierarchie und sind damit zu Objekten degradiert, an denen sich die angestauten Aggressionen aller Übergeordneten abreagieren können. c) Sie sind aufgrund der Unterbezahlung finanziell von den Eltern abhängig und bleibem dem Familienkonflikt praktisch bis zur Eheschließung ausgesetzt. d) Schließlich werden sie gezwungen, Schulen zu besuchen, die sich als Handlanger von Wirtschaft (Kapital) verstehen, aber nicht einmal eine berufsadäquate Ausbildung zu vermitteln vermag, zumal selbst dem DGB der Zugang zu den Ferufsschulen verwehrt ist.
2. Diesen objektiven Unterdrückungsverhältnissen entspricht ein subjektives integrationsfeindliches Bewußtseinsmoment, das in einer - gegenüber der allgemeinen Arbeiterschaft - höheren Aktionsbereitschaft und Mobilisierungsfähigkeit zum Ausdruck kommt. Es steht im Zusammenhang mit einem sexuellen Emanzipationsbedürfnis, das sich innerhalb der aufgezwungenen Pubertäts- und Nachpubertätskonflikte artikuliert.
3. Die Notwendigkeit der politischen Arbeit unter den Lehrlingen ergibt sich nicht nur aus der objektiv gegebenen und subjektiv empfundenen verschärften Unterdrückungssituation - das würde sie qualitativ von der politischen Arbeit der Schülerbewegung nicht unterscheiden -, sondern diese Notwendigkeit ergibt sich in erster Linie aus der gesellschaftlichen Funktion der Lehrlinge als zukünftigen Fach- oder Angelernten Arbeitern, die sich nur aus dem dialektischen Grundzusammenhang bzw. Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital bestimmen läßt. Darum muß die politische Arbeit diesen eminent politischen Klassenwiderspruch durch eine betriebsbezogene Konfliktstrategie permanent aufweisen, ohne die auch die Herrschaftskonflikte in Schule und Familie nicht interpretierbar werden, es sei denn, daß abstrakte antiautoritäre Emanzipationsbegriffe zu Erf folgskriterien erhoben werden.

II. Agitation

Die agitatorische Arbeit der Betriebsprojektgruppe des Heidelberger SDS bestand zuerst im wesentlichen im regelmäßigen Verteilen von Flugblättern, deren Inhalt mehr durch allgemein geltende Grundsatzkritik an Gewerkschaft und SPD bestimmt war. Der Inhalt der Flugblätter konnte darum grundsätzlich von studentischen Verfassern thematisch bestimmt werden, wie etwa: Mitbestimmungskritik, Analyse des Rationalisierungsschutzabkommens, Kritik am DGB-Programm: "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" u.a. Dieser Agitation entsprachen Aktionen im Baden-Württembergischen Landtagswahlkampf 1968 und die Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen gegen die Notstandsgesetzgebung.

Diese Art der Agitation setzte bei den Arbeitern ein gewisses Maß an politischem Bewußtsein voraus und verlangte von ihnen ein soziologisches Interpretationsvermögen, das - wie die regelmäßig veranstalteten Arbeiterversammlungen zeigten - zwar von einzelnen Individuen aufgebracht wurde, aber für den größten Teil der Arbeiter nicht vorausgesetzt werden konnte.

Diese Voraussetzung eines gesellschaftsbezogenen, geschweige denn klassenkämpferischen Politikverständnisses konnte für die Lehrlinge am wenigsten gemacht werden, obwohl sich gerade bei den Jungarbeitern eine weitergehende Solidarisierung mit der Studentenbewegung einstellte als bei linken Gewerkschaftlern, Betriebsräten usw., die über eine erste Kontaktnahme kaum hinausging. Das bedeutete für die Arbeit der Betriebsprojektgruppe eine Ausdehnung und Spezifizierung der Agitation, die zur Interpretation der unmittelbaren Erfahrung, die die Jungarbeiter und Lehrlinge am eigenen Leibe in den verschiedensten Betriebs- und Schulkonfliten machten, in der Lage sein mußte. Aber gerade diese Aufgabe vermochten die ausschließlich von Studenten verfaßten Flugblätter nicht mehr zu erfüllen. Die Interpretation ihrer Erfahrungen mußten die Lehrlinge vielmehr selbst leisten; darum übernahmen sie von Anfang an die Lehrlingsaitation selber, ohne sie dem Diskussionszusammenhang der Betriebsprojektgruppe zu entziehen.

Für die agitatorische Arbeit unter Lehrlingen boten sich mehrere Ansätze, die Unterdrückungssituation in Betrieb, Schule und Familie bewußt zu machen, um sie dann durch Aktionen politisch zu wenden. Diese Ansätze wurden in der Flugblattagitation folgendermaßen anvisiert:

1. Die Agitation setzte ein bei der Information über und Interpretation von Schulkonflikten (Mißhandlungen, Denunziationen, Problematisierung der SMV u.a.), die zu einer Schulausbildungskritik ausgedehnt werden konnte.
2. Dann stellte sie den deutlich gewordenen Unterdrückungszusammenhang von Schule und Betrieb am Beispiel der Erfahrungen einzelner Genossen dar (die Lehrer oder der Rektor informierten die Betriebsleitungen über das "unbotmäßige" (politische) Verhalten einzelner Genossen in der Berufsschule).
3. Sie kritisierten anhand der 2 - 3 1/2jährigen aufgezwungenen Lehrlingserfahrungen die Ausbildung in den Betrieben nach antikapitalistischen Kriterien im Rahmen einer betriebsbezogenen Konfliktstrategie.
4. Sie wiesen den Zusammenhang von Schule, Betrieb und Bundeswehr im Sinne eines gleichen klassenspezifischen Bildungswertes ebenso auf (der Bundeswehr ist als einziger außerschulischer Organisation die Werbung innerhalb der Schule gestattet, was z.B. von einem Religionslehrer zur Bundeswehrpropaganda ausgiebig genutzt wurde); wie
5. den Unterdrückungszusammenhang von Betrieb und Familie nach den Kriterien einer sexualpolitischen Kritik.

Da die Lehrlingsagitation auf der Interpretation nachvollziehbarer praktischer Erfahrung beruhte, war sie nur möglich durch die Mitarbeit der Lehrlinge in der Betriebsprojektgruppe.

III. Die Entwicklung der Mobilisierung

Die Betriebsprojektgruppe hatte sich aus den regelmäßig veranstalteten Arbeiterversammlungen gebildet, zu denen die ersten Flugblätter aufforderten. Allerdings stellten solche Veranstaltungen wie Arbeiterversammlungen lediglich eine Möglichkeit dar, mit denen in die Diskussion zu kommen, die weniger durch verbale Agitation als vielmehr durch Aktionen mobilisiert worden waren. Die Aktionen, die zur Mobilisierung der Lehrlinge beitrugen, ihnen die Möglichkeit aktiver Politisierung boten, sind qualitativ zu unterscheiden:

1. In solche, die über den hochschulpolitischen Konflikt hinaus den kommunalpoli-
1 tischen Konflikt manifestierten, wie etwa die Auslieferungsblockade der Lokalzeitung, die unter der Regie eines Altfaschisten systematisch Minderheiten- und Studentenhetze betrieb, oder in Go-in in eine Stadtratssitzung, die über die Verstärkung der Polizei in Heidelberg beraten sollte. Zu derartigen Aktionen sind auch die Aktionen der Justizkampagne zu rechnen, da sie die Justiz zwar als politische, d.h. als Instrument zur Zerschlagung der Studentenbewegung, nicht aber unmittelbar als Klassenjustiz zu entlarven und zu bekämpfen vermochte. Auf der Basis dieser Aktionseinheit von Studenten und Lehrlingen

entstanden gemeinsam von Jungarbeitern und Studenten geführte Arbeitsgruppen, wie z.B. während des Aktiven Streiks im besetzten Rosa-Luxemburg-Institut.

2. Die Lehrlinge und Jungarbeiter, die sich an derartigen, von der Hochschule aus- und über sie hinausgehenden Aktionen beteiligten, bildeten die Ausgangsbasis für die andere Art von Aktionen, die unmittelbar auf die Rekonstruktion der Arbeiterbewegung, auf die Mobilisierung von Arbeitern und Lehrlingen angelegt waren.
   Ein Go-out bei der 1. Mai-Veranstaltung des DGB 1968 war der Beginn einer aktiven DGB-Kritik, die im nächsten Jahr zu Gegendemonstration und Gegenkundgebung führte, die die Lehrlinge durch agitatorische Reden (Analyse der Lehrlingssituation in Betrieb und Schule) und Beteiligung an der Diskussion in der anschließenden Arbeiterkonferenz führte. Allerdings führte diese Agitation kaum über ihren Kundgebungscharakter hinaus und vermochte nicht, die Lehrlinge über die bestehenden Basisgruppen hinaus organisatorisch zu erfassen. Der abstrakte Charakter der 1.Mai-Veranstaltungen war für die Lehrlinge und Jungarbeiter nicht durchbrochen worden.
   Jedoch bildete der Inhalt dieser Agitation die Grundlage für eine Konfliktstrategie der verschiedenen Basisgruppen in ihren Betrieben. Daß diese Strategie mögmöglich ist, zeigte schon vor dem 1. Mai das Beispiel eines Betriebes, in dem die Kritik an der betriebsspezifischen Lehrlingsausbildung praktisch gewendet wurde un zu einem kurzfristigen Streik führte, der sich gegen die Anordnung der Betriebsleitung richtete, langfristige Produktionsarbeit von den Lehrlingen ausführen zu lassen. In einem anderen Betrieb setzte eine Lehrlingsgruppe die Forderung nach einer fachädäquaten Ausbildung durch, die auf einer Lehrlingsvollversammlung beschlossen wurde.

Die Aktivität der Lehrlinge beschränkte sich aber keineswegs auf betriebsspezifische Forderungen, die Gefahr laufen, sich integrierbaren gewerkschaftlichen Forderungen zu verdinglichen. Die Erweiterung der politischen Basis unter den Lehrlingen zeigte sich deutlich bei den Aktionen gegen die Straßenbahntariferhöhung. Dort wurde die Forderung "frie Fahrt zum Arbeitsplatz" nicht nur durch die Beteiligung an Blockaden, Rote-Punkt-Aktion und an Auseinandersetzungen mit der Polizei aktiv verfochten, sondern auch unmittelbar in den Betrieben durch Resolutionen der Lehrlingsvollversammlungen (zwei Betriebe) an die Unternehmer adressiert ("Zahlt die Straßenbahn aus Unternehmerprofiten"). In einem Betrieb wurde ein Teilstreik von hundert Lehrlingen und Arbeitern zur Unterstützung der Strassenbahnblockaden durch den Betriebsrat verhindert.

Die vorangeschrittene Mobilisierung der Lehrlinge konnte aber nach Abbruch der Blockade (nach erfolgter Zurücknahme der Tariferhöhung) trotz der weitergehenden Selbsttätigkeit nicht sofort organisatorisch gewendet werden, zumal die Rückführung des kommunalpolitischen Konfliktes in die Betriebe selbst explizit nich nicht gelungen war. Die höhere Aktionsbereitschaft der Lehrlinge zeigte sich jedoch deutlich in ihrer zahlenmäßig verstärkten Beteiligung an der Aktion gegen das Ordnungsrecht im Heidelberger Schloß.

Die Erfahrung der weitergehenden Politisierung der Lehrlinge und ihre erhöhte Aktionsbereitschaft auf der einen Seite und die Beschränkung der Betriebsbasisgruppen auf eine diskontinuierliche reagierende Betriebspolitik und die Verlagerung der agitatorischen Arbeit in den Schulen und bei öffentlichen Gelegenheiten auf einzelnen Individuen auf der anderen Seite machen die Gründung einer regionalen Lehrlingsorganisation zur Aufhebung dieser Widersprüche notwendig.

Das vor zwei Wochen gegründete sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ) ist dazu ein erster Versuch.

Betriebsprojektgruppe SDS-HD

Zur Lehrlingsarbeit 2

Zur Gründung des heidelberger sozialistischen Arbeiter- undLehrlingszentrums.

Die Betriebsprojektgruppe konnte neudazukommende junge Arbeiter und Lehrlinge nicht organisatorisch erfassen,so daß diese aus dem Diskussionszus mmenhang fielen oder gar nicht kamen.
In den Diskussionen der Betriebsprojektgruppe wurden Themen behandelt, in die die eigenen Erfahrungen und die eigene Praxis der Lehrlinge und jungen Arbeiter nicht eingebracht werden konnten.Es wurde aber auch von den Betroffenen kein organisierter Versuch unternommen, diesen Widerspruch aufzudecken und die Diskussion umzustrukturieren.
Die Genossen, bei denen im Betrieb etwas wichtiges vorgefallen bzw. die im Betrieb politisch arbeiteten, wo es zu Aktionen gekommen war, berichteten darüber in der BPG.Anstatt aus unserer revolutionären Theorie und aus den Erfahrungen und der Praxis der Genossen im Betrieb unserer regionale Strategie für die Betriebe zu bestimmen (gemeinsame Kampagnen wie Jugendraum, Überstunden, Arbeitsverweigerung bei Produktionsarbeit, außerdem Solidaritätstreiks bei außerbetrieblichen Aktionen) reduzierte das sich auf Schreiben von Flugblättern.
Die Genossen, die die Diskussion führten und so richtungsbestimmend waren,hatten für ihre außerbetriebliche politische Praxis quasi acht Stunden mehr zur Verfügung, als Genossen, die im Betrieb arbeiteten. Das sah dann, wenn man zur Projektgruppensitzung kam, so aus, daß die Politik schon inhaltlich bestimmt war und es nur noch darum ging, wer bestimmte Flugblätter schreibt bzw. wie der Inhalt formuliert wird.
Außerdem wurde das Heranziehen von jungen Arbeitern und Lehrlingen zur außerbetrieblichen politischen Arbeit dadurch verhinddrt, daß, wenn wichtige Sachen zu machen waren (z. B. Vorbereitung des 1. Mai) die führenden Genossen auf ihrer individualistischen Arbeitsweise beharrten.
Zusammengefaßt heißt das
Verhinderung von weitergehender politischer Arbeit der jungen Arbeiter und Lehrlinge und damit indirekt Verhinderung der Selbstorganisation.
Die BPG- Versammlungen hatten SDS-MV-Charakter, d.B., die Leute kamen 1/2 oder 3/4 Stunde später bzw. schauten mal kurz vorbei, um zu shen, was los ist.Diejüngsten Arbeiter und Lehrlinge, die neu dazukommen waren, waren zunächst alle pünktlich, mit der Zeit war aber auch bei ihnen die gleiche Unpünktlichkeit zu bemerken.Aus der privaten Dis-

kussion ergab sich, daß sie die Sache als für wichtig erachteten,dann aber feststellen mußten, daß die Diskussion nicht ihre Sache betraf, daß sie zu ihrer Organisation, deretwegen sie hauptsächlich gekommen waren, nichts beitragen konnten.

Die Konsequenzen, und die politische Notwendigkeit, die Bildung einer Arbeiter- und Lehrlingsorganisation wurde überhaupt nicht konkret diskutiert, da keiner der politisierten Arbeiter und Lehrlinge bereit war,einen gezielten Diskussionsbeitrag in die BPG und den SDS einzubringen, geschweige denn, mit anddren eine Organisatio aufzubauen.

Zu den wenigen Arbeitskreisen, die Staatfanden, und die darin begründet waren, daß theoretisch bessere und erfahrenere Genossen ihr Wissen weitervermitteln müssten, ist zu sagen, daß die Genossen ihr Wissen auf einer Ebene präsentierten, auf der eine Vermittlung nicht mögleich war.Sie hatten mehrere Male versucht, das in die Diskussion einzubringen, was aber von Genossen, die rhetorisch überlegen sind, abgewürgt wurde. Einmal erreichten wir, daß über eine Stunde diskutiert wurde,da die führenden Genossen im Urlaub waren. Es ergaben sich aber keine Konsequenzen für die Gruppe.

Die schon öfters andiskutierte Arbeiter- und Lehrlingsorganisation wurde von den führenden Genossen der BPG seit neuestem aus dem Grund befürwortet,daß man die durch die Straßenbahnaktionen mobolisierten jungen Arbeiter und Lehrlinge organisatorisch erfassen müsse.

Die Gründung des SALZ word aber weitgehende Konsequenzen haben .Selbstorganisation und Selbstbestimmung der politischen Arbeit undRichtung.

Der studentische Genosse, der sich zu einer permanenten und verbindlichen Mitarbeit entschieden hat, wurde nach der letzten Sitzung wegen seiner vielen Fremdwörter, die er nicht erklärte und uns so unverständlich waren, kritisiert.

Aus der bisherigen Diskussion des SALZ ergab sich:

- Koordinierung der politischen Arbeit im Betrieb(gemeinsame Kampagnen wie Jugendraum-Überstunden, Arbeitsverweigerung bei Produktionsarbeit, Solidaritätsstreiks bei außerbetrieblichen Aktionen) u.Schule
- Gründung von Basisgruppen in Betrieben und Berufsschulen
- Organisierung eines Lehrlingszentrums
- gemeinsames theoretisches Arbeiten
- gemeinsame Aktionen(1.Aktion: Go-in bei der letzten IG-Metall-"Delegiertenversammlung")

Betriebsbasisgruppe Graubremse

WESTBERLIN

KOMMISSION - PRODUKTION - BEREICH LEHRLINGE und JUNGARBEITER

I. Zur wirtschaftlichen Situation der West-Berliner Lehrlinge

1. Registrierte Ausbildungsverhältnisse in West-Berlin

	Insgesamt	IHK	Handwerksk.	Berufsamt u. and. Kam.
Ende 1960	44730	27806 = 62,2%	15123 = 33,8%	1801 ca. 4,0%
Ende 1967	28952	17921 = 61,9%	8825 = 30,5%	2206 ca. 7,6%
Ende 1968	26876	16341 = 60,8%	8123 = 30,2%	2412 ca. 9,0%

Die Zahl der in West-Berlin registrierten Ausbildungsverhältnisse nahm also ständig ab. Innerhalb des IHK-Bereiches verminderte sich die Zahl der gewerblichen Lehrlinge stärker als die der kaufmännischen.

2. Die Zahl der Ausbildungsverhältnisse wird sich in Zukunft noch weiter verringern, und zwar aus folgenden Gründen:

a) In den nächsten 5-6 Jahren wird sich die Zahl der Einschulungen vorerst zwar erhöhen, dann aber werden wegen der heutigen schwachen Geburtenziffern auch die Lehrlinge rapide abnehmen. Die heute noch wachsenden Einschulungen werden sich jedoch frühestens 1975 bemerkbar machen und die Lehrabschlußprüfungen von 1978 beeinflussen. Insgesamt werden bis 1975 jährlich nur 15000 Schulentlassene erwartet.

b) Das Gewicht des Schulbesuches verschiebt sich von der Hauptschule zur Realschule und zum Gymnasium. Für Lehrberufe entscheiden sich mit Ausnahmen nur Haupt- und Realschüler, wobei von Realschulabsolventen vorwiegend kaufmännische Lehrberufe bevorzugt werden und zwar im Hinblick auf das Studium an einer Ingeneurakademie.

c) Absolventen des freiwilligen 10. Schuljahres werden neuerdings im öffentlichen Dienst Laufbahnen eröffnet, die früher Realschulabsolventen vorbehalten waren.

d) Die Qualifikation der Hauptschüler scheint der IHK mangelhaft. Immerhin 35,6% der Entlassenen der Hauptschule hatten kein Abschlußzeugnis, erreichten also nicht einmal das Abschlußniveau der Volksschule.

3. Einmal dadurch, daß die Ausbildungsberufe sich verringern zum+ anderen dadurch, daß die Betriebe der oberen Größenklasse zunehmen, nimmt die Konzentration auf bestimmte Lehrberufe stetig zu.

   1950 arbeiteten 89,4 %
   1963 arbeiteten 91,3 % der männlichen Lehrlinge
   1950 arbeiteten 91,2 %
   1963 arbeiteten 94,6 % der weiblichen Lehrlinge in "wesentlichen" Lehrberufen, d.h. in denen mindestens 2ooo männliche oder weibliche Jugendliche pro Beruf ausgebildet wurden.

4. Die 1o wichtigsten kaufmännischen und gewerblichen Lehrberufe im Bereich der West-Berliner Industrie und Handelskammer (Ende 1968)

1.	Damenschneiderin	914	Lehrlinge
2.	Maschinenschlosser	511	"
3.	Betonbauer	441	"
4.	Tankwart	426	"
5.	Elektromechaniker	422	"
6.	Koch	418	"
7.	Mechaniker	330	"
8.	Starkstromelektriker	308	"
9.	Feinmechaniker	276	"
	insgesamt	4364	= 58,4 % aller gewerblichen Ausbildungsberufe im Bereiche der Industrie u. Handelskammer.

1.	Einzelhandelskaufmann	2616	Lehrlinge
2.	Industriekaufmann	1365	"
3.	Kaufmann im Groß- und Außenhandel	836	"
4.	Bürogehilfen	705	"
5.	Bankkaufmann	665	"
6.	Bürokaufmann	447	"
7.	Drogist	344	"
8.	Vers. -kaufmann	333	"
9.	Speditionskaufmann	257	"
10.	Reisebürokaufmann	182	"
	insgesamt	7750	= 95,6 % aller kaufmännischen Lehrberufe im Bereich der Industrie- und Handelskammer.

Schlosser, Elektromechaniker, Mechaniker, Starkstromelektriker, Werkzeugmacher und Feinmechaniker, auf die sich bisher vorwiegend unsere Agitation beschränkte, stellen nur 2165 Lehrlinge, das sind 13,3% der Lehrlinge der IHK.

5. Zur Mobilität:

a) Unter insgesamt 8606 Abgängen der Ausbildungsverhältnisse der Industrie- und Handelskammer eines Jahres waren immernin 2555 L Lehrlinge, die ihr Verhältnis vorzeitig gelöst hatten.

b) Aus einer Untersuchung aus dem Jahre 1961 geht hervor, daß je nach Branche zwischen 32,7% und 47,2% der Facharbeiter, die 1958 ihre Abschlußprüfung gemacht hatten, 1961 nicht mehr in ihrem Beruf arbeiteten.

c) Zumindest für Westdeutschland gilt, daß das Handwerk mehr ausbildeta als es später an Fachkräften benötigt. Hier zeigt sich ganz deutlich der Ausbeutungscharakter der Lehre: so sind im Handwerk 38,5% aller Arbeiter Lehrlinge, in allen anderen Bereichen ca. 10%.

d) Die Zahlen für die Abwanderung oder den Berufswechsel im Handwerk (Westdeutschland): Bäcker 49,0%
Fleischer 39,6%
Friseur 36,5%
Schuster 32,5%

Die Möglichkeit für Gesellen, sich selbständig zu machen, ist außerordentlich gering (s. Innungssystem).

Aus diesem Zahlen läßt sich möglicherweise der Schluß ziehen, daß die These von der Resignation in der Unterschicht nur bedingt zutrifft, da die hohe Mobilität der Lehrlinge individueller Ersatz für Klassenkampf bedeuten könnte. Die Möglichkeit kollektiven Widerstandes wird kompensiert durch individuelle Veränderung (Stellungs-, oder Berufswechsel und Aufstieg). Aufstiegsmotivation trifft vorwiegend zu für die Lehrlinge und Jungarbeiter zwischen 17 und 25 Jahren.

Untersuchungen über Lehrlinge liegen nicht vor, da sowohl die Unternehmerverbände als auch der Berliner Senat empirische Studien regulär verbieten, wie z.B. momentan die Befragung Berliner Berufsschüler.

6. Die sogenannten Erziehungsbeihilfen (Lehrlingsgehalt) sind für Lehrlinge in den verschiedenen Branchen außerordentlich unterschiedlich (Stand November 1968):

Fleischer:	250,-DM monatlich, dreijahres∅
Bäcker:	158,-DM
Schlosser:	139,-DM

Klempner:	146,- DM
Elektroinstallateur:	133,- DM
Maler, Anstreicher:	116,- DM
Kfz.-mechaniker:	110,-DDM
Bau-, und Möbeltischler:	104,- DM

7. Im Bauhauptgewerbe (Vergleich) zu anderen Branchen unmöglich, da keikeine Veröffentlicheungen vorliegen) zeigt sich, daß die Zahl der

Facharbeiter seit 1952 stetig zugenommen hat	(37,Ø% 1968: 50,0%)
Angelernte ebenfalls	(6,7% 1968: 19,3%)
Dagegen haben abgenommen	(
Hilfsarbeiter	(31,5% 1968:m19,3%)
Lehrlinge ebenfalls	(6,0% 1968: 2,2%)

Außerdem haben im Bauhauptgewerbe die Lehrlinge in Großbetrieben seit 1967 prouentual ab-, in Kleinbetrieben prozentula zugenommen.

Das Interesse des Großkapitals fordert für die Zukunft eine langfistige und umfassende Berufsausbildung zu qualifizierten und mobilen Facharbeitern. Dem steht das kurzfristige Interesse (vor allem des kleinen Kapitals) nach unmittelbarer Ausbeutung der Lehrlinge als billiger Arbeitskraft entgegen. Während auf dem Gebiet der theoretischen Ausbildung Versuche einer technokratischen Reform der B rufsschulen - z.B. vereinheitlichte Ausbildung der Berufsschullehrer - durch staatliche Organe unternommen werden, ist in der praktischen Ausbilding, die nach wie vor dem Einzelunternehmer überlassen bleibt, die Durchsetzung einer organisatorischen Perspektive nicht abzusehen.

Während in wenigen Großunternehmen die Notwendigkeit einer breiten, qualifizierten Lehrlingsausbildung erkannt wurde und eigene Lehrwerkstätten eingerichtet wurden, ist in den meisten Betrieben, vor allen den Kleinbetrieben, die praktische Ausbildung miserabel. Das betrifft in Berlin ungefähr 70 % aller Lehrlinge, sodaß sich hier nicht einmal die Tendenz der Großkonzerne durchsetzen wird.

Aber selbst in Großbetrieben stehen viele Lehrlinge nach einer halbjährigen Teilausbildung bereits fest an einem Arbeitsplatz, wo sie jahrelang für minimale Bezahlung Lohmarbeit zu machen gezwungen sind, um anschließend wegen ihrer mangelhaften Ausbildung praktisch zum Hilfsarbeiter abzusinken.

II. KRITIK AN DER ARBEIT DER BASISGRUPPEN

1. Die Organisierung der Basisgruppen nach Bezirken verhindert momentan die effektivere Arbeit durch die Organisierung nach Konzernen odeoder Branchem.

2. Arbeiter und Lehrling aus Kleinbetrieben, vorwiegend Handwerk, wurden bisher nur als Einzelne, nicht kollektiv in die Basisgruppen arbeit einbezogen.
3. Die Betriebsgruppen stolperten von Betriebskonflikt zu Betriebskonflikt, ohne eine langfristige Perspektive entwickeln zu können, die es ermöglicht hätte, Lehrlinge und Jungarbeiter durch Schulung auf zukünftige Probleme vorzubereiten.
4. Die Basisgruppensitzungen sind überfrachtet mit der Erörterung akuter Ereignisse und Ansätzen zu langfristigen Strategien.
5. Schulung wird nur geplant, aber nicht durchgeführt.
6. Basisgruppen externe Aktivitäten der studentischen Mitglieder hängen nicht von strategischen Gesichtspunkten, sondern von zufälligen persönlichen ab.
7. Die BGs sind Durchgangslager für zwei drei mal erscheinenderArbeiter (fehlende Vorbereitung auf die laufende Basisgruppenarbeit). Die Arbeiter, die indden BGs bleiben, stehen unter dem Druck, sich studentischen Verhaltensweisen anpassen zu müssen.
8. Dadurch, daß eine verantwortliche Kaderorganisation nichtmbesteht, entwickelt sich ein Informationsmonopol einzelner Studenten, die dannann zu einer selbst ernannten Elite werden. Diese ist an ihrem Weiterbestehen anscheinend mehr interessiert als an dem erklärten Zweck der Basisarbeit, nämlich Schaffung einer proletarischen Massenorganisation. Wenn dieser Zustand weiter bestehen bleibt, wird es wie die Elite behauptet, nicht nur jetzt, sondern immer zu früh sein, eine solche Organisation zu bilden. Weil man eine Bürokratie um jeden Preis vermeiden will, hat sich naturwüchsig eine Bürokratie entwickelt.
9. Wie die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Studentenbewegung zeigt, führt die Identität von Informationsveranstaltungen und verantwortlicher strategischer Arbeit zur Stagnation (Montagskomitee, ehemaliges Maikomitee).
00. Ein organisatorischer Zusammenhang zwischen Basisgruppenarbeit einerseits und Handwerks-, Gastarbeiter-, Frauen-, Universitäts- und internationalistischen Kampagnen andererseits ist bisher zentral nicht geleistet worden.

III. Organisationsvorschläge

Ansätze zur Veränderung dieser Zustände sind in einzelnen BGs - allerdings dezentralisiert und/oder voluntaristisch - bereits vorhanden. Kurzfristig müssen aber Voraussetzungen geschaffen werden, um mittelfristig zu zentralisierter Arbeit zu kommen:
Die BGs und das Montagskomitee müssen in der bestehenden Form aufgelöst werden. Stattdessen müssen folgende Organisationseinheiten (unter Mitarbeit der bisherigen BG-Mitglieder) gebildet werden.

1. Betriebsgruppeneinheiten nach Konzern und Branchen (Bezirksunspezifisch), bestehend aus mehreren Betriebsgruppen.
2. Betriebsgruppeneinheiten für das Handwerk (Kleinbetriebe), bestehend aus mehreren Berufsschul-BGs für Arbeiter und Lehrlinge in Kleinbetrieben.
3. Gastarbeiterzellen (angegliedert an die Betriebsgruppen durch Deligiert).
4. Arbeiterinnenzellen, angegliedert an die Betriebsgruppen durch Deligierte.
5. Technische Intelligenzzellen, angegliedert an die Betriebsgruppen durch Deligierte.

Außerdem müssen Auffangzentren für Neuhinzugekommene eingerichtet werden:

1. Jungarbeiter und Lehrlinge (SALZ)
   Aufteilung des SALZ:
   a. Kader rekrutieren sich aus 1. und 2. (s.o.)
   b. Aufteilung der Schulung nch Betrieb, Handwerk, kaufm. Angestellte, etc.
2. Gastarbeiter
3. Arbeiterinnen

2. Gastarbeiter
3. Arbeiterinnen
4. Ingenieure und Ingenieurstudenten

Die Zentren übernehmen Schulung und Kampagnen und stellen mit den Einheiten eins bis fünf je ein Komitee. Diese Komitees übernehmen die Planung und Durchführung der für Zentren und Einheiten spezifischen Kampagnen. Informationsveranstaltungen füraalle Mitglieder und Komitees finden einmal wöchentlich statt.
Die Mitglieder der Zentren und Komitees wählen für da. 3 Monate Genossen in ein personell begrenztes Zentralkomitee, das die weitere Arbeit der Zentren und Komitees koordiniert. Für die Arbeit der Einheiten und Zentren sind je zwei Genossen verantwortlich.

Kurzfristige Aufgaben für die studentische Massenorganisation, die sich aus der Zusammenarbeit mit dem Lehrlingszentrum (SALZ) ergeben

---

In diesem Teil wird bewußt nicht eingegangen auf die Langfristigezu entwickelnde Dialektik zwischen bürgerlicher Intelligenz und proletarischer Massenorganisation. Auf jeden Fall kann man feststellen,daß die bisherige Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung keinen Beispielcharakter hat für die theoretische und praktische Bewältigung dieses Problems.

Die Rekonstruktionsphase des westdeutschen Kapitals zeichnete sich durch eine besonders kurzfristige Planung im Ausbildungsbereich aus. Die Investitionspolitik war ausschließlich bestimt durch direkte Profitinteressen. Die überaus günstige Konkurrenzsituation erlaubte eine kurzfristige Planung der mit dem Wiederaufbau gleichzeitig verbundenen Umrüstung der Industrieanlagen. Die steigende Tendenz eines organisatorischen Zusammenhangs von Kapital und Staatsapparat, wie sie sich in der gegenwärtigen Stagnationsperiode abzeichnet, erfordert allerdings eine erweiterte Institutionalisierung des wissenschaftlich - technischen Fortschrittes. Widersprüchliche Tendenzen in der vorherrschenden Produktionsstruktur hemmen die Organisationsentwicklung des Kapitals. Deutlich zeigt sich dieses anarchische Moment in dem "dualen System" der Lehrlingsausbildung. Die Trennung von praktischer und theoretischer Ausbildung als erster Form der institutionalisierten Berufsausbildung entwickelte sich erst in der Periode des entfaltetem Konkurrenzkapitalismus in der Zeit von 1870 - 1914. Die 1920 als "Revolutionserrungenschaft" eingeführte Berufsschulpflicht änderte nichts an der Ausbeutungssituation des Lehrlings in der Produktionsstätte, die bis heuteedie gleiche geblieben ist.und lediglich eine organisatorische Verbesserungmder Zunftepoche darstellt. Beweis dafür ist, daß das Ausbildungsmonopol in Händen von Feudalrelikten wie Handwerkskammern und Innungen liegt. In den Handwerksinnungen schließen sich selbständige Handwerker desgleichen bzw. des fachlich oder wirtschaftlich nahestehenden Handwerks auf Beuirksebene zusammen. Es besteht keine Pflichtmitgliedschaft. In den Organen der Handwerksinnung (Vollversammlung, Vorstand, Ausschüsse) sitzen die Inhaber der Handwerksbetriebe. Das bedeutet, daß die Innung eine reine Arbeitgebervertretung i ist. Zu Fragen, die die Berufsausbildung der Lehrlinge betreffen, wird zwar ein Gesellenausschuß herangezogen, der aber auf Grund der repressiven Situation des Gesellen im Betrieb die Ideologie der Unternehmer vertritt. Da die Handwerksinnungen entscheidenden Einfluß auf die Lehrplangestaltung der Berufsschulen ausüben, liegt die Berufsausbildung des Lehrlings total in den Händen des Unternehmers.

Die Konfliktsituation an der Berufsschule muß zu einer einheitlichen Strategie im gesamten Ausbildungsbereich führen. Der Versuch des Se-

nats, die in fast allen Ausbildungsbereichen (Universität, Ingenieurschulen, PH, Berlin-Kolleg) vorhandenen Konflikte einzeln abzuwürgen, muß verhindert werden. Zu forcieren sind die Anstrengungen, eine revolutionäre Berufspraxis für Handels- und Gewerbelehrer zu entwickeln. Da 80 % der Jugendlichen durch die Ausbildungsinstanz Berufsschule gehen, impliziert diss eine Akzentuierung gegenüber dem Gymnasialbereich. Der Initiativausschuß für die Sektion Aisbildung und Erziehung der RZG hab die Aufgabe, den organisatorischen Zusammenhang mit anderen Lehrer- und Schülergruppen herzustellen. Eine gemeinsame Kampagnenstrategie speziell für Volks- und Berufsschulbereich muß entwickelt werden.

Bei den theoretischen und praktischen Aufgaben, die sich dem Lehrlingszentrummstellen, muß man unterscheiden zwischen solchen Aufgaben, die sich spezifisch für die einzelnen Branchen (z.B. Elektroindustrie, Textilbranche) stellen und solchen Aufgaben, die alle Lehrlinge betreffen. Ganz gleich, welcher Branche sie angehören. Für die spezifischen Probleme in den einzelnen Branchen müssen kleine Gruppeh von Studenten zusammen mit den avanciertesten Lehrlingen der jeweiligen Branche Analysen über den kurz- und mittelfristigen Stellenwert dieser Branchenausbildung (Bäckerlehre etc.) anfertigen, wobei berücksichtigt werden muß, inwieweit die wirtschaftliche Situation West-Berlins es unmöglich macht, technologische Prozesse aus den kapitalistischen oder sozialistischen Staaten zu übernehmen. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang das Handwerk innerhalb der West-Berliner Industrie, das aus wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus weiter subventioniert wird. Aufgrund dieser branchenspezifischen Analysen müssen dann zusammen mit den Lehrlingen die kurzfristigen Aktions- und Kampfformen bestimmt werden. Solche Branchengruppen müssen mindestens für die zehn häufigsten gewerblichen Ausbildungsberufe eingerichtet werden (s. I, 4). Dieser Statistik kann man entnehmen, daß in Westberlin hunderte von Lehrlingen ausgebildet werden für einen Beruf, der aufgrund der technologischen Entwicklung in der Bundesrepublik schon kurzfristig keine Zukunftschancen mehr hat. Einige der Branchengruppen werden deshalb Agitationsmodelle entwickeln müssen, die den Lehrlingen genau erklären, welches die Ursachen für diesen anachronistischen Zustand sind.

Neben den branchenspezifischen politischen Aufgaben ist es schon jetzt eine Hauptaufgabe für das Lehrlingszentrum, politische Forderungen zu formulieren und organisatorisch zu wenden, die alle Lehrlinge in Westberlin betreffen.

Die Arbeit in den Sektionen und das empirische Material, das bisher inder Arbeit mit Lehrlingsgruppen zusammengestellt wurde, zeigte und, daß die starke Abhängigkeit der Lehrlinge vom Elternhaus,dem Handwerksbetrieb oder der Firma, dem Lehrkörper der Berufsschulen und den Jugendämtern eines der Hauptprobleme ist, mit dem sich das Lehrlingszentrum auseinanderzusetzen hat. Deshalb hat es folgende politischen Forderungen entwickelt:

1. Tarifvertraglich festgesetzes Lehrlingsgehalt von DM 500.-
2. Herabsetzung des Mündigkeitsalters auf 18 Jahre
3. Einrichtung von kapitalunabhängigen zentralen Lehrlingswerkstätten
4. Öffentliche und kollektive Prüfung; Öffentlichkeit bei Beratung und Entscheidung der Prüfung
5. Abwählbarkeit der Ausbilder
6. Prüfungsausschuß unabhängig von der Industrie- und Handelskammer und der Handwerksinnung (Zusammensetzung aus Berufsschullehrern und Facharbeitern)
7. Forderung nach 2 bis 3-tägigem Berufsschulbesuch in der Woche
8. Kündigungsrecht
9. Streikrecht

10. Wahlmöglichkeit und Mitbestimmung bei der Lehrplangestaltung
11. Überbetriebliche Fachkurse und Fachschulbesuch innerhalb der Arbeitszeit
12. Berufsschulferien = Urlaub
13. Brechung des Elternrechts
14. Veränderung des Jugendschutzgesetzes

Für diese Forderungen müssen Studenten zusammen mit Lehrlingen Agitationsmodelle entwickeln und in die Praxis umsetzen. Wahrscheinlich wird es sich herausstellen, daß für die Durchführung dieser Kampagnen eine zentrale Kampfleitung aus Lehrlingen, Schülern und Studenten geschaffen werden muß, die in der Lage ist, die Aufklärungsveranstaltungen, das Agitationsmaterial für Betriebe, Büros und Schulen, die Kampfdemonstrationen und andere direkte Aktionen zu planen und durchzuführen. Bis zu dem Zeitpunkt, wo diese Forderungen erkämpft sein werden, müssen sozialistische Kollektive folgende Aufgaben übernehmen:

1. Sexuelle Aufklärung, Beschaffung von Anti-Baby-Pillen, ärztliche Betreuung im Falle von Geschlechtskrankheiten etc. (Mediziner-Kollektive)
2. Vertretung der Lehrlinge vor Schiedskommissionen, Beratung bei Konflikten mit dem Elternhaus, Jugendämtern, Polizei usw. (Juristenkollektive, Psychologen)
3. Zentrale Zusammenstellung des Materials über Berufsschulen und einzelne Lehrer, Analyse des Lehrstoffes und Ausarbeitung von Gegenmodellen, um eine überzeugende Agitation in den Berufsschulen zu ermöglichen usw. (Pädagogen, Soziologen, Politologen- usw. -Kollektive)
4. Aufbau von Lehrlingskommunen für solche Lehrlinge, die das Elternhaus verlassen und permanente theoretische Verarbeitung. All diese Aufgaben müssen langfristig und kontinuierlich in enger Zusammenarbeit mit den Lehrlingen von studentischen Kollektiven geleistet werden.

Internationaler Sektor im Lehrlingszentrum

Der abstrakt moralische Internationalismus darf nicht undialektisch liquidiert werden (um sich damit dem internationalen Anspruch überhaupt zu entziehen), sondern muß durch Vermittlung des antikapitalistischen mit dem antiimperialistischen Kampf auf einer neuen Ebene hergestellt werden.

Ziel: Aufbau der zweiten Front in Betrieb, Büro und Schulen. Kombination von Aufklärung und direkten Aktionen.

Kurzfristige Aufgaben: Kampf gegen Entwicklungshilfe - dies bedeutet für den LEhrlingssektor in der ersten Phase eine Aufklärung über politische und ökonomische Ursachen der Unterentwicklung und den Stellenwert der Entwicklungshilfe innerhalb der kapitalistischen Globalstrategie. In der zweiten Phase müssen die Lehrlinge, die in den Betrieben die Aufgaben innerhalb der wirtschaftlichen und militärischen Entwicklungshilfe erfüllen (Flugzeuge für Angola etc.), direkte Sabotageaktionen durchführen und durch politische Agitation die Arbeiter zur Solidarität veranlassen. (z.B. in Berlin: Fritz-Werner-Werk.-Maschinenfabrik). In fast allen Betrieben kann durch planmäßige und gezielte Klauaktionen wichtiges Versorgungsmaterial für die Befreiungsbewegungen organisiert werden (Schering: Antibiotika).

In absehbarer Zeit wird im Bundestag ein Gesetz verabschiedet, das die Arbeit im deutschen Entwicklungshilfedienst als Alternative zum Wehrdienst gesetzlich festlegt. Da in Berlin keine Wehrpflicht besteht ist anzunehmen, daß der Deutsche Entwicklungshilfedienst in Berlin eine großzügig finanzierte Kampagne durchführen wird, um qualifizierte Jung-

arbeiter anzuwerben. Es ist deshalb notwendig, daß studentische Kollektive (Infi, OSI usw.) zusammen mit dem Lehrlingszentrum eine Kampagne "Zerschlagt die Entwicklungshilfe" plant und durchführt. Falls diese Kampagne nicht durchgeführt wird, besteht die Gefahr, daß gerade die trostlose Situation in Westberlin viele jungen Facharbeiter zu einem solchen Vertrag mit dem Entwicklungshilfedienst verlockt.

Kommission Produktion, Bereich Lehrlinge und Jungarbeiter, Berlin

* * *

Z E N G A K U R E N

Johannes E. Seiffert
Universität und Widerstand in Japan
Trikont - Schriften zum Klassenkampf 13
152 S., DM 7.20

Die Referate behandeln die japanische Studentenbewegung im Kontext der Entwicklung der japanischen Gesellschaft; den Ausbruch der großen Universitätskrise in Japan 1968/69 im Hinblick auf die Zukunft; die konstitutionellen Schwächen der Studentenbewegung.

"Aufgrund der ungeheuren permanenten Innovation im dynamisch expandierenden Neokapitalismus vor allem seit 1966/67 kommt es im Jahre 1968 in Japan zur großen Strukturkrise des Bildungswesens, wie sie für den gesamten Neokapitalismus typisch ist, beginnend mit der großen Strukturkrise der universitären Institutionen. Damit aber tritt der Emanzipationskampf der Gesellschaft in ein neues Stadium ein. Das, was revolutionäre Jugendbewegungen wirklich ersetzen ist die trotz oder gerade wegen der Existenz von SP und KP nicht existierende revolutionäre Partei. Aber ein solcher Ersatz ist keine Dauerlösung. Das verwickelte Problem des Übergangs von der antiautoritären Jugendbewegung zur revolutionären Jugendorganisation, die sich von vornherein als Keimform der revolutionären Partei entwirft, versuchen wir in den "Kritischen Thesen" zu behandeln.

Mittels der Gewalt der Unterdrückten hat Zengakuren punktuell doch unablässig die Kontinuität von Herrschaft immer wieder für Augenblicke zu unterbrechen und in Frage zu stellen versucht. Diese aufopferungsvolle, die Verzweifelnden ermutigende Aktivität von Zengakuren ist historisches Verdienst dieser Bewegung. Zengakuren ist im Sommer 1968 zerbrochen, inmitten neuer Aufgaben, die von einer Studentenbewegung nicht bewältigt werden können. AUs der großen Strukturkrise der universitären Institutionen in Japan gingen die non sect radicals und unter ihrem Einfluß die Zen yoto- (Kampfkomitee-) Bewegung hervor, deren weitere Entwicklung zur Diskussion steht."

Die Genossen aus den Basisgruppen erhalten gegen Vorauszahlung die Organisationsausgabe zu 45 % Ermäßigung. Abnahme von Büchern von mindestens DM 5.-.

Bestellungen an: Verlagskooperative Trikont, 8 München 80, Josephsburgstr. 16

GENOSSEN, UNTERSTÜTZT DIE NEUE PRODUKTION - KAUFT MASSENHAFT ALTE TRIKONTBÜCHER

VERLAGSKOOPERATIVE TRIKONT

S C H R I F T E N Z U M K L A S S E N K A M P F 69

8 Spanien 69 (Ende Okt.)
120 Seiten, ca 6,--

9 J. Pesquet Räte in Saclay?
A. Gramsci Räte in Italien
120 Seiten, ca 6,--
(erschienen)

10 Tragt die Unruhe in die Bundeswehr!!
120 Seiten, ca 6,--(Sept.)

11 Klassenjustiz
120 Seiten, ca 6,--
(Ende Okt.)

12 C. Schuhler Black Panther - Zur Konsolidierung des Klassenkampfes in den USA
120 Seiten, ca 6,--

13 J.E. Seiffert Zengakuren Universität und Widerstand in Japan
154 Seiten 7,20
(erschienen)

14 Revolution in Nordirland
Vom Religionskrieg zur Organisierung der katholischen Minderheit auf Klassenbasis
64 Seiten ca 4,00
(Ende August - erschienen)

15 Palästina - Theorie und Praxis des arabischen Widerstandes
120 Seiten ca 6,00
(Ende September)

Genossen, unterstützt unsere neue Produktion, kauft massenhaft die alten Bücher aus!!!

R E M I T T E N D E N - Bücher aus Rücksendungen - 50 % Nachlaß

Giap - Volkskrieg, Volksarmee	7,80	3,70
Debray-Dutschke u.a. - Der lange Marsch	8,80	4,50
Debray - Revolution in der Revolution	6,00	3,00
Ho Chi Minh - Gegen die amerikanische Aggression	3,90	1,95
NOW - Der schwarze Aufstand	3,90	1,95
MERDE - Karikaturen zur Mairevolte	4,80	2,40
Mao - Werke I und II je Band	8,80	5,00
Le Chau - Bauernrevolution in Südvietnam	6,40	3,20
Che Guevara - Bolivianisches Tagebuch	5,80	2,90

Bestellungen an: Verlagskooperative Trikont, 8 München 80,
Josephsburgstr. 16 Tel. 0811/43 38 74

Bestellungen über DM 50,-- nur gegen Vorauszahlung
Konten: Bank f. Gemeinwirtschaft München, Trikont-Verlag 72 70 70
Postscheckamt München, Trikont Verlag 22 65 85

HANNOVER

UNABHÄNGIGE LEHRLINGSGRUPPE GEGRÜNDET

Nicht nur in Berlin, sondern auch in Westdeutschland bilden sich immer mehr von den Gewerkschaften und Parteien unabhängige Lehrlingsgruppen. Von einer Koordination und langfristigen festeren Organisation dieser Gruppen wird es abhängen, ob die Ansätze zur Selbstorganisation sich gegen die bürokratischen Apparate durchsetzen können. Die ROTE PRESSE KORRESPONDENZ wird die Aufgabe einer gegenseitigen Information und theoretischen Klärung nichtbürokratischer sozialistischer Gruppen in stärkerem Maße auch für Westdeutschland übernehmen. Die Aktionsgruppe Hannoverscher Lehrlinge hat damit begonnen; sie wird in Zukunft regelmäßig in der Redaktion der RPK mitarbeiten. Der folgende Artikel umreißt die vorläufigen Ziele und Aufgaben der Aktionsgruppe.

Die Gruppe besteht aus Lehrlingen und Jungarbeitern, die sich zu einem Kollektiv zusammengeschlossen haben. Das Ziel dieses Kollektivs ist es, politische Bewußtseinsbildung mit dem späteren Ziel der Politisierung aller Lehrlinge und Jungarbeiter auf der Grundlage des Sozialismus zu betreiben.

Wir haben uns zusammengeschlossen, um unabhängig von jeder Institution arbeiten zu können. So haben wir uns einen freien Raum zur Arbeit geschaffen, in dem auf breiter Basis gegen die Manipulateure, die die Verdummung der Lehrlinge betreiben und sie aus ihrem Konfliktbereich herauszerren, und die reaktionären Autoritäten in Schule, Betrieb und Familie angehen können. Wir sind unabhängig im Gegensatz zur Gewerkschaftsjugend, die immer den Druck von oben spürt, und wir identifizieren uns mit keiner Organisation, die abhängig von irgendeiner Partei operiert, z. B. die SDAJ, die ohne die DKP nicht mehr denkbar wäre. All diese Gruppen sind in ihrem Aktionsradius eingeengt, teilweise dermaßen, daß ihre Aktionen sinnlos werden. Unser revolutionärer Kampf für Selbstbestimmung in allen Bereichen, Kampf gegen die Klassenjustiz, ist eine Selbsthilfe, die es konzentriert zu betreiben gilt.

Wir - die Aktionsgruppe Hannoverscher Lehrlinge - sind bis jetzt zu folgendem Ergebnis gekommen:

Der Lehrling ist nicht nur ein ausgebeuteter Arbeiter, sondern sogar eine ausgebeutete und unterpriviligierte Arbeitskraft, die Repressionen, denen auch der Arbeiter ausgesetzt ist, als Lernender auf sich zu nehmen hat. Daher gilt es, die Position des Lehrlings im kapitalistischen System zu analysieren.

Wir kamen zu folgendem Ergebnis:
Der Lehrling verkörpert drei Daseinsformen: a) Er ist Arbeiter (d. h. Arbeitskraft). b) Er ist Schüler (Berufsschule). c) er ist Kind (zu Hause). In all diesen Bereichen ist er Repressionen - bewußt oder unbewußt - ausgesetzt. Überall zerrt man ihn aus seinem Konfliktbereich, um ihn keine Zusammenhänge erkennen zu lassen. Der Lehrling, nur Repressionen ausgesetzt, kann seinerseits keine Repressionen delegieren. Somit folgt eine Agressionsstauung. Ein Ziel des kapitalistischen Systems ist erreicht. Nun schafft es in der Konsum-Sphäre Ventile, in der dem Lehrling eine Agressionsentladung möglich ist. (Beat-Schuppen etc.). Diese Art der Degradierung eines Lehrlings zu einem unbewußten Profitleistenden muß bekämpft werden.

Aus dieser Analyse des Lehrlings ergibt sich unsere Strategie, nach der wir zu arbeiten haben.

Zu bekämpfen gilt es die Unterdrückung im Betrieb, in der Schule, in der Familie!
Über die Unterdrückungsmechanismen müssen wir Aufklärung leisten mit dem Ziel, das Bewußtsein eines jeden einzelnen zu bilden.

Wir geben jetzt noch weitere Informationen über Themen, die wir diskutieren. Einmal wöchentlich treffen wir uns, um zu diskutieren und zu analysieren. Nach jeder Diskussion wird ein Arbeitsblatt herausgegeben. Wir bemühen uns, mit anderen Gruppen zusammenzuarbeiten, soweit es sich auf Grund unserer Strategie ermöglichen läßt. Wir bearbeiten Flugblätter zu bestimmten Aktionen (Handelslehranstalt, Üstra-Streik). Ein späteres Ziel ist, alle Aktionsgruppen, die zur Zeit bestehen, zu koordinieren. Wenn diese Koordinierung aller Kadergruppen erreicht ist, kann die revolutionäre Arbeit konzentrischer und damit produktiver geleistet werden, d. h. jegliche Theorie durch die Praxis auszugleichen. Ein weiteres Ziel für die Aktionsgruppe Hannoverscher Lehrlinge ist, sie in mehrere Arbeitsgruppen zu unterteilen, die sich mit verschiedenen Themen (und deren Problematik) auseinandersetzen. Da gilt es als erstes, den Lehrstoff an den Berufsschulen zu analysieren, der nicht mehr zeitgemäß ist und so einer Überarbeitung dringend bedarf, um ihn der Praxis im Betrieb anzupassen und die kapitalistischen Strukturen aufzuweisen. Diese Arbeit muß von uns geleistet werden, da die Behörden dazu nicht fähig sind oder sein wollen. Dabei muß man soweit gehen, daß sich Arbeitsgruppen bilden, die sich durch Selbsthilfe untereinander weiterhelfen. Andere Arbeitsgruppen könnten Themen wie Sex-Unterdrückung, Psychologie und Soziologie bearbeiten und ihr dann erworbenes Wissen weiterleiten.

Das ist selbstverständlich ein nicht leichtes Ziel, und es bedarf harter Arbeit, um es zu erreichen.
Interessenten wenden sich bitte an folgende Adresse:

Bernd Stobbe
c/o Parvus-Presse
3 Hannover
Podbielskistr. 105
Tel.: 0511/690373 oder 05132/2320 (Heiko Plötz)

Treffen kann man uns jeden Montag um 18.30 Uhr im ESG-Heim, Ludwig-Bruns-Str. 9/11

Das folgende Flugblatt wurde von der Lehrlingsgruppe während des Üstra-Streiks verteilt:

Kastriert und vergewaltigt alle Demonstranten!!

sagte der Lehrlingsmeister der Üstra zu einem Lehrling, der sich an den Üstra-Aktionen beteiligt hatte.

SIND WIR LEHRLINGE NICHT SCHON ALLE KASTRIERT ??

Obwohl wir vom Betrieb als vollwertige Arbeitskraft ausgenutzt werden, bekommen wir nur so wenig Geld, daß wir von unseren Eltern abhängig bleiben müssen. Dieses Almosen reicht gerade für teure und unbrauchbare Lehrbücher, für Zigaretten, die wir auf den Toiletten rauchen müssen und für die Üstra-Wucherpreise.

Im Betrieb werden wir behandelt wie der letzte Dreck. Unsere Ausbildung ist miserabel: Sie besteht darin, daß wir lernen, Befehle auszuführen. Wer es wagt, den Mund aufzutun, bekommt den Hammer ins Kreuz.

Wir Lehrlinge werden nur eingestellt, um dem Unternehmer für ein Almosen hohe Profite zu erarbeiten:

BRAUCHST DU EINEN BILLIGEN ARBEITSMANN,
SCHAFF DIR EINEN LEHRLING AN ! ! !

Aus der gleichen Profitgier hat die Üstra die Fahrpreise erhöht. Dagegen haben die Arbeiter gemeinsam den Widerstand organisiert. Wir haben es geschafft, daß die Üstra-Bosse ihre Sardinenbüchsen in den Depots lassen mußten.

Wenn wir genauso organisiert wie gegen die Üstra-Bosse gegen unsere eigenen Bosse vorgehen, werden wir der beschissenen Situation, die wir diesen Bossen verdanken, ein Ende bereiten.

Organisieren wir uns deshalb in der

AKTIONSGRUPPE HANNOVERSCHER LEHRLINGE (AHL)

um über unser Vorgehen zu diskutieren.
Wir fordern:

1. Einen Lehrlingslohn, der uns finanziell unabhängig macht,
2. Urlaub, der sich mit der Länge der Berufsschulferien deckt,
3. Selbstbestimmung über Form und Inhalt der Ausbildung.

Aus: RPK 20/69

M A X H O E L Z , Vom "Weißen Kreuz" zur roten Fahne
Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse 393 S.

(Zu erhalten durch Einzahlung von DM 14.- bei Republikanische Hilfe, 6 Ffm, Dresdner Bank Kto. Nr. 282880)

Der Revolutionär Hoelz schildert sein Leben während des Ersten Weltkrieges und den sehr aprubten, spontanen Politisierungsprozeß während der Revolution, seine revolutionäre Tätigkeit in den Jahren bis 1921: von der Leitung bewaffneter Massenkämpfe bis zur heimlichen Arbeit mit Dynamit. Seine revolutionäre Aktivität und sein damit einhergehender theoretischer Bildungsprozeß stehen im Kontrast zu den etablierten Arbeiterparteien, aber auch zur KPD, die sich noch am Anfang ihrer Bürokratiserung befand. Das Versagen der polit. Führung war die Ursache, daß die bewußten Proletarier in Aufständen verheizt wurden ud nach der militärischen Unterdrückung durch Reichswehr und Schupu zu Opfern der bürgerlichen Justiz wurden. Begleitet von Hetzkampagnen in der bürgerlichen Presse wurden sie in die Zuchthäuser gesteckt, von denen Hoelz einen Bericht gibt und damit eine konkrete Perspektive des Verhaltens im Knast für die Opfer der Klassenjustiz in Der BRD und Westberlin.

MERKE: "Die deutsche Revolution wird alle Revolutionen an Grausamkeit übertreffen. Die Bourgeoisie zwingt das Proletariat zur Grausamkeit." Max Hoelz

46 HANNOVER: ZUR ENTWICKLUNG DER LEHRLINGSGRUPPE

Die Lehrlingsgruppe ist historisch aus der ehemaligen Betriebsprojektgruppe entstanden. In dieser Gruppe waren fast ausschließlich Studenten und einige Altgenossen vertreten. Aus der abstrakten Einsicht, man müsse doch endlich etwas an der Basis "machen", entstand dieser Ansatz einer Betriebsprojektgruppe. Von diesem akademischen Ansatz her wurden Aktionen experimentell geplant und als Experimente verstanden. Von daher bestand kaum die Möglichkeit, ein Realitätsbewußtsein zu entwickeln und die Diskussion von Aktionen in einen strategischen Zusammenhang zu stellen.

Der Bereich der Lehrlinge wurde in der Gruppe als biologische Kategorie verstanden. Lehrlinge waren halt nur junge Proletarier - Proletarier waren bärtige, kräftige, bemützte Gestalten, die spontan zuzupacken wußten.

Wegen dieser Theorielosigkeit und der voluntaristischen Ansätze begann die Betriebsprojektgruppe nach einiger Zeit einzuschlafen. Sicher wäre die Lehrlingsgruppe mit eingeschlafen, wenn nicht zu der Zeit die graphische Jugend an einige Genossen von uns herangetreten wäre und uns gebeten hätte, ihnen bei einer Flugblattaktion zu helfen. Diese Flugblattaktion, das erkannten wir zumindest nach ihrem Abschluß, war zwar ihrem Inhalt nach auf Probleme der Lehrlinge abgestellt, aber auf einer agitatorischen und perspektivischen Ebene angesetzt, die weit über dem Bewußtsein der Lehrlinge lag. Durch diese und eine weitere Flugblattaktion begann sich die eigentliche Lehrlingsgruppe zu entwickeln.

Einige Genossen, die in der Betriebsprojektgruppe mitgearbeitet hatten, kamen jetzt ebenfalls dazu. Nur brachten sie auch den langen Rattenschwanz von Voluntarismen und abstrakter Theorie, d.h. Theorielosigkeit mit. Mit derartigen Hemmnissen belastet war die Gruppe weiterhin gezwungen -zwar als Lehrlingsgruppe- wie in der Betriebsprojektgruppe zu arbeiten. In dieser Phase war die Gruppe aufnahmebereit für jede Aktion, die den Anspruch für sich einnahm, mit einer Theorie ausgewiesen zu sein. In einem wilden Aktionismus wurden Aktionen geplant, durchgeführt und nach deren Mißlingen wurden jene Scheintheorien, mit denen sie ausgewiesen waren, als falsch bezeichnet. In dieser Phase sind auch einige Genossen von den "Roten Garden" zu uns gekommen und haben eine "Theorie" für uns mitgebracht. Diese bestand in dem puristischen Ansatz, jegliche Aktion zu unterlassen und damit zu warten, bis wir ein theoretisch genügend hohes Niveau erreicht hätten, um Aktionen in den Rahmen einer revolutionären Theorie stellen zu können. Umgesetzt bedeutete das, daß die Gruppe aufgeteilt wurde in einzelne Kollektive, die damit anfingen, strategische Texte von Lenin zu lesen.

In diesen Bereich der Entwicklung fielen die ÜSTRA-Aktionen. Da wir derartig tief in der Theorie versunken waren, haben wir diese erst zu ihrem Schluß wahrgenommen. Wir waren auf Lehrlinge als die einzigen Adressaten fixiert und negierten, daß die Lehrlingsgruppe nur in einer sozialistischen Organisation sich revolutionär entfalten kann. Hier zeigte sich klar ein Teil der Bedürfnisse, aus denen heraus man sich in die Theorie zurückgezogen hatte. Zum Ende der ÜSTRA-Aktionen haben wir dann ein Flugblatt herausgegeben, in dem wir zu einer Diskussion mit Lehrlingen eingeladen hatten. Bei dieser Diskussion zeigte sich unser Verhältnis zur Praxis: wir haben es nicht gewagt, uns als sozialistische Gruppe zu bezeichnen, wir haben liberal einhergeschwätzt ob man nicht auch mit Lehrern diskutieren könne und daß 400 DM Lehrlingsgehalt doch nicht zuviel Geld für einen Lehrling sei.

Dieses Verhältnis zur Praxis stand im diametralen Widerspruch zu dem, was wir aus den Lenintexten gelernt haben müßten. In Anschluß an die ÜSTRA-Aktionen begannen wir dieses Verhältnis aufzuarbeiten und sind dadurch zu dem Stand der Gruppe gekommen, der im folgenden Artikel aufgezeigt wird. Es existieren aber trotzdem weiter die theoretischen Arbeitskreise, werden aber nicht mehr so sehr als die einzige Form der jetztzeitigen politischen Arbeit verstanden, sondern erhalten mehr und mehr instrumentellen Charakter. (Sicher sind in diesen Arbeitskreisen auch Bedürfnisse im emanzipatorischen Sinne enthalten. Ob aber diese Ansprüche überhaupt realistisch sind, bedarf noch einer genaueren Analyse).

Aus der Form unserer jetzigen Arbeit entstand der Anspruch auf ein gemeinsames Zentrum (dessen Notwendigkeit sich sowohl in der Desertionskampagne als auch in der Zusammenarbeit zwischen Lehrlingsgruppe und Schülergruppe während des Wirtschaftsgymnasium-Streiks zeigte).

Aktionsgruppe Hannoverscher Lehrlingen (AHL)

ZUR FREISPRECHUNGSKAMPAGNE DER AHL

Das Fiasko während der Deserteursaktionen, denen wir -in der Gruppe undiskutiert- als Einzelne ausgeliefert waren, weil wir sie im Verhältnis zu unserer Arbeit nicht bestimmen konnten, zwigte uns deutlich: unser selbstmitleidiger Rückzug auf die Lektüre strategischer Texte von Lenin nach den mißglückten Agitationsversuchen (;. Berufsschulkampagne, 1. Mai, Handelslehranstalt/ÜSTRA) hatten uns a) isoliert von sämtlichen Diskussionen und Aktivitäten der anderen "Linken" in Hannover, b) uns jeder Auseinandersetzung mit den Lehrlingen, die wir nach wie vor als Zielgruppe unserer Arbeit angaben, enthoben, c) die Altgenossen, deren theoretischen Bedürfnissen die Lenin-Lektüre entsprach, von den zunächst erst einmal an einer Analyse ihrer Lage interessierten neuen Kollegen, zumindest tendenziell, entfremdet.

Das Fehlen einer möglichst umfassenden Anglyse der Situation, in der sich die Lehrlinge in Betrieb, Berufsschule, Familie, Freizeit befinden, der Funktion der Berufsausbildung innerhalb des kapitalistischen Systems und des Stellenwerts von Lehrlingsarbeit in einer Perspektive der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung hatten dazu geführt, daß wir stategische Ansätze beliebig annahmen und nach kurzer Zeit verwarfen, daß wir selbst zwischen Euphorie und Resignation pendelten, daß unsere Arbeit unverbindlich, unsere Gruppe austauschbar waren.

Diese Selbstkritische Reflexion unserer Gruppenarbeit hatte zur Folge, daß neben die Lektüre der Klassiker verstärkt die Vorbereitung einer Berufsschulkampagne trat, deren aktueller Aufhänger die bevorstehenden Freisprechungsfeiern sein sollen.

Wir waren ausgegangen von der antiautoritären und defensiven Parole: die Freisprechungsfeier die Siegesfeier des Kapitals über die jungen Arbeiterinnen und Arbeiter. (Lehre wesentlich als Disziplinierung). Nachfolgend knüpften wir stärker als bisher an die materiellen Interessen ("mehr Geld"/"sicherer Arbeitsplatz") an. Diesen Interessen steht die altertümliche (Berufsschule/Handwerksbetrieb) oder spezialistische (Industrie) Berufsausbildung entgegen, weil das in sehr vielen Fällen Berufswechsel, Noch-mal-Lernen, Einbußen an Mobilität, also Verlust von Geld, Sicherheit und Zeit bedeutet. Diese altertümliche Ausbildung entspricht nicht der Entwicklung der industriellen Produktivkräfte, wird aber von den Kapitalisten (einerseits) gegen ihre Interessen aufrechterhalten, weil sie mit dieser Lehre (andererseits) starke Disziplinierungen verbinden und sie ohnehin nur an kurzfristigen hohen Profiten interessiert sind.

Unsere Agitation vor den Berufsschulen muß drei verschiedene Ebenen enthalten: a) die Forderung nach einer modernen Berufsausbildung. Diese Agitation sollte Modelle aufnehmen, die der progressiven Tendenz kapitalistischer Produktionsweise angemessen sind, aber noch über diese hinausweisen. Fachliche Inhalte der Berufsausbildung müssen von den Betroffenen selbst in Kooperation mit "Fachleuten" in der Berufsschulzeit kritisch ü überprüft werden, anstelle des altertümlichen und unützen Zeugs, das da jetzt gemacht wird. b) Zugleich müssen Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsbereiche zunächst angegeben und dann (zumindest) partiell erkämpft werden. Im Kampf gegen die Disziplinierungsfunktion der Lehre und für eine Demokratisierung der Berufsschule und Revision der Inahlte lassen sich einerseits begrenzte Erfolge erzielen, andererseits werden die Grenzen sichtbar, an die solche in ihrer Verbindung systemsprengenden Forderungen im Kapitalismus stoßen. (Und daß man diese Grenzen nicht mit Berufsschul- und Lehrlingsarbeit allein überwinden kann). c) Kritik an DGB und SDAJ, die zwar ein modernes Berufsausbildungsgesetz fordern, aber durch ihre reformistische Praxis zu Agenten des Kapitals werden.

Die Kampagne, die sich zunächst über mehrere Wochen erstrecken wird, soll so flexibel sein, daß sich in Flugblättern, improvisierten teachins nach der Schule, eventuell in einer Agitationsbroschüre neu auftretende oder bekanntgewordene Konflikte aufnehmen und verarbeiten lassen. Ziel der Kampagne ist zunächst: durch Verbreitung von Informationen über die Berufsausbildung, durch Propagierung von Forderungen, die zwar einsichtig, in diesem System aber nicht realisierbar sind, durch Entwicklung und Propagierung von selbständigen Arbeitsformen und Taktiken eine relevante Zahl von Lehrlingen in den Stand zu setzen, den Berufsschulunterricht umzufunktionieren, konkrete Gegenpläne für ihre fachliche Ausbildung zu entwerfen und über die Wege zur Durchsetzung dieser Forderungen zu diskutieren.

Die Arbeitsgruppe "Berufsausbildung" der AHL, die sich donnerstags um 19 Uhr im Raum 10 im Haus der Jugend trifft, wird zunächst die Aufgabe haben, weitere detaillierte Analysen zu erstellen, Ansätze zu fachlichen Gegenplänen zu entwerfen etc. Ferner soll sie allen neu hinzukommenden Lehrlingen, die zunächst vorrangig an ihrer Ausbildung interessiert sind, die Möglichkeit zur Mitarbeit geben.

WIR NEHMEN UNS UNSERE SCHULEN UND LERNEN DORT, WAS UNS NÜTZT!

(aus: INFO 1, Zentralorgan der sozialistischen Basis- und Projektgruppen)

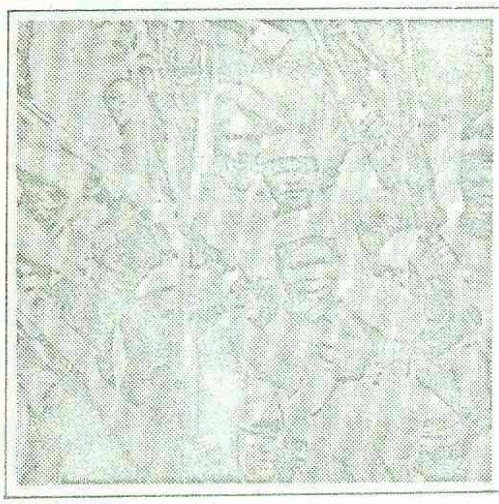
BÜCHER ÜBER DEN BV BÜCHER ÜBER DEN BV BÜCHER ÜBER DEN BV

*) jeweils ab 10 Expl. à 2,50 DM
ab 50 Expl. à 2,00 DM

Kuron-Modzelewski: Offener Brief an die Ver.Poln.Arbeiter-Partei
80 S., DinA 5, ab 20 Ex. nur gegen Nachnahme jeweils DM 1.50

*) Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften
ca. 100 S., DinA 5, ab 10 Ex. nur gegen Nachnahme jew.DM 3.-

Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution
ca. 100 S., DinA 5, ab 10 Ex. nur gegen Nachnahme jew.DM 3.-



DER REVOLUTIONÄRE BEFREIUNGSKRIEG in Angola, Guinea-Bissao und Mozambique

Projektgruppe Afrika im INFI Berlin

Oberbaumverlag
1 Berlin 21, Bundesratufer 1.

Org.Preis

(für Gruppen)

4.-DM

Die Projektgruppe Afrika im INFI, Berlin hat als grundlegendes Agitationsmaterial für die KAMPAGNE ZUR UNTERSTÜTZUNG DER REVOLUTIONÄREN BEFREIUNGSBEWEGUNGEN IN DEN PORTUGIESISCHEN KOLONIEN eine Broschüre geschrieben, die unter dem Titel 'Der revolutionäre Befreiungskrieg in Angola, Guinea-Bissao und Mozambique' im Oberbaumverlag, Berlin erschienen ist.

Gegenstand der Broschüre ist a) der Anachronismus des portugiesischen Kolonialsystems, b) die neokoloniale Ablösung des port. Ultra-Kolonialismus, c) Tradition, gegenwärtiger Stand und Perspektiven des revolutionären Befreiungskrieges. Die Broschüre reflektiert darüber hinaus unsere derzeitigen Möglichkeiten konkreter internationalistischer Praxis und versteht sich als vorbereitendes Material zur Entfaltung einer umfassenden Kampagne gegen den BRD-Imperialismus ('Zerschlagt die Entwicklungshilfe').

Um zu gewährleisten, daß diese Broschüre nicht zur Reproduktion eines sich durch konterrevolutionäre Preisgestaltung auszeichnenden 'linken' Verlagswesens dient, sondern den Genossen, die den anti-imperialistischen Kampf praktisch führen, zu einem erschwinglichen Preis zugänglich ist, wird ein größerer Teil der Auflage als ORGANISATIONS-AUSGABE zum Preis von 4.-DM vertrieben.
Dieser Preis setzt sich aus 3.-DM Selbstkosten und 1.-DM für die revolutionären Befreiungsorganisationen MPLA, PAIGC und FRELIMO zusammen. (Die Selbstkosten liegen tatsächlich höher, wurden aber aus genanntem Grund 'politisch' kalkuliert, was zur Voraussetzung hat, daß 1. die Projektgruppe auf alle 'Honoraransprüche' verzichtete und 2. die Org.Ausgabe durch die Buchhandelsauflage mitfinanziert wird.)
Die Broschüre (148 S.) wird im bürgerlichen Buchhandel für 7.-DM und selbst in den 'politischen Buchläden' für 5.50 DM verkauft werden. Individuen verweisen wir auf diese Möglichkeiten.

Um aber allen arbeitenden Gruppen die Broschüre zum Org.Preis zugänglich zu machen, hat die Projektgruppe Afrika den Vertrieb der Org.Ausgabe selbst übernommen.

\+ Alle Gruppen, die Exemplare der Org.Ausgabe beziehen möchten,
\+ wenden sich bitte direkt an die 'Projektgruppe Afrika im INFI
\+ c/o Wolfgang Schwiedrzik 1 Berlin 21, Stephanstraße 25

*) Mindestabnahme 5 Exemplare, Porto zu Lasten d. Empfänger

KARLSRUHE: Ein Progrom...

Am 28.März 1969, dem 98. Jahrestag der Pariser Kommune, wurde im Basler Torturm in Karlsruhe-Durlach ein antiautoritäres Jugendheim Roter Turm gegründet. Zuvor war es Heim der Deutschen Jungenschaft e.V. einer Gruppierung der linksbürgerlichen Jugendbewegung, gewesen, die sich im Prozeß der antiautoritären Bewegung politisiert hatte. Dem AAJ Roter Turm schlossen sich innerhalb von zwei Monaten über 150 Lehrlinge, Schüler, Jungarbeiter und einzelne Studenten an, die radikaldemokratische Aufklärungsarbeit im Karlsruher Raum betrieben (Agitation gegen reaktionäre Jugendpflege, gegen den numerus clausus, Ordnungsrecht, repressive Sexualerziehung, gegen die Kommunalpolitik der herrschenden Cliquen). Diese Politik, die sozialistische Ideen verbreitete, war für die Stadtverwaltung Karlsruhe der Grund, den Mietvertrag zu kündigen. Nach bewährtem Gleichschaltungsmuster wurden formalrechtliche Anlässe gesucht und gefunden (Verstoß gegen Mietvertrag, Jugend"schutz"bestimmungen, - es hatte nicht ausbleiben können, daß der Rote Turm verfolgten Jugendlichen Schutz gewährt hatte). Eine konformistische Jugendgruppe sollte das Domizil übernehmen.
Diesem Gleichschaltungsmuster entsprach das Interesse der Karlsruher Stadtverwaltung, die Sache auf administrativem Weg zu regeln. Der Rote Turm versuchte sich gegen die konzertierte Aktion der Bürokraten durch Teach-ins, Flugblätter etc. zu wehren. Um dem Roten Turm diesen Weg abzuschneiden, wurde die Urteilsverkündung im Mietprozeß stillschweigend vier Tage vorverlegt (drei Stunden vor der Urteilsverkündung wurde der Tübinger Rechtsvertreter des RT erst benachrichtigt). Die darüber nicht informierten Rote-Turm-Genossen zogen am 27.Mai 1969 vor das Amtsgericht Durlach. Als ihnen klar wurde, daß sie verschaukelt worden waren, als sich der Richter um die Rechtfertigung drückte, beschlossen sie Widerstandsaktionen: nachdem sie von der Polizei aus dem Amtsgericht vertrieben worden waren, veranstalteten sie auf dem Marktplatz ein Teach-in, auf dem sie ihre Widerstandsmaßnahmen öffentlich zu begründen versuchten. Der Durlacher Stadtamtsleiter Baschin (SPD) weigerte sich, mit ihnen zu diskutieren. Daraufhin wurde das Jugendamt, das maßgeblich an der Kündigung beteiligt war und die Einweisung der Rote-Turm-Jugend in Erziehungsanstalten plante, besetzt und die Jugendamtsakten aus dem Rathausfenster Geworfen.
Die sofort eingreifende Polizei vollführte Menschenjagden durch die Durlacher Straßen, bei denen die Bullen die Jugendlichen mit gezogener Pistole in die Hände der 'Bürgerwehr' trieb. Viele Jugendliche wurden auf die brutalste Weise mißhandelt (Tritte in die Genitalien, Faustheibe, Schläge mit Krückstöcken; ein Jugendlicher trug einen Leistenbruch davon. Die Polizei bezeichnete in allen Fällen die Jugendlichen als die Urheber der Prügeleien). Bereits in der Nacht zuvor hatten sich die Rote-Turm-Genossen gegen die geplante Liquidation durch die herrschenden Cliquen mit Schmieraktionen an öffentlichen Gebäuden gewehrt. U.a. wurde das Freibad Durlach in 'Rotes-Turm-Bad, Eintritt frei' umbenannt u und das Bundesverfassungsgericht mit aufklärerischen Parolen versehen.
Die Karlsruher NPD hatte den Roten Turm schon seit geraumer Zeit propagandistisch bekämpft. Um ihr Stimmenreservoir in Durlach (14%) weiter anzuheben, hatten vier ihrer Landtagsabgeordneten eine Rollkommandoaktion gegen den Turm gestartet, Jugendliche zusammengeschlegen und die rote Fahne zeitweilig heruntergeholt (22.April 69). Dem NPD-Überfall folgten heimtückische Einzelaktionen Durlacher Faschisten: 15 Schüsse auf ein Turmfenster bzw. auf die nach den Kleinkaliberschützen suchenden Genossen, Anzünden der Eingangstür und nächtliche Überfälle von BMW 2000 Insassen auf (einzelne und schmächtige) Langhaarige (8.Mai 23.Mai, 27.Mai). Hauptkampfrichtung der NPD: Diskreditierung der SPD-Kommunalverwaltung, Vorwurf der "Schlappheit".
Aus Angst vor einer Wahlschlappe, aus Angst vor Stimmengewinnen der NPD

beschloß die städtische Exekutive stark zu spielen, den windungsreichen Weg der Räumungsklage zu verlassen - das Urteil in der Räumungsklage hatte zwei Monate Räumungsfrist gewährt - und mit einer polizeilichen Sofortmaßmahme die Schließung des Turms zuberzwingen. Im Nachhinein erweist sivh, daß das am 28,Mai polizeilich verfügte Benutzungsverbot für den Basler Turm nicht etwa Antwort auf die Rathausaktion am 27.Mai, sondern Vorbeugemaßnahme war. Eine gegen das AAJ Roter Turm angesetzte Veranstaltung der NPD in der gleichen Woche sollte zur Massenmobilisierung und Massenaktion führen.
Bevor die Begründung für das Benutzungsverbot fertig war und den Roten-Turm-Genossen zugestellt werden konnte, zog schon die Polizei vor dem Turm auf, die aber noch nicht recht wußte, was sie machen sollte: der der Turmeingang war zu klein für dicke Bullen. Der Aufzug der Polizei schaffte die Rückendeckung für den Aufmarsch der NPD-Schläger (als Zuschauer waren auch Werkschutzleute eines Durlacher Betriebes anwesend). Am 27.Mai kam es zu einem Auflauf von ca. 300 Leuten vor dem RT. Von einzelnen mitgebracht wurden Leitern, Pflastersteine, Flegel, Fahrradketten, Benzinflaschen, Tränengas, Sprengstoff, aus der Karlsruher Altstadt bestellt, traf zu spät ein. Nachdem der erste Angsturm abgewehrt war, bildeten sich spontan Diskussionsgruppen, die sich auf verbale Aggression gegen die Leute, die für den RT agitierten, beschränkte. Wenn sich aber RT-Genossen aus diesen Gruppen hinauswagten, wurden sie von einzelnen, mit Autos angerückten Schlägergruppen niedergeschlagen. Sieben von 15 Niedergeschlagenen mußten zu stationärer Behandlung ins Krankenhaus eingeliefert werden, einer wurde an einer Straßenecke in seinem Blut liegend aufgefunden: er war von Messerstichen in die Halsschlagader getroffen worden. Aus Furcht, von den Aggressivsten der Menge zusammengeschlagen zu werden, identifizierten sich einzelne Polizisten mit dem Pogromziel, entschuldigten ihre Zurückhaltung gegenüber den tätlichen Angriffen auf die RT-Jugend mit dem Hinweis auf die Dienstverordnung: "Wir möchten die da oben ja auch gern zusammenhauen, aber wir dürfen nicht." Für die Turmverteidiger war die Situation sehr gefährlich. Einzelne Schlägertrupps zogen sogar ab, um Verstärkung zu holen und sich mit den notwendigen Materialien zu versehen. Sie sagten:"Morgen wird nicht gearbeitet, sondern gekämpft." Durch die Unentschlossenheit der Staatsgewalt bedingt, klappte die Organisierung konterrevolutionärer Massen nicht. Es passierte im Gegenteil etwas sehr bezeichnendes:
Nachdem sich gegen vier Uhr nachts (28.Mai) die Menge verlaufen hatte, machten die Anführer der zurückgebliebenen Jugendlichengruppen den RT-Genossen das Angebot einer Turmdiskussion. Die Genossen erkannten die politischen Möglichkeiten eines derartigen Gesprächs und führten mit der gegnerischen Gruppe, nachdem ein gegenseitiger Adressenaustausch die tatsächliche Gesprächsbereitschaft bekräftigt hatte, eine bis in den frühen Morgen dauernde Diskussion über Arbeit und Ziele des Roten Turms (Rote Fahne als Symbol des Sozialismus, sexuelle Betätigung von Jugendlichen, Machenschaften des Jugendamts, Widerstand gegen die herrschende Klasse). Der RT versuchte den Gästen klarzumachen, daß die Schüler- und Arbeiterjugend nicht gegeneinander, sondern miteinander gegen die herrschende Klasse kämpfen muß, um die dringend erforderliche Veränderung der Gesellschaft durchzusetzen.
Am Mittwoch, 28.5., hatte die Stadtverwaltung Karlsruhe endlich ihr Benutzungsverbot zu Papier gebracht. Die Bürokraten hatten eine Nacht Bürgerkriegsängste erlebt und hatten gelernt, daß die Polizei unter dem Vorzeichen der "Schutz"truppe aufzustellen war - man karrte einige Sperrgitter an - wenn man dem Verdacht begegnen wollte, mit der NPD zusammenzuarbeiten. 110 Mann Bereitschaftspolizei war zur Stelle. Im Roten Turm waren zu dieser Zeit noch fünf Genossen zurückgeblieben, die eine Besetzung vortäuschten (vier von ihnen verließen den Turm gleich zu Beginn der Polizeibelagerung unbemerkt durch einen geheimen Ausgang). Ein tapferer 16-jähriger Genosse verblieb freiwillig im Turm, um "aufzuräumen".
Die versprengten Roten-Turm-Genossen hatten es schwer, sich wieder zu sammeln, Sie wurden von Durlacher Faschisten von Lokal zu Lokal verfolgt.

Eine vorläufig konsolidierende MV konnte erst am nächsten Tag auf dem TU-Gelände abgehalten werden.
Die Angst vor dem "Bürgerkrieg in Durlach" (d.h. aber schon wesentlich dem zerfallenden Pogrom und der Unkontrollierbarkeit der Massenbewegung) veranlaßte die Behörden, einen beschwichtigenden Kurs einzuschlagen. Vorausschauend duckten sie sich auch vor Vorwürfen der liberalen Öffentlichkeit. (Ein Kommentar der Stuttgarter Zeitung vom 29.5. meinte: "Daß die Stadtverwaltung die Polizei gegen den Roten Turm eingesetzt-statt gegen die NPD-Schläger - muß außerordentlich bedauert werden. Dieses Verhalten enthüllt die übliche Distanzierung von der NPD als bloßes Wortgeklingel...").
Man gestattete den Genossen sogar, ihre wichtigsten Produktionsmittel aus dem Turm herauszuholen.
Zwar war die MV auf dem TU-Gelände am 29.5. noch durch Angst bestimmt, und führte deshalb noch zu ersten defensiven Maßnahmen, wie Schlafplätze und Essenbesorgen für die obdachlosen Genossen (die z.T. von der Polizei gesucht wurden). Die ersten Ansätze zu einer weiterführenden politischen Arbeit entstanden durch die Initiative von fünf Genossen, die "unbewaffnet" die wichtigste gegnerische Jugendgruppe aufsuchten. Es gab Diskussionen über Bärte, Ficken und Kapitalisten, während denen sich die Anführer der Gruppe mit den RT-Genossen durch Praxis solidarisierten: sie zogen plötzlich los, um die gegen das AAJ Roter Turm gerichtete NPD-Versammlung (Do.29.5.) zu sprengen. Die labile und bloß teilweise Solidarisierung drückte sich freilich nicht nur darin aus, daß es immer noch zu kleineren Schlägereien kam, sondern auch darin, daß die Überwindung von NPD-Ordnern und Polizeikette nicht gelang.

Der RT begriff sich als Freiraum. Er befriedigte unmittelbare Bedürfnisse nach repressionsgreier Kommunikation. Ihm schlossen sich Lehrlinge, Schüler, Studenten an, die es in den Disziplinierungsinstitutionen dieser Gesellschaft nicht mehr aushielten. Als Freiraum war er äußerst verletzlich, nur durch Mauern geschützt. Denn zur Befriedigung der praktisch-organisatorischen, politisch-kämpferischen Bedürfnisse der Genossen bot er nur allererste Ansätze. Fehler der Studentenbewegung wurden in ihm fortgeschleppt. Die Genossen blieben fixiert auf das Phänomen Faschismus, erklärten es abstrakt aus Sexualrepression und gaben sich der Hoffnung hin, es wäre möglich, es durch Aufklärung, "Vorleben von sexuell befriedigten Verhältnissen" und verbesserte Erziehung zum Verschwinden zu bringen.
Andererseits fanden entschlossene politische Aktionen statt, die nicht den Schatten, das Phänomen Faschismus, sondern die Herrschenden selber trafen. Die juristischen Liquidierungsversuche, die Machenschaften und Drohungen des Jugendamts machten deutlich, daß der wikliche Feind nicht Ideen - Vorurteile der Eltern und Erzieher - sind, sondern die Institutionen. Folgerichtig flogen die Akten des Jugendamts auf die Straße.
Durch diese Aktion wurden zwar die liberalen "Freunde" des Antiautoritären Jugendheims geschockt, gewonnen wurden aber die ersten wirklichen Verbünd ten.
Die Liberalen stellen Faschismus als ein Gedankengespinst dar, das sie bedroht, indem es zu parlamentarischer Macht drängt. Wer aber die Begründung für das polizeiliche Benutzungsverbot mit dem NPD-Flugblatt an die Durlacher Bürger verglich, begriff, daß sämtliche Verfolgungsphantasien und Wahnvorstellungen der Faschisten nicht Gespinste sind, sondern "GELTENDES RECHT! Die Liberalen bemühen sich, die Revolutionäre auf dem Weg von Recht und Ordnung zu halten, indem sie die Radikalisierung der Rechten als Folge der Radikalisierung der Linken hinstellen. Das polizeiliche Benutzungsverbot war aber alles andere als eine Reaktion der Stadtverwaltung auf die Jugendamtsbesetzung. Die schnellste Liquidierung des RT war bereits vorher beschlossene Sache. Am Dienstag wurde eine NPD-Veranstaltung gegen den RT verboten, am Freitag gestattet. Dazwischen wollte man selbst reinen Tisch machen. Die NPD-Veranstaltung wurde nicht untersagt, um der Hetze gegen die Sexualverbrecher vom RT den Wind aus den Segeln zu nehmen, sondern um den Bürgern die Flüche gegen die Stadtverwaltung im Halse stecken bleiben zu lassen. In der Konkurrenz um Wählerstimmen,

in der Angst vor Wahlerfolgen der NPD, offenbartsich gerade die Verschworenheit von Neofaschismus und den herrschenden Bürokraten und Parteien. Etablierung der NPD ist den Herrschenden darum gefährlich, weil sie allzu offen über die Intention ihrer Gesetze und Verfügungen Auskunft gibt. So wie die Faschisten auf friedlichem Weg, - ohne den bestehenden Herrschaftsapparat zu tangieren - an die Macht kommen wollen, so versuchen die Herrschenden diese Machtergreifung zu verhindern, indem sie die Faschisten überbieten.

Den Genossen war dieses Verhältnis allgemein bekannt; sie konnten es in Karlsruhe praktisch funktionieren sehen. Faschistisches Potential kann sich von sich aus nicht organisieren. Stabile Selbstorganisation und Faschismus schließen einander aus. Das faschistische Organisations"skelett" ist das der bestehenden Institutionen. Der Faschismus kann sich nur in ein gemachtes Bett legen: Signal des Pogroms auf den Roten Turm war nicht die Initiative einer NPD-Rotte, sondern der Aufmarsch der Polizei. Gerade dort, wo sich in der pogromhaften Massenmobilisierung Ansätze zur Selbstorganisation zeigten - im Vorgehen der konterengagierten Jugendgruppen - zerfiel das Pogrom, besser: zeigte es Ambivalenz, zeigte es Ansätze, sich gegen die Herrschenden selbst zu richten. Es fand die nächtliche Diskussion der antiautoritären mit der autoritären Jugendgruppe statt. Darüberhinaus erhielt die NPD auf ihrer Hetzveranstaltung eine Schlappe. Als ihre Redner die abscheulichste Verleumdung aus dem polizeilichen Bebutzungsverbot landen wollten, daß nämlich Turmmitglieder einen achtjährigen Jungen tyrannisiert hätten, machtebdie Versammlung nicht mehr mit. Es gab minutenlangen Beifall, als einer aufstand und sagte: "Jetzt reicht's uns, diese Information habt ihr von der Kripo!"

Die Karlsruher Genossen haben ihre falsche Politik des ungeschützten Freiraumes praktisch zu kritisieren begonnen, indem sie sich vom Pogrom nicht einschüchtern ließen und mit gezielten propagandistischen Aktionen nach Durlach zurückkehrten (Flugblattverteilung, Teach-in im gleichen Saal wie die NPD). Zu Bündnissen wurden sie dadurch fähig, weil sie das zeitweilige Konterengagement von Jugendgruppen richtig zu deuten verstanden: "Die waren halt ein bißchen neidisch, weil wir die Jugendamtaktion gemacht haben und nicht sie, wo sie doch genau so vom Erziehungsheim bedroht sind wie wir." Bisher hatten sie nur die sexuellen Verdrängungen der Massen zu begreifen und aufzuheben versucht, nicht aber die politischen. Es war völlig außerhalb des Gesichtsfeldes des RT geblieben, daß Durlach 1930 bis 1933 zu 50% KPD wählte. Die RT-Genossen hatten den hohen NPD-Anteil in Durlach nicht aus der Klassenniederlage, sondern sozialpsychologisch erklärt, sie hatten die unpolitische Militanz der selbstorganisierten Arbeiterjugend nicht aus der Lage der arbeitenden Klasse begriffen: daß unpolitische Militanz in Familien entstehen muß, in denen Enttäuschung und Scham über die Klassenniederlage zum Schweigen über jede politische Erfahrung führt, und zur "Identifikation mit dem Aggressor".

Als Antwort auf das Pogrom wurden morgens massenhaft Flugblätter vor Betrieben verteilt. Die Reaktionen waren freundlich, neutral, selten offensiv. Freilich wurde zugleich die Erfahrung gemacht, daß aus den Funken in der Sozialisationssphäre nicht der Steppenbrand in der Produktionssphäre entstehen kann. Zumal der Ansatz mit der antiautoritären Jugendarbeit nur einer von vielen Ansätzen in der Sozialisationssphäre (Kinderläden etc.) ist. Die Herrschenden haben die Interessen der Jungen und der älteren Arbeiter genauso schlau gegeneinander ausgespielt, den Generationskonflikt genauso durchtrieben zu einem ihrer Herrschaftsmittel gemacht, wie die Gegensätze von deutschen und ausländischen Arbeitern: das Betriebsflugblatt des RT wurde mit Interesse zur Kenntnis genommen, aber zum Arbeiter-Teach-in erschienen nur die Jungen.

Der Beginn der Betriebsarbeit in Karlsruhe wird davon abhängen, ob in der Sozialisationssphäre die Kader, die diese Arbeit zu leisten im Stande sind, herangebildet werden.

Arbeitskollektiv aus dem Faschismus-Seminar Tübingen

Aus: Rote Notizen, Tübingen, AStA

54

STUTTGART: Erziehungsheime

GESELLSCHAFTLICHE FUNKTION DES ERZIEHUNGSHEIMES

Die Projektgruppe Kritisches Jugendwohnheim hat in Zusammenarbeit mit der Lehrlingsbasisgruppe des SDS Stuttgart dieses Arbeitspapier als Resultat mehrerer Diskussionen geschaffen.

1) Aufgaben des Erziehungsheimes

Die Gesellschaft des Spätkapitalismus hat ein elementares Interesse daran, ihre sozialen Randgruppen einzugliedern. Wenn dies nicht auf normalem Wege möglich ist, übernimmt der Staat durch seine Fürsorgeinstitutionen diese Aufgabe. Den betreffenden Eltern wird das Sorgerecht über ihre Kinder entzogen, diese kommen in ein Heim. In diesen Heimen werden sie durch die Aussicht auf eine spätere "Freiheit" zur Anpassung gezwungen. Missglückt diese Anpassung, werden die "erzieherischen Hilfen" verstärkt (geschlossene Anstalten, Arbeitshäuser usw.). Es soll ein Resozialisierungsprozess, d. h. ein Prozess zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft, stattfinden, der die Aufgabe hat mögliche gesellschaftliche Konflikte auszuschalten und den Heimbewohner zu einem "nützlichen" Mitglied der Gesellschaft zu machen, das sich in ihren Zwängen willig unterordnet.

2) Strukturen des Erziehungsheimes

Um nun diesen Aufgaben gerecht zu werden, ist das Heim eine Wiederspiegelung gesellschaftlicher Verhältnisse. Es ist hierarchisch gegliedert und vorhandene Freiheiten sind nur scheinbar. Die jeweils untere Stufe ist von der jeweils höheren abhängig (die Heimbewohner von den Erziehern, die Erzieher von dem Heimleiter, dieser vom Träger des Hauses und der von staatlichen Zuschüssen).

3) Ideologie des Erziehungsheimes.

In der Familie werden die Zwänge durch die vorhandenen moralischen Vorstellungen (Ehrfurcht vor den Eltern, Familie als naturgewollte Einheit usw. als unabänderlich hingenommen. Diese nicht rational, d.h. vernünftig, erklärbaren Regeln nennt man einen Überbau. Um den Resozialisierungsprozess zu garantieren, wird dieser Überbau auf das Heim projiziert, d.h. es wird eine große Familiengemeinschaft angestrebt. Damit wird versucht, den größtmöglichen Einfluß auf die Heimbewohner auszuüben. Gelingt es nicht diesen Vorgang durchzuführen, so werden manifeste, d.h. sichtbare Methoden der Unterdrückung angewandt (Taschengeldentzug, Ausgangssperre, Ordnungsdienst usw.). Unter dem Deckmantel der "erzieherischen Hilfen" findet eine totale Reglementierung statt. Durch totale Kontrollmöglichkeiten besteht kein privater Bereich (festgesetzte Ausgangszeiten, unbeschränkte Kontrollierbarkeit der Zimmer und Schränke). Alle Ansätze zur Entwicklung einer Eigenständigkeit werden unterdrückt (Ausgestaltung der Zimmer nur im Einvernehmen mit dem Gruppenleiter).

4) Möglichkeiten diesen Unterdrückungsmechanismen im Heim zu entrinnen

Es muß eine Selbständigkeit der Gruppen erreicht werden. Die jeweiligen Formen des Zusammenlebens sollen von diesen Gruppen selbst bestimmt werden. Um die Beweglichkeit der Formen zu erhalten, muß ein ständiger Erfahrungsaustausch stattfinden. Dabei findet der Erzieher zu seiner ursprünglichen Bedeutung, der des Partners, wieder zurück. Verantwortung bedeutet für ihn dann nicht mehr Verantwortung gegenüber einer vorgesetzten Institution, sondern nur noch Verantwortung dem zu Erziehenden gegenüber. Nur wenn die Gruppe selbständig werden, werden es auch die Einzelnen, d.h. sie sind in der Lage ihre wahren Bedürfnisse zu finden und danach zu handeln. Wenn sie ein eigenes Bewußtsein entwickeln, werden sie in der Lage sein, die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Veränderung zu erkennen, d.h. ein revolutionäres Bewußtsein zu erlangen.

aus: Info Nr. 1
Lehrlingsbasisgr. SDS Stuttgart

FRANKFURT: BASISGRUPPE NORDEND

Aus SC-INFO 6 (Auszug)
6 Frankfurt 1
Postfach 2441 55

Jugendheime

Aufgrund der Erfahrungen der Basisgruppe Bornheim im Jugendheim gingen wir durchaus nicht mehr mit Illusionen in das Jugendheim Eschersheim, - so als würden wir im Handstreich das ganze Jugendheim politisieren können. Noch exotischen Randgruppentheorien verhaftet, fixierten wir uns primär an die Rockergruppe, die etwa 8 bis 1o, meist arbeitsverweigernde, mehr oder weniger vorbestrafte Jugendliche umfaßt. Durch unverbindliche Diskussionen, in denen wir an deren unmittelbaren Erfahrungen, Erlebnissen und Bedürfnissen anknüpften, um diese verbal auf den Begriff zu bringen, gelang es uns, sowohl bei den Rockern als auch bei uns Lernprozesse zu initiieren. Die Aussicht auf lebenslange Zwangsarbeit, die scheinbare Unmöglichkeit, den Zirkelschluß Herrschaft und Unterdrückung zu durchbrechen, die repressiven Sozialisationsbedingungen, gleichzeitig aber die sinnliche Anschauung der Möglichkeiten dieser Gesellschaft, die ihnen verweigert werden, aktiviert diese Jugendlichen zu blinden Ersatzreaktionen ("wir tun, was wir wollen und kümmern uns einen Scheiß um die Meinung der Scheißbürger"). Die mehr oder weniger unreflektierte Durchbrechung gesellschaftlich institutionalisierter Normen ist der praktische Ausdruck einer Bewußtseinslage, die sich nicht auf kleinbürgerliche Empörung einläßt, sondern kompromißlos bereits die Tauschwertideologie negiert, indem die Jugendlichen sich das holen, was sie brauchen. Konstitutives Moment der Ersatzraktionen ist die Erfahrung der politischen Machtlosigkeit, die kompensiert wird in nächtlichen Orgien und Aggressionsabfuhr, die den Unterdrückungszusammenhang vergessen lassen; vielmehr wird dadurch die Gruppe tendenziell als Subjekt der Bedürfnisbefriedigung strukturiert. Das bereits ansatzweise kollektive Bewußtsein ("Ich gehe in eine Clique, die hält zusammen") ist die Reaktion auf die Individualisierung am Arbeitsplatz und Wohnort und erfüllt gerade für die unverdinglichte Abfuhr der im Betrieb oder zu Hause angestauten Aggressionen zwei wichtige Funktionen: 1. erfüllt die Gruppenstruktur wichtige kommunikative Aufgaben, was allerdings oft nicht ohne autoritäres Gefälle vonstatten geht, und 2. ist sie der notwendige Rahmen für die Entfaltung gesellschaftlich Entmachteter und durch gesellschaftliche Zwänge deformierter Individuen: "Wir wollen frei sein von allem". Voraussetzung für die gemeinsame Arbeit mit den Jugendlichen im Heim war zunächst die Diskussion über die Ressentiments gegen Schüler und Studenten, wobei festzustellen war, daß diese vor allem an zwei Punkten auftauchen:
Einerseits das große Mißtrauen gegen Oberschüler und Studenten als die Herrensöhnchen, die Snobs, als diejenigen, die früher oder später ihnen die Befehle geben werden und für die sie arbeiten werden müssen;
andererseits der unverhohlene Vorwurf der Feigheit bei Auseinandersetzungen mit der Polizei.
Zugleich aber war auffallend das große Vertrauen in die Kompromißlosigkeit der Studenten, die sich auf kein Gemauschel und faule Abmachungen einlassen, sondern ihre Interessen praktisch in eigene Regie nehmen.
Das Bewußtsein der Jungarbeiter ist nicht so sehr gewerkschaftlich im Sinne des "Kampfes um Lohnerhöhungen", da sie sehr wohl erkennen, daß diese an ihrer grunsätzlichen Stellung im Betrieb nichts ändern, sondern politisch im Sinnve von Opposition gegen Herrschaftsstrukturen, wobei allerdings die resignative nutzt-ja-doch-nichts-Ideologie die Widerstandspraxis blockiert. Diese Rationalisierungsbarriere ist durch verbale Aufklärung nicht zu durchbrechen, sondern allein durch konfliktgebundene Aktionen, in denen die Macht kollektiver Aktionen und Solidarität sinnlich erfahrbar sich dokumentiert.
Die Tatsache, daß die Diskussionen im Jugendhaus bis jetzt ohne organisatorische Wendung blieben und wir im Grunde über die Phase persönlicher Kumpanei, die uns langsam in eine Sozialfürsorgerolle drängt, nicht hinausgekommen sind, definiert unsere weitere Strategie.
Um die Justizkampagne aus der Universität herauszutragen und gleichzeitig anhand des gesellschaftlich bedingten Begriffs der Kriminalität bei den Jugendlichen exemplarische Lernprozesse zu motivieren, werden wir die Ver-

fahren, die gegen verschiedene Jugendliche eingeleitet sind (Autodiebstahl, Körperverletzung, Nötigung zur Unzucht), dahingehend politisieren, daß wir in gemeinsamer und damit auch organisatorisch wendbarer Arbeit die Prozesse politisch vorbereiten, die Prozesse selber durch eine sozialpsychologische Argumentation über die Sozialisationsbedingungen und die sogenannten "Milieuschäden" transformieren in Anklagen gegen die Gesellschaft, deren Opfer durch Sanktionen wieder funktional dressiert werden sollen. Gleichzeitig werden wir die Prozesse vermitteln zur Produktionsfabrik juristischer Fachidioten, indem die Jugendlicher selber in die juristischen Vorlesungen gehen und dort ihre Situation schildern: Rocker mobilisieren Studenten.

Um das Jugendheim, das als Kommunikationszentrale eine nicht zu unterschätzende Funktion für die Jugendlichen hat, langfristig zum Aktions- und Projektionszentrum zu funktionalisieren, werden wir in unserer weiteren Arbeit verstärkt politische Kampagnen durchführen müssen, die praktisch-militant umsetzbar sind:

zum ersten haben wir vor, Agit-Prop-Filme (beispielsweise über die Mai-Revolte) vorzuführen, die spektakulär das Phänomen politischer und revolutionärer Gewalt zeigen;

zum zweiten planen wir einen Arbeitskreis im Jugendheim über Lehrlingsausbildung, dessen praktische Funktion nicht der Kampf um eine bessere Berfusausbildung sein kann, sondern der ansetzt an konkreten Konflikten im Betrieb, die gemeinsam systematisiert werden zur Analyse von Herrschaftsstrukturen. Die praktische Konsequenz dieses Arbeitskreises wäre Mobilisationsarbeit bei MESSER GRIESHEIM (wo bereits eine Lehrlingsgruppe besteht) und bei VDO und VDM, außerdem eine Berufsschülerkampagne durch Flugschriften, Agitationsmaterial und Aktionen;

zum dritten eine Anti-Bundeswehr-Kampagne, durch die wahrscheinlich kurzfristig nichts anderes erreichbar ist als eine Mobilisation zur Kriegsdienstverweigerung;

zum vierten ein Arbeitskreis über Parteiprogramme und Parlamentarismus gemäß dem Bedürfnis mehrerer Jugendlicher, die mobilisiert wurden durch die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der bundesrepublikanischen Gesellschaft; ein Arbeitskreis, der praktisch wendbar wäre in Wahlkampfaktionen.

Frankfurt:
Aus: ASTA-info 5
Juli 1969

Kampf dem Heimterror!

Am vorigen Samstag fand im Erziehungsheim Staffelberg bei Biedenkopf eine Aktion von ehemaligen Fürsorgezöglingen, Frankfurter Lehrlingsgruppen und SDS-Studenten statt. In Staffelberg wurde ein Flugblatt verteilt, in dem unter anderem folgendes stand:

„Wir haben diese Aktion vorbereitet, weil wir den Erziehungsterror in den Heimen Staffelberg, Wabern, Freistadt, Treysa, Bergamor, Rengshausen am Leib erfahren haben und von ihm bedroht sind. Unsere Wärter, die sich Erzieher nennen, quatschen uns täglich vor, es sei unsere Schuld, daß wir ins Heim gekommen sind. Aber wir haben begriffen, daß wir dort hinkommen mußten, weil wir nicht einmal die Chance hatten, eine sogenannte ordentliche Ausbildung zu haben, die uns bestenfalls zu Handlangern derjenigen gemacht hätte, die Gesetze so machen, daß sie in ihrem Sinne bestimmen können, was kriminell ist. Das Verhalten, mit dem man es draußen zu etwas bringen kann, nämlich Arschkriecherei und Duckmäuserei, soll uns hier mit brutalem Zwang eingebleut werden. Die ordentlichen Biedenköpfer sähen uns natürlich am liebsten hinter Mauern, weil sie Angst haben um ihr bißchen Dreck, das sie besitzen, und weil sie jemanden brauchen, der beschissener dran ist als sie. Aus unserer Lage helfen uns auch nicht die Änderungsvorschläge irgendwelcher „fortschrittlicher" Verwaltungshengste, die bestenfalls dazu führen, daß einige von uns über die Formen unserer Unterdrückung mitbestimmen dürfen. Wirkliche Veränderungen unserer Lage werden uns nicht von oben zugestanden. Wir müssen sie uns erkämpfen! Darum ist die Aktion Staffelberg der Beginn einer Offensive, die sich gegen den gesamten Erziehungsterror richtet.

Nach dieser Aktion ist in Staffelberg der Karzer bis auf einen abgeschafft worden. „Den werden wir aber auch noch abschaffen!" Im ersten Schreck haben in Staffelberg die Erzieher und Heimverwaltung

einige Zugeständnisse gemacht:
- kein Taschengeldentzug mehr
- jeder darf sich die Haare so wachsen lassen, wie er will
- keine Ausgangssperre mehr
- keine Prügelstrafe mehr
- ab 1970 soll das Taschengeld auf 20 bis 25 DM erhöht werden

Das ist uns aber zuwenig!

Wir haben gerade deshalb in Staffelberg angefangen, weil es als eines der modernsten Heime in Deutschland gilt.
Wir wenden uns jetzt an euch, weil wir wissen, daß die Zustände in anderen Heimen noch beschissener sind. Wir haben in Staffelberg gesehen, daß den Erziehern die Muffe saust, wenn man im Heim zusammenhält und wenn wir euch von außen unterstützen. Deshalb fordern wir für alle Erziehungsheime:

1. Für jede Arbeit tarifgerechte Bezahlung und gleiche Bezahlung von 100 DM für alle Lehrlinge.
2. Freien Heimaufenthalt: die kapitalistische Gesellschaft hat uns ins Erziehungsheim gebracht, der kapitalistische Staat soll also auch den Zwangsaufenthalt bezahlen!
3. Jeder soll seinen Beruf frei wählen und nicht so, wie die Erzieher es wollen. Fachgerechte Ausbildung des Ausbildungspersonals. Fachgerechte Ausstattung der Werkstätten.
4. Täglich nach Arbeitsende freien Ausgang.
5. Freien unkontrollierten Mädchen- beziehungsweise Jungenbesuch, damit wir nicht im Wald vögeln oder im Heim wichsen müssen. Es gibt ja auch die Pille.
6. Abschaffung der Prügelstrafe: schlagt gemeinsam zurück, wenn ihr geschlagen werdet.
7. Wir wollen Fernsehen schauen, wann und was und wie lange wir wollen. Freie Programmwahl.
8. Freie Kleidungswahl. Keine Futtköppe mehr: die Frisur geht nur uns was an.
9. Kontrolle des Heimrats über alle Entscheidungen der Erzieherkonferenz. 50 Prozent Jugendliche, 50 Prozent Erzieher — das ist nur die Übergangslösung.
10. Einsicht in die Akten über die Jugendlichen: wir wollen wissen, was mit uns passieren soll.
11. Freie Aussprache vor und über den Jugendlichen, daß er genau weiß, wie sein weiterer Lebensabschnitt im Heim aussieht!
12. Abschaffung des Hausputzes: wir verdienen durch unsere Arbeit genug Geld, daß Putzfrauen bezahlt werden können. Samstag und Sonntag wollen wir ausschlafen.
13. Abschaffung des Zuspruchs; statt dessen offene Sitzung des Heimrates; den Zeitpunkt bestimmt der Heimrat selbst.
14. Wir wollen nicht haben, daß die Erzieher unsere Briefe aufmachen, lesen und das Geld 'rausholen.

Alle diese Forderungen gelten natürlich für offene sowie für geschlossene Heime!
Die Erzieherkonferenz, die am Montag tagt, soll sich diese Forderungen hinter die Ohren schreiben. Wenn diese 14 Gebote nicht erfüllt werden, dann folgen unangekündigte Aktionen von den Heiminsassen und von uns, die wir draußen den Kampf gegen den Heimterror aufgenommen haben!
Wir werden den Kampf gegen den Heimterror nicht aufgeben — sondern verstärken!
Kämpft mit uns — wir halten zu euch!
Wenn ihr Angaben über die Zustände in eurem Heim machen wollt, wendet euch an AStA, 6 Frankfurt a. M., Jügelstraße 1, oder ruft Frankfurt 72 63 47 an!

Kampfgruppe ehemaliger Fürsorgegefangener

DIE AUSEINANDERSETZUNGEN IN DER KLÖCKNER-HÜTTE BREMEN - Bericht und Dokumentation über die Betriebsratswahlen, bei denen Gewerkschaftsmitglieder der Gruppe "Arbeiterpolitik" gegen die Gewerkschaftsliste gewannen, worauf Ausschlußverfahren eingeleitet wurden.

Für DM 2,-- von Günter Kuhlmann, Arbeiterpolitik, 28 Bremen-Huchting, Brügger Str. 14

FÜR EINE ROTE GEWERKSCHAFTSPOLITIK - Ein marxistisch-leninistischer Diskussionsbeitrag (Sonderdruck aus der ml-Zeitschrift 'Rebell').

Für DM 1.- von Reiner Strähle, 68 Mannheim, Zellerstr. 43

BERLIN: Zum POLITISCHEN BUCH

Mit der Gründung des Politischen Buchs in Berlin Anfang September 68 beabsichtigten wir folgendes zu erreichen:

1. Eine Kommunikations- und Informationszentrale zu schaffen, um die politische Diskussion und wichtige Texte der Genossen in einen weiteren Kreis zu tragen.

2. Die Einrichtung von Projektfonds zur Unterstützung linker Organisationen, Schüler- und Basisarbeit, Büchersendungen an politische Gefangene.

3. Die Ablösung des traditionellen Buchhandelssortiments durch politische Schriften und Agitationsmaterial.

4. Die Durchbrechung der gesetzlich vorgeschriebenen Preisbindungen; stattdessen folgende Preisstufen:

   a. Weitergabe von Schriften zum Selbstkostenpreis, die für die Arbeit der Gruppen notwendig sind (z.B. AStA-Schriften und Zeitungen, Gruppen- und BV-Infos)

   b. Verkauf von Büchern zum Selbstkosten- und Organisationspreis von linken Verlagen (Neue Kritik, Oberbaum, Trikont)

   Die von Gruppen geschriebenen Texte für Zielgruppen sollten an die Gruppen zum Selbstkostenpreis weitervermittelt werden (z.B. nk, Shop Stewarts Bände, Der Revolutionäre Befreiungskrieg)

   Für den einzelnen Genossen wäre die verbilligte Organisationsausgabe sämtlicher Bücher dieser Verlage zu vertreiben.

   c. Verkauf von Büchern der bürgerlichen Verlage zum vorgeschriebenen Ladenpreis. Bei Gruppenbestellungen Mengenrabatt.

5. Koordinierung der linken Buchläden

6. Eingliederung in den SDS.

7. Die Reproduktion der im Po-Bu arbeitenden Genossen.

Diese Ziele wurden erreicht, ausgenommen 5. und 6.

zu 5. Eine Koordinierung regionaler und überregionaler Weise der linken Buchläden ist bis jetzt nicht gelungen, da die Läden von verschiedenen Voraussetzungen ausgehen.

zu 6. Eine Eingliederung des Po-Bu in den SDS konnte nicht erfolgen, da eine verbindliche Organisationsform innerhalb des SDS seit Mitte des letzten Jahres nicht mehr vorhanden ist.

Wenn die Diskussion über die Organisationsfrage soweit beendet ist, daß eine verbindliche Organisation die politisch arbeitenden Gruppen in sich aufnehmen kann, wird sich das Po-Bu dieser Organisation anschließen, so daß die Verwendung der Profite und die Richtung des Ladens nicht mehr von uns allein bestimmt wird.

Die Einnahmen dienten bisher zur Aufstockung des Bücherlagers, zur Kostendeckung und zur Unterstützung von emigrierten Genossen, politischen Häftlingen und der Einrichtung und Arbeit von Schülerläden.

Die individuellen Hilfeleistungen sollen eingestellt werden, weil die Profite gezielt das Sozialistische Zentrum und die Schülerläden, in denen wir mitarbeiten, finanziell unterstützen werden.

Republikanische Hilfe - Frankfurt/Main, Wilh.-Hauff-Str. 5 - Tel. 740109
Kto. Dresdner Bank Nr. 28288o

60

Rechtshilfe braucht FINANZHILFE

Zu Beginn der ersten Prozesse gegen Teilnehmer an außerparlamentarischen Aktionen wurde in Frankfurt die Republikanische Hilfe gegründet. Sie sollte einmal über die justizförmigen Unterdrükkungsmaßnahmen gegen die politische Opposition informieren und dadurch einen Beitrag leisten für die praktische Aufklärung über die Rolle der Justiz in der BRD. Primär war ihre Aufgabe jedoch dahingehend bestimmt, daß sie die Betroffenen durch personelle, organisatorische und finanzielle Mittel unterstützen sollte. Dafür wurde ein Rechtshilfefonds eingerichtet, aus dem Geld für die notwendigen Hilfeleistungen entnommen werden konnte.

Dabei zeigte sich, daß neben die klassische Strafjustiz weitere Bereiche der Rechtsanwendung in die konzentrierte Verfolgungskampagne eingeschaltet sind, wie Ordnungsrecht in den Universitäten, =Erziehungs"recht in Jugendheimen, Ausbeutungs(=Arbeits)recht in den Betrieben usw.

Der strategisch langfristige Kampf gegen diese Herrschaftsinstitutionen wird darum von der aktuellen Notwendigkeit begleitet, die vorhandenen republikanischen Rechte auszunützen, damit die Reste der einst emanzipatorischen Legalität nicht total in die Fungibilität der Herrschenden gestellt sind.

Für diese Arbeit, die ein überregionale Koordination gegen die bundesweiten Versuche, die politisch aktiven Minderheiten zu zerschlagen, gibt es eine materielle Voraussetzung: es muß genügend Geld vorhanden sein. In den zehntausend anstehenden Prozessen werden Anwälte gebraucht, ein Verfahren kostet ca. DM 1.000,-; Häftlinge benötigen Bücher und Lebensmittel; Geld ist auch nötig für die Öffentlichkeitsarbeit der Republikanischen Hilfe, 1000 000 Blatt billigsten Saugpostpapier kosten DM 750,--; die für eine Info benutzten Matrizen erfordern DM 100,- usw. Diese Projekte können nur durch massenhafte Spenden finanziert werden.

Dabei kann dieses Geld auch gezielt gegeben werden. Die Spenden kann man z. B. für bestimmte Projekte (Gefangenenarbeit, Unterstützung junger Arbeiter in Lehrlingsheimen, Prozeßhilfe u. ä.) einzahlen, so daß ihre Verwendung auch im Interesse des jeweiligen Spenders gewährleistet ist.

Rechtshilfe ohne Finanzhilfe
ist eine logische Unmöglichkeit